



Allgemein bildende Schulen

D

D 1 Grundschule

- D 1.1 Einschulung
- D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen
- D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

- D 2.1 Hauptschule
- D 2.2 Realschule
- D 2.3 Gymnasium
- D 2.4 Integrierte Schulformen
- D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

D 3 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen und Sonderschulen

- D 3.1 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen
- D 3.2 Sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen
- D 3.3 Analysen zu spezifischen Schülergruppen
- D 3.4 Übergänge zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen
- D 3.5 Abschlüsse an allgemein bildenden Sonderschulen

D 4 Ganztagschulen

D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2030

D Allgemein bildende Schulen

D 1 Grundschule

D 1.1 Einschulung

Insgesamt feierten im September des Schuljahres 2009/10 in Baden-Württemberg 100 588 Kinder ihren ersten Schultag, davon rund 94 % an einer Grundschule, knapp 2 % an einer Freien Waldorfschule und stark 4 % an einer Sonderschule. Vor zehn Jahren verteilten sich die 122 437 Schulanfänger des Schuljahres 1999/2000 noch zu rund 96 % auf die Grundschulen, gut 1 % auf die Freien Waldorfschulen und nahezu 3 % auf die Sonderschulen. Da die meisten Kinder an Grundschulen eingeschult werden, wird sich die Darstellung im Folgenden auf diese Schulart konzentrieren.

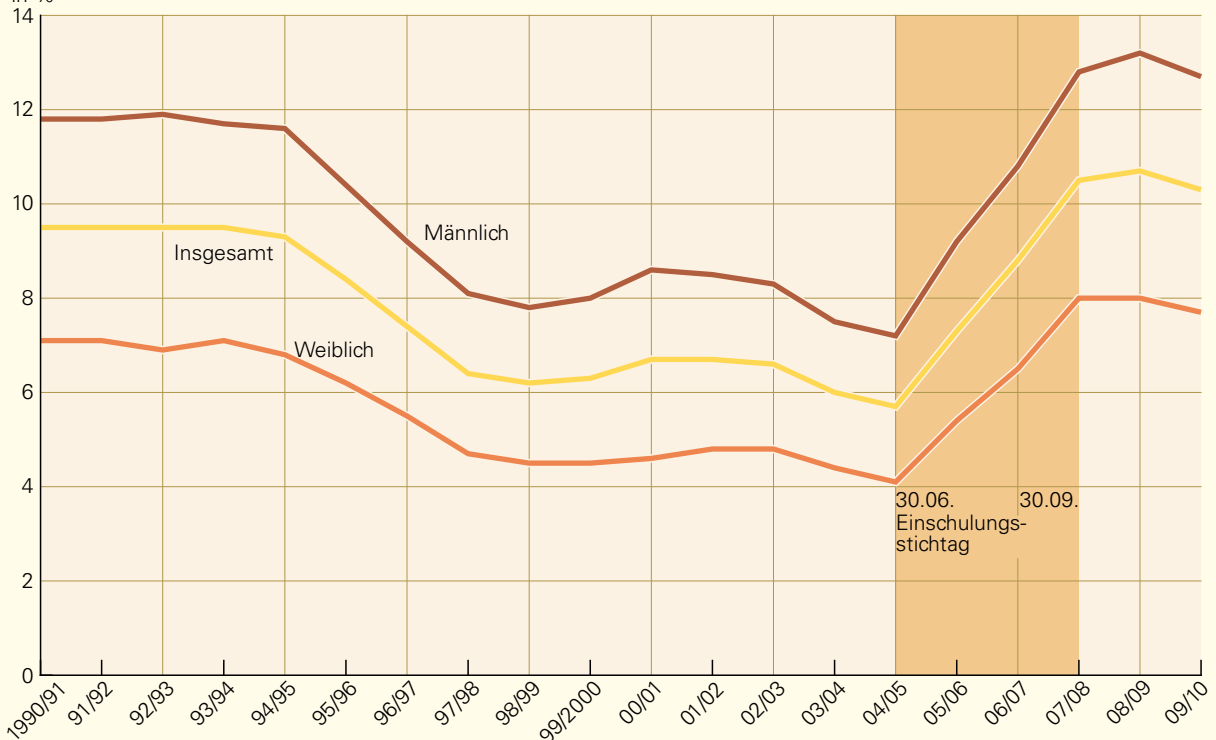
Jedes zehnte Kind wurde vom Schulbesuch zurückgestellt

Erstmals schulpflichtig im Schuljahr 2009/10 waren an den Grundschulen insgesamt 91 995 Kinder, rund 11 800 weniger als noch drei Jahre zuvor. Sie waren zwischen dem 01.10.2008 und dem 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden und nicht schon im Vorjahr freiwillig früher eingeschult worden. Von diesen erstmals Schulpflichtigen wurden allerdings 9 440 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Dies waren gut 10 % der erstmals Schulpflichtigen; damit ist die Rückstellungsquote wieder leicht gesunken, nachdem sie im Vorjahr (2008/09) mit knapp 11 % den

D 1.1 (G1)

Zurückgestellte Kinder an Grundschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91

Anteil an allen schulpflichtigen Kindern
in %

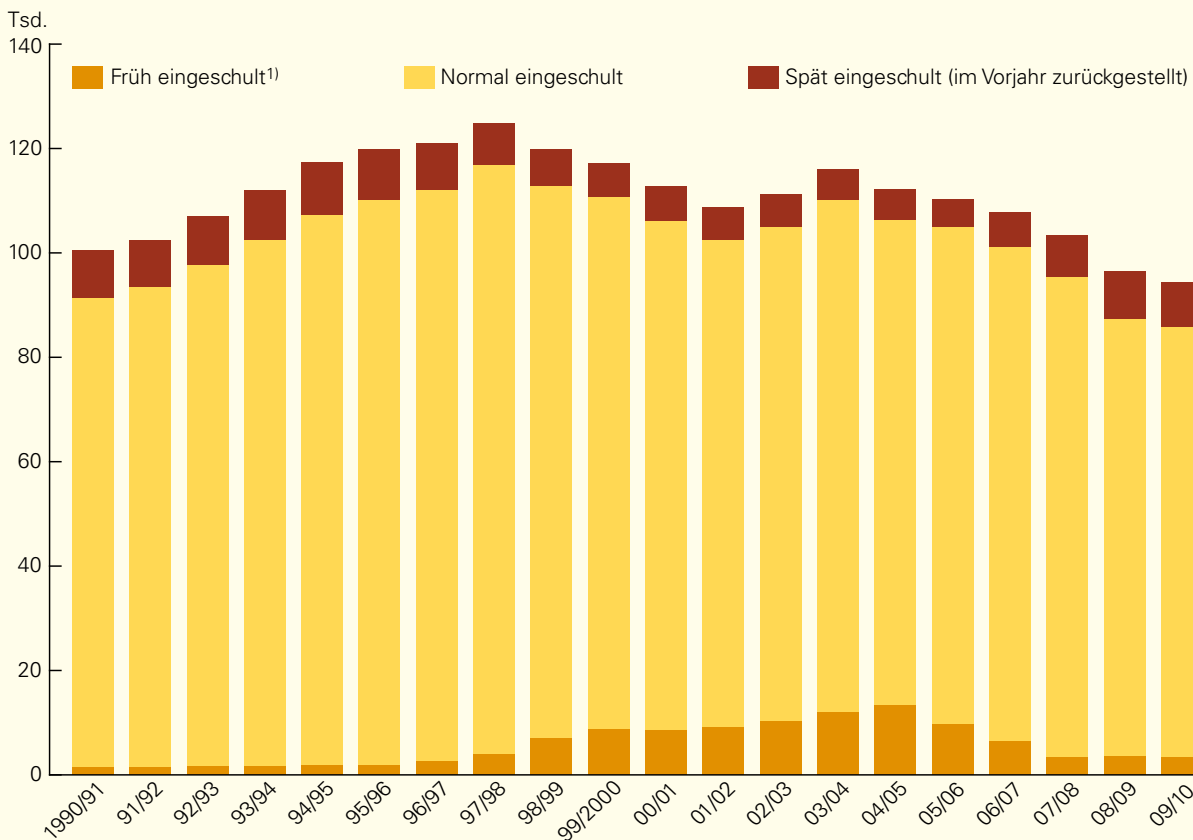


Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

320 11

D 1.1 (G2)

Schulanfänger an Grundschulen in Baden-Württemberg
seit dem Schuljahr 1990/91 nach Art der Einschulung

1) In den Schuljahren 1998/99 bis 2004/05 wurden auch die sogenannten »Kann Kinder« (zwischen 01.07. und 30.09. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden) zu den früh Eingeschulten gezählt. 2005/06 wurden die Kinder, die nach dem 31.07.2005 sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden, zu den früh Eingeschulten gezählt, 2006/07 die Kinder, die nach dem 31.08.2006 sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden, ab 2007/08 die Kinder, die nach dem 30.09. des betreffenden Jahres sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden.

Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

321 11

höchsten Wert seit 1990/91 erreicht hatte. Während die Rückstellungen in den 90er-Jahren bis zum Schuljahr 2004/05 einen abnehmenden Trend aufwiesen, wurde dieser Trend mit der sukzessiven Verlegung des Einschulungstichtags vom 30.06. auf den 30.09. unterbrochen. Seit 2005/06, in dem der Stichtag zunächst um einen Monat auf den 31.07. verlegt worden war, zeigte sich bei der Quote der Zurückgestellten ein stark zunehmender Trend (Grafik D 1.1 (G1)).

Wie in den Vorjahren auch, wurden Jungen deutlich häufiger als nicht schulreif eingestuft und vom Schulbesuch zurückgestellt als Mädchen: Fast 13 von 100 Jungen wurden zurückgestellt, obwohl sie dem Alter nach schulpflichtig gewesen wären, aber nicht einmal acht von 100 Mädchen (Tabelle D 1.1 (T1) im Anhang).

Trend zur Früh-Einschulung gebrochen

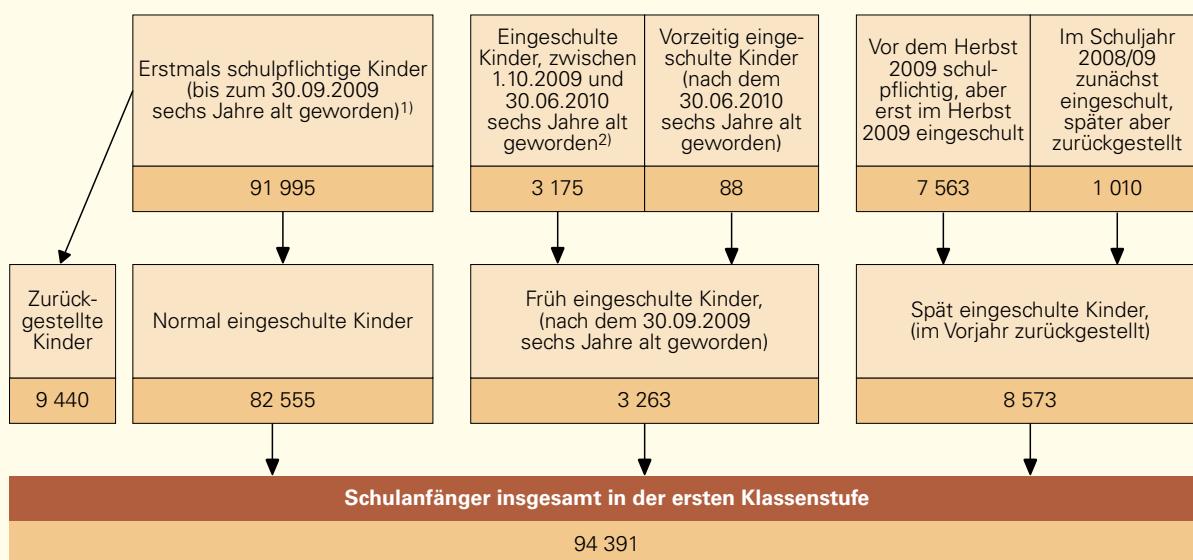
Im Herbst 2009 waren an den öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes insgesamt 94 391 Schulanfänger eingeschult worden (Grafik D 1.1 (G2)). Das waren gut 12 % weniger als noch vor drei Jahren (2006/07). Damit hat sich der seit 2003 neuerlich einsetzende Abwärtstrend bei der Zahl der Schulanfänger weiter fortgesetzt. Anfang der 90er-Jahre war die Zahl der ABC-Schützen noch von Jahr zu Jahr gestiegen, bis auf fast 125 000 im Jahr 1997. Seit 1997 gingen die Einschulungen dann zurück, mit zwei Unterbrechungen in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04.

Die Einschulungen setzten sich zusammen aus

- 82 555 bzw. gut 87 % »normal« eingeschulten (erstmalig schulpflichtig und bis 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden),

D 1.1 (G3)

Struktur der Einschulungen an Grundschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10



1) Kinder, die bereits im Jahr 2008 frühzeitig eingeschult wurden, sind nicht mit eingerechnet. – 2) Mit der Anmeldung werden auch diese Kinder schulpflichtig.
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

322 11

- 3 263 bzw. gut 3 % »früh« eingeschulter (nach dem 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden) und
- 8 573 bzw. 9 % »spät« eingeschulter (im Vorjahr zurückgestellten) Kindern (Grafik D 1.1 (G3)).

Auch bei den früh eingeschulter ist seit dem Schuljahr 2005/06 eine Trendwende zu beobachten (Grafik D 1.1 (G2)). Während der Anteil der früh eingeschulter Kinder seit Mitte der 90er-Jahre von knapp 2 % auf 12 % im Jahr 2004 kontinuierlich zugenommen hatte, sank er 2005 auf fast 9 % und lag 2009/10 nur noch bei stark 3 %. Diese Trendwende dürfte – ähnlich wie bei den Rückstellungen der erstmals Schulpflichtigen – eine Folge der Verlegung der Einschulungstichtage gewesen sein. So entsprachen die absoluten Rückgänge in den Jahren 2005 und 2006 in etwa dem Monatsdurchschnitt der »Kann-Kinder« im Jahr 2004. Unter den früh eingeschulter des Schuljahres 2009/10 waren 88 Kinder, die erst nach dem 30.06.2010, also erst zum Ende ihres ersten Schuljahres oder später, sechs Jahre alt geworden waren.

Andererseits war seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der spät eingeschulter Kinder, die im Vorjahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden, tendenziell rückläufig, von 9 % in 1990 auf knapp 5 % im Jahr 2005. Dieser Trend wurde im Jahr 2006 deutlich unterbrochen, der Anteil der spät eingeschulter stieg auf gut 6 %. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei 9 %.

Mädchen werden seit Jahren häufiger früh und seltener spät eingeschult als Jungen

Bei den Einschulungen gab es weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Die Anteile der normalen Einschulungen lagen bei Jungen und Mädchen zu Beginn des Schuljahres 2009/10 bei 89 bzw. 86 %. Früh eingeschult worden waren von den Jungen knapp 3 %, im Gegensatz zu den Mädchen mit gut 4 %. Entsprechend war der Anteil der im Vorjahr Zurückgestellten bei den männlichen Schulanfänger mit gut 11 % merklich höher als bei den weiblichen mit knapp 7 %. Diese Struktur wird auch durch die Ergebnisse früherer Jahre bestätigt (Grafik D 1.1 (G4)).

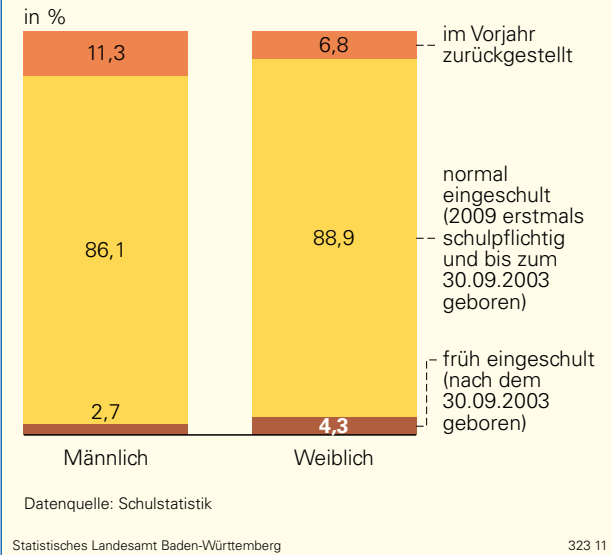
Regional große Unterschiede bei der Struktur der Einschulungen

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwankten die Quoten der früh bzw. spät eingeschulter Kinder auch im Schuljahr 2009/10 wieder erheblich. Bei den Früheinschulungen reichte die Spannweite von knapp 2 % im Landkreis Rottweil bis zu gut 7 % im Stadtkreis Heidelberg. Die Späteinschulungen streuten von gut 5 % im Stadtkreis Heidelberg bis zu fast 13 % im Stadtkreis Baden-Baden.

Im Jahr zuvor (Schuljahr 2008/09) hatte der Landkreis Freudenstadt die niedrigste Quote der früh eingeschulter

D 1.1 (G4)

Schulanfänger an Grundschulen in Baden-Württemberg im Herbst 2009 nach Geschlecht und Art der Einschulung



ten, Heidelberg wie 2009/10 auch die höchste. Die anteilmäßig wenigsten Späteinschulungen hatten im Schuljahr 2008/09 die Stadtkreise Freiburg im Breisgau und Karlsruhe, die meisten der Landkreis Sigmaringen (Web-Tabelle D 1.1 (T2)).

D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen

Zahl der Grundschüler sinkt 2009/10 auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 404 540 Schüler eine der 2 557 öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes. Damit sank die Zahl der Grundschüler auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Nachdem es Anfang der 70er-Jahre noch weit über 600 000 Grundschüler gab, wurde 1985 mit rund 347 500 Schülern ein Tiefststand erreicht. Danach stiegen die Zahlen wieder an bis auf gut 486 700 im Jahr 1998. Seither nimmt die Zahl der Grundschüler (mit Ausnahme des Schuljahres 2005/06) stetig ab (Tabelle D 1.2 (T1) im Anhang). Der leichte Anstieg in 2005 ist auf die Verlegung des Einschulungstichtags zurückzuführen (vgl. Kapitel D 1.1). Die Entwicklung der Schülerzahl an den Grundschulen wird fast ausschließlich von der Geburtenentwicklung bestimmt.

Zahl der privaten Grundschulen steigt 2009/10 weiter an

8 816 Schüler besuchten im Schuljahr 2009/10 eine Grundschule in freier Trägerschaft. Damit ist die Schülerzahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 um das 2,3-fache angestiegen. Ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft der Grundschulen liegt dennoch nur bei 2 %. Viele der Grundschulen in freier Trägerschaft verfolgen ein besonderes pädagogisches Konzept oder sind von einem kirchlich orientierten Träger gegründet worden.

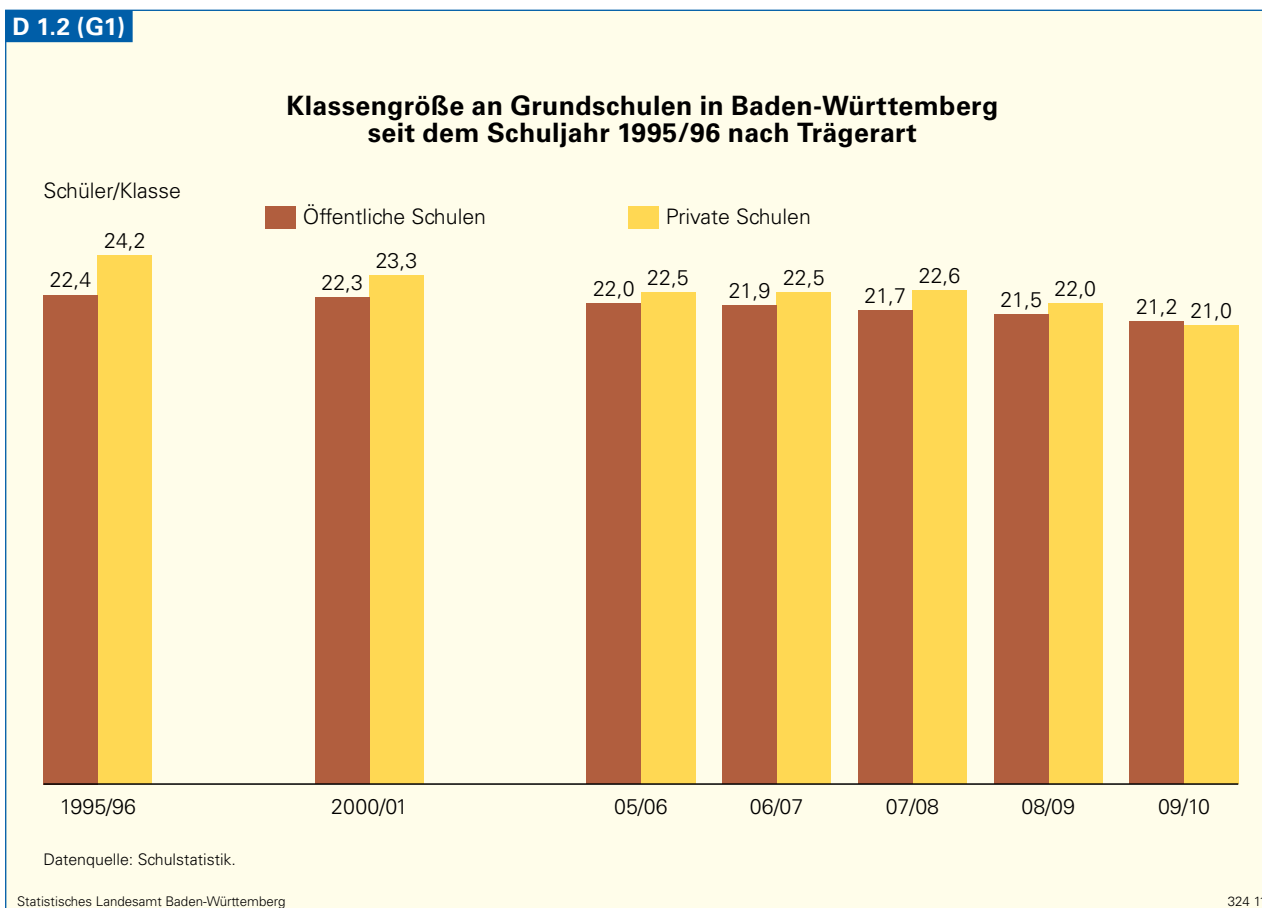
Analog zur Schülerzahl hat auch die Zahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 stark zugenommen. Damals gab es nur 17 private Grundschulen; zehn Jahre später, im Schuljahr 2000/01, waren es mit 39 schon mehr als doppelt so viele. Bis zum Schuljahr 2009/10 erhöhte sich ihre Anzahl rasant auf 90. Trotz der gestiegenen Zahl privater Grundschulen ist noch nicht in jedem Kreis des Landes eine solche Einrichtung vorhanden (Web-Tabelle D 1.2 (T2)): In sechs Landkreisen sowie in den Städten Mannheim und Pforzheim gab es im Schuljahr 2009/10 kein entsprechendes Angebot. Die mit Abstand höchsten Schülerzahlen waren im Landkreis Ravensburg (1 012 Schüler) zu verzeichnen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart (884 Schüler) und dem Landkreis Reutlingen (883 Schüler). Die meisten privaten Grundschulen gab es in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Stuttgart (jeweils acht).

Im Landesdurchschnitt rund 21 Schüler je Klasse

Durchschnittlich wurden im Schuljahr 2009/10 rund 21 Schüler in einer Grundschulklasse unterrichtet. Vor rund 40 Jahren, im Schuljahr 1971/72 mit der absolut höchsten Schülerzahl von rund 632 700 Grundschülern, saßen im Schnitt 34 Schüler in einer Klasse. In den Schuljahren 1990/91 und 2000/01 war die Klassenstärke an den Grundschulen mit 22 Schülern bereits wesentlich niedriger.

In privaten Grundschulen waren in den letzten Jahren mehr Schüler pro Klasse zu finden als in öffentlichen. Allerdings hat sich das Niveau in den letzten Jahren deutlich angenähert (Grafik D 1.2 (G1)). Im Schuljahr 2009/10 waren die Klassen der privaten Grundschulen mit 21,0 Schülern pro Klasse im Durchschnitt sogar ein wenig kleiner als die öffentlichen mit 21,2 Schülern pro Klasse. Möglicherweise hängt dies mit dem starken Ausbau des Angebots an privaten Grundschulen in diesem Zeitraum zusammen. Neu gegründete Schulen weisen anfangs häufig noch kleinere Klassen auf.

D 1.2 (G1)



Trend der Schülerzahlen zeigt differenzierte Entwicklungen in den Stadt- und Landkreisen

Die Entwicklung der Geburten- und Einwohnerzahlen prägen auch auf Kreisebene den Verlauf der Schülerzahlen an den Grundschulen: So konnte nur der Stadtkreis Freiburg im Breisgau zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 seine Grundschülerzahl konstant halten; alle anderen Stadt- und Landkreise mussten abnehmende Schülerzahlen hinnehmen. Der größte Rückgang war dabei im Zollernalbkreis zu verzeichnen: hier nahm die Schülerzahl um ein Viertel ab (Grafik D 1.2 (G2)). Relativ moderat fiel der Schülerzahlrückgang im Stadtkreis Heilbronn mit knapp 5 % aus. Abgesehen vom Stadtkreis Mannheim wiesen auch alle anderen Stadtkreise vergleichsweise geringe Rückgänge zwischen 8 und 11 % auf und lagen damit unter dem Landesdurchschnitt von 15 %.

Die Kreise, die über dem Landesdurchschnitt lagen, sind dagegen eher ländlich geprägt. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in Kreisen mit bisher noch relativ höheren Geburtenzahlen diese nun ebenfalls deutlicher absinken. In den Städten war bereits früher ein vergleichsweise niedriges Geburtenniveau erreicht worden.

Alle Grundschüler lernen schon ab der 1. Klasse eine Fremdsprache

Seit dem Schuljahr 2003/04 lernen Schüler bereits in der Grundschule, der Förderschule sowie in der Sonderschule mit Bildungsgang Grundschule ab Klassenstufe 1 eine erste Fremdsprache. An den Schulen am Oberrhein wird in der Regel mit Französisch begonnen, an den Schulen der anderen Landesteile mit Englisch. Der Landkreis Karlsruhe ist dabei in etwa geteilt. Insgesamt erlernten im Schuljahr 2009/10 knapp 83 % der Grundschüler Englisch als erste Fremdsprache und die übrigen gut 17 % Französisch. An den Sonderschulen werden in der Schulstatistik keine Fremdsprachen erhoben.

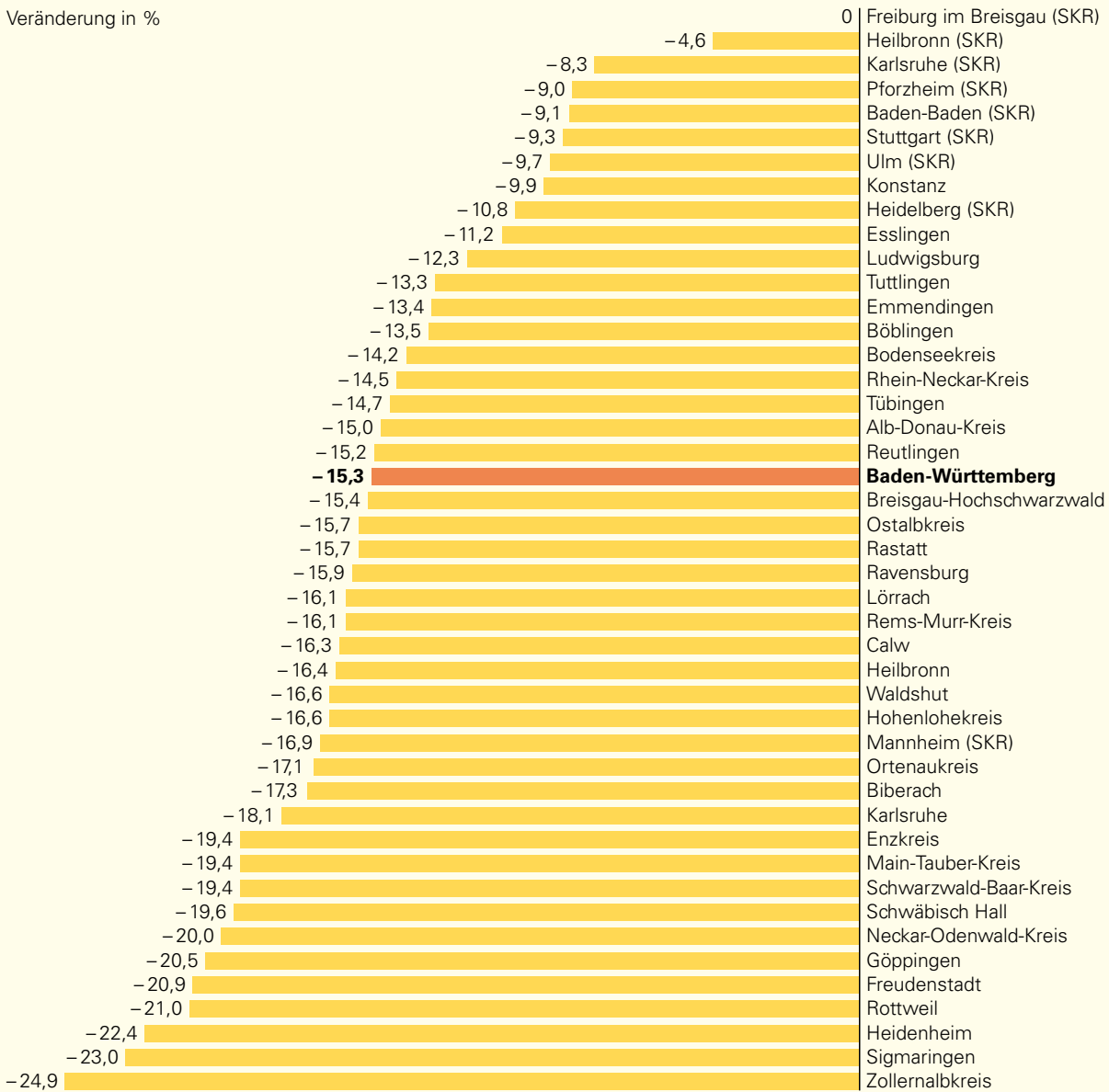
An den Freien Waldorfschulen werden ab Klassenstufe 1 in der Regel sogar zwei Fremdsprachen erlernt. Im Schuljahr 2009/10 lernten von den 7 331 Waldorfschülern in den Klassenstufen 1 bis 4 fast 100 % Englisch, gut 62 % Französisch und 32 % Russisch.

Hohe Ausländeranteile vor allem in den Stadtkreisen

In der Schulstatistik werden von den Schülern mit Migrationshintergrund lediglich die Zahlen der Aus-

D 1.2 (G2)

Veränderung der Schülerzahl an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

325 11

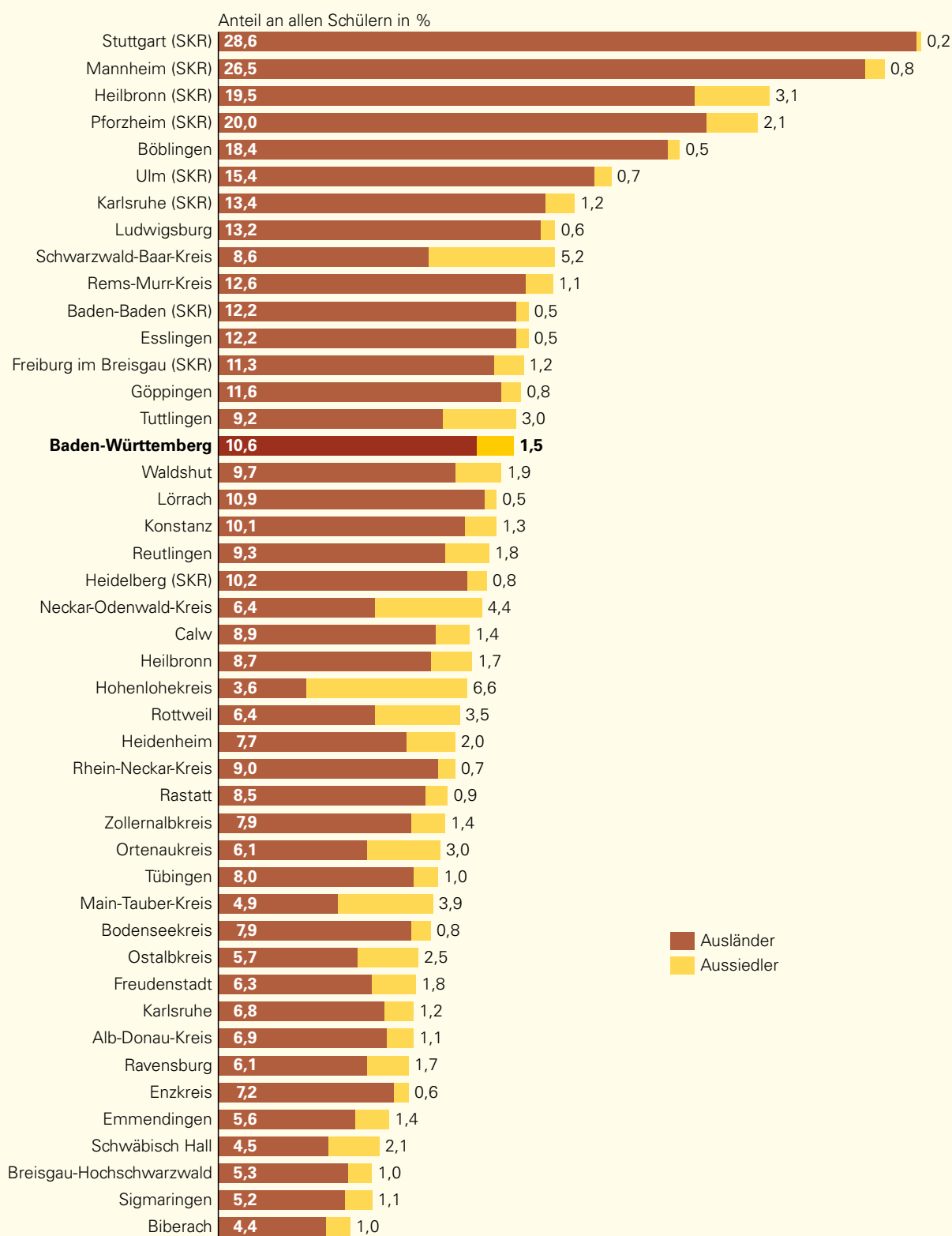
länder und Aussiedler erhoben.¹ Angaben zu bereits hier geborenen Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit, deren Eltern Ausländer oder Aussiedler sind oder eingebürgert wurden, liegen dagegen nicht vor. Im Vergleich zu den in Kapitel B 1.3 genannten Zahlen des Mikrozensus liegt hier somit eine engere Eingrenzung des Migrationshintergrunds vor.

1 Vgl. die Erläuterungen zu »Migrationshintergrund« im Glossar.

Von den 404 540 Grundschulern des Schuljahres 2009/10 waren knapp 11 % Ausländer und gut 1 % Aussiedler. Bei den addierten Anteilen von Ausländern und Aussiedlern zeigen sich an den Grundschulen auf Kreisebene allerdings weiterhin erhebliche Differenzen (Grafik D 1.2 (G3)). Die höchsten Anteilswerte an Ausländern fanden sich in den Stadtkreisen Stuttgart und Mannheim mit knapp 29 bzw. stark 26 %, gefolgt von den Stadtkreisen Heilbronn und Pforzheim mit jeweils rund 20 %. Die geringsten Ausländeranteile an den Grundschulen gab es im Hohenlohekreis mit

D 1.2 (G3)

Ausländer und Aussiedler an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

326 11

knapp 4 % und im Landkreis Biberach mit gut 4 %. Gleichzeitig wies der Hohenlohekreis aber mit knapp 7 % die anteilig meisten Aussiedler auf. Die regionale Verteilung entspricht erwartungsgemäß der in **Kapitel B 1.3** skizzierten Verteilung der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationshintergrund.

Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg²

Im Rahmen eines Modellprojekts wird seit dem Schuljahr 2006/07 an insgesamt zehn Grundschulen in Baden-Württemberg islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung angeboten. Im Schuljahr 2009/10 erhielten ca. 900 Schüler islamisch-sunnitischen Religionsunterricht in zwei Unterrichtsstunden pro Woche. Den Unterricht erteilten 18 Lehrkräfte.

Auf der Grundlage der guten Erfahrungen in diesem Modellprojekt wurde es im Schuljahr 2010/11 auf fünf weitere Grundschulen in Baden-Württemberg ausgeweitet. Darüber hinaus wurde an bislang zwei Grundschulen alevitischer Religionsunterricht angeboten. Parallel zur Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung bemüht sich die Religionsgemeinschaft der Alevitengemeinde Deutschland e. V. über ihre örtlichen Kultusgemeinden um einen Ausbau des alevitischen Religionsunterrichts (Grafik D 1.2 (G4)).

Außerdem wird seit dem Schuljahr 2010/11 der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung an sechs Modellstandorten auch in den Klassen 5 und 6 von Hauptschulen/ Werkrealschulen erteilt.

D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

Nach dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 4 stand bisher für alle Grundschüler in Baden-Württemberg ein Schulartwechsel an. Die Eltern mussten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind in Zukunft besuchen soll.

Im baden-württembergischen Schulgesetz heißt es bislang zur Wahl des Bildungswegs in § 88 Abs. 1 »Über alle weiteren Bildungswege nach der Grundschule entscheiden die Erziehungsberechtigten....«. Im Absatz 2 steht dann aber weiter: »In die Hauptschule und Werkrealschule, die Realschule, das Gymnasium ... kann nur derjenige aufgenommen werden, der nach seiner Begabung und Leistung für die gewählte Schulart geeignet erscheint.«³

Basis für die Wahl der weiterführenden Schule ist bisher die Grundschulempfehlung

Durch die Einführung der Werkrealschule (neuen Typs) zum Schuljahr 2010/11 bestand in Baden-Württemberg im Jahr 2010 erstmals die Wahl zwischen Werkreal-/Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Neben diesen drei Schularten war auch der Übergang auf sogenannte »integrierte« Schulformen wie die Freien Waldorfschulen oder die drei Schulen besonderer Art⁴ möglich (vgl. **Kapitel D 2.4**). Das mehrstufige Aufnahmeverfahren für die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg beginnt bis jetzt mit einer allgemeinen Informationsveranstaltung für alle Eltern der Schüler der vierten Klassenstufen, gefolgt von Einzelgesprächen mit den Erziehungsberechtigten. Zu Beginn des zweiten Halbjahres der Klassenstufe 4 spricht die Grundschule die Grundschulempfehlung aus:

- Werkrealschule, Hauptschule oder
- Werkrealschule, Hauptschule oder Realschule oder
- Werkrealschule, Hauptschule oder Realschule oder Gymnasium.

Zusätzlich zu den Noten sollen auch das Lern- und Arbeitsverhalten, die gesamte schulische Leistung des Kindes sowie seine bisherige Entwicklung berücksichtigt werden. Der Notendurchschnitt der beiden Fächer Deutsch und Mathematik muss dabei für den Besuch einer Realschule mindestens bei 3,0 liegen, für den Besuch des Gymnasiums bei 2,5. Eltern, die nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden sind, können ihr Kind an einem speziellen Beratungsverfahren teilnehmen lassen. Die Klassenkonferenz wird dann aufgrund des Ergebnisses dieses Verfahrens zusammen mit der Beratungslehrkraft die sogenannte Bildungsempfehlung aussprechen. Sind die Eltern auch



2 Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg. Vgl. insbesondere Kultusportal Baden-Württemberg (www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1271873/), Stand 27.09.2010. Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg (www.bildung-staerkt-menschen.de/service/downloads/Bildungsstandards/GS/GS_IslamR_bs.pdf/view?searchterm=bildungsstandard%20islam), Stand 28.11.2010.

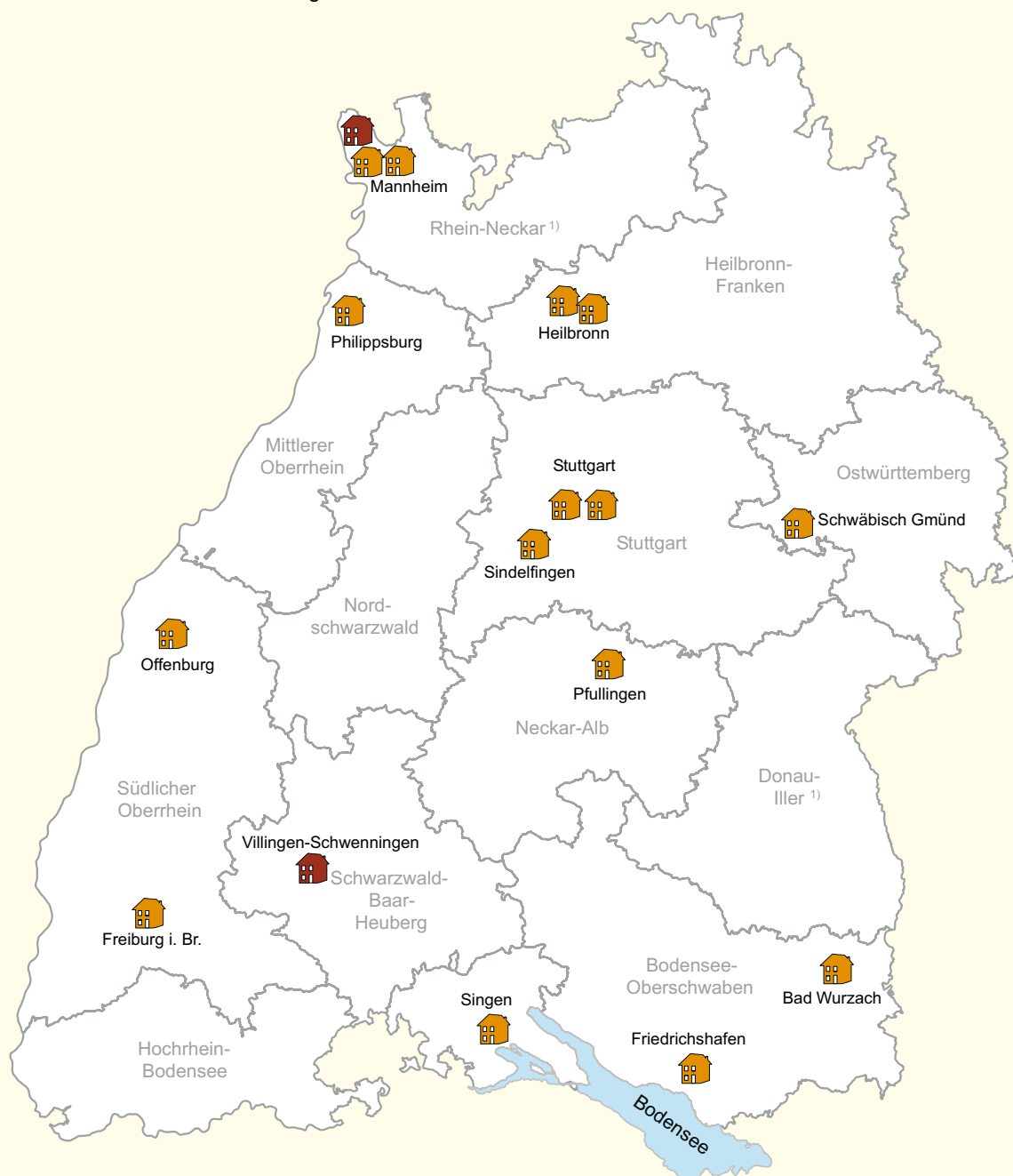
3 In der Fassung vom 1. August 1983.

4 Die »Schulen besonderer Art« (früher: Gesamtschulen) können in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 ohne Gliederung nach Schularten geführt werden (§ 107 SchG Baden-Württemberg).

D 1.2 (G4)

Standorte von Grundschulen mit islamischem Religionsunterricht in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

-  Alevitischer Religionsunterricht
-  Islamisch-sunnitische Religionsunterricht



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-016
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph



mit der Bildungsempfehlung nicht einverstanden, bleibt noch die Möglichkeit, das Kind an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen zu lassen (Grafik D 1.3 (G1) im Anhang).⁵ Im Gegensatz zu dem hier beschriebenen, derzeit geltenden Verfahren soll künftig der Elternwille ausschlaggebend für den Wechsel auf eine weiterführende Schulart sein.

Gymnasien bauen ihre Stellung weiter aus

Das Übergangsverhalten auf weiterführende Schulen hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert. In den 60er-Jahren war die Hauptschule die »normale« Schule, die ein Kind besuchte. Die Übergangsquoten auf die Hauptschule lagen weit über 60 %. In den 70er-Jahren besuchte dann durchschnittlich schon jedes fünfte Kind im Anschluss an die Grundschule eine Realschule, und gut jedes vierte Kind ein Gymnasium. Dennoch führte noch fast jedes zweite Kind seine Schullaufbahn an einer Hauptschule fort. In den 80er-Jahren konnten die Realschulen ihren Anteil im Schnitt auf 27 % steigern, die Gymnasien auf 29 %. Entsprechend fiel die Übergangsquote auf die Hauptschule auf durchschnittlich 40 %.

Der leicht ansteigende Trend bei den Übergängen auf die Realschule hat sich auch in den 90er-Jahren fort-

gesetzt. Die Hauptschulen haben seit 1994 ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr sinkende Übergangsquoten erfahren und die Gymnasien im Gegenzug steigende. Im Jahr 2001 hat das Gymnasium die Hauptschule erstmals bei den Übergangsquoten überholt. Die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums für alle fünften Klassen zum Schuljahr 2004/05 hatte auf diesen Trend keinen Einfluss. 2004/05 war überdies erstmals die Übergangsquote auf die Realschule höher als die auf eine Hauptschule.

Zum Schuljahr 2010/11 lag die Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule nur noch bei 24,3 %, auf die Realschule dagegen bei 33,9 %. Die Übergangsquote auf das Gymnasium hatte 2009/10 bereits die 40 %-Marke überschritten; mit einer Übergangsquote von 40,7 % zum Schuljahr 2010/11 hat das Gymnasium seine Stellung als »Haupt-Schule«, also als überwiegend gewählte weiterführende Schulart, noch weiter ausgebaut (Grafik D 1.3 (G2)).

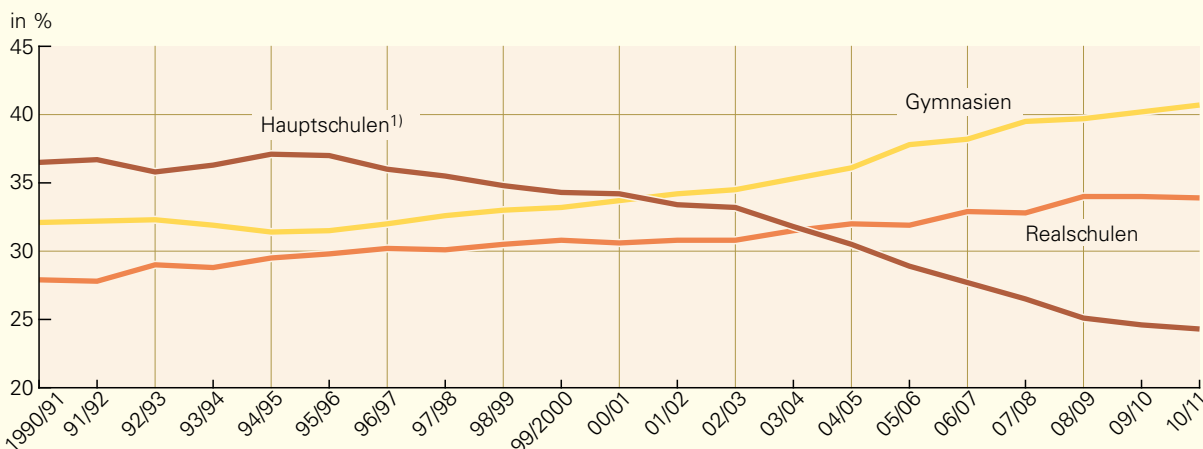
Jeder vierte Übergänger auf eine Hauptschule hat eine ausländische Nationalität

Das Übergangsverhalten zwischen deutschen und ausländischen Schülern fiel zum Schuljahr 2010/11 wieder sehr unterschiedlich aus. Von den gut 92 700 deutschen Viertklässlern, die eine Grundschulempfehlung erhalten hatten, wechselten 21 % auf eine Werkreal-/ Hauptschule, 35 % auf eine Realschule und 43 % auf ein Gymnasium. Von den gut 11 800 ausländischen Viertklässlern, die eine

5 Die Teilnahme an der Aufnahmeprüfung ist auch ohne den Zwischenschritt über die Bildungsempfehlung möglich.

D 1.3 (G2)

Übergänge von Grundschulen auf weiterführende Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91*



*) Ohne Übergänge auf integrierte Schulformen und Sonderschulen sowie ohne Wiederholer und Schüler der Klassenstufe 4 ohne Grundschulempfehlung. – 1) Ab dem Schuljahr 2010/11 statt »Hauptschulen«: »Werkreal-/ Hauptschulen«.

Datenquelle: Schulstatistik

Grundschulempfehlung erhalten hatten, wechselte dagegen fast jeder zweite auf eine Werkreal-/ Hauptschule. An einer Realschule setzten 27 %, an einem Gymnasium 22 % der ausländischen Viertklässler ihre Schullaufbahn fort (Tabelle D 1.3 (T1) im Anhang).

Nach Schularten betrachtet waren unter den rund 25 500 Übergängern auf Werkreal-/ Hauptschulen 23 % Ausländer. Von den Übergängern auf Realschulen waren 9 % nicht-deutsch, von den Übergängern auf Gymnasien 6 %. Mit 26 % waren die ausländischen Schüler unter den Schülern, welche die vierte Klassenstufe wiederholt hatten bzw. nicht versetzt wurden, immer noch stark überrepräsentiert, wenngleich dieser Anteil 2006 noch bei 39 % lag.

Übergangsquoten schwanken stark zwischen den einzelnen Kreisen

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwanken die Übergangsquoten auch im Jahr 2010 erheblich (Tabelle D 1.3 (T2) im Anhang).⁶ Bei den Übergängen auf das Gymnasium hatte 2010 der Hohenlohekreis mit 29,2 % die landesweit niedrigste Quote. Im Stadtkreis Heidelberg war diese Quote mit 59,5 % mehr als doppelt so hoch. Damit stand der akademisch geprägte Stadtkreis Heidelberg zum neunten Mal in Folge landesweit an der Spitze bei den Übergangsquoten auf das Gymnasium. Doch auch in den Stadtkreisen Stuttgart, Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg im Breisgau sowie im Landkreis Tübingen wechselten jeweils über die Hälfte der Viertklässler auf ein Gymnasium (Grafik D 1.3 (G3)).

Bei den Übergängen auf die Realschule verhielt es sich genau umgekehrt wie bei den Gymnasien: Hier war der Stadtkreis Heidelberg mit 18,3 % das Schlusslicht. Der Hohenlohekreis dagegen belegte mit 42,7 % Platz 1. Auffällig ist, dass die vorderen Plätze ausschließlich von eher ländlich strukturierten Kreisen belegt waren: Außer im Hohenlohekreis wechselten auch in den Landkreisen Main-Tauber-Kreis, Schwäbisch Hall und Emmendingen jeweils über 40 % der Viertklässler auf eine Realschule, deutlich mehr als im Landesdurchschnitt von 33,9 % (Grafik D 1.3 (G4)).

Auch der Wechsel auf die Werkreal-/ Hauptschule war in den einzelnen Kreisen stark unterschiedlich ausgeprägt. Die höchste Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule gab es im Landkreis Waldshut mit 31,8 %, eng gefolgt vom Stadtkreis Heilbronn, dem Landkreis

Tuttlingen, dem Stadtkreis Pforzheim und dem Zollernalbkreis mit jeweils rund 31 %. Die mit Abstand geringsten Übergangsquoten auf die Werkreal-/ Hauptschule gab es in den Stadtkreisen Heidelberg und Freiburg im Breisgau mit 11,9 % bzw. 14,3 % (Grafik D 1.3 (G5)). Beide Kreise sind stark geprägt von der vorhandenen Universität und einem entsprechend hohen Anteil akademisch ausgebildeter Einwohner.

Die niedrigen Übergangsquoten auf Werkreal-/ Hauptschulen bzw. Realschulen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg dürften außerdem auf die dort vorhandenen »Schulen besonderer Art« (früher: Gesamtschulen) als alternative Übergangsmöglichkeit zurückzuführen sein. Die Übergänge auf diese Schulen (ebenso wie auch auf Freie Waldorfschulen) werden in der Schulstatistik als »sonstige Übergänge« gezählt. Im Stadtkreis Mannheim mit der dritten in Baden-Württemberg existierenden »Schule besonderer Art« war die Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule mit 24,8 % aber sogar leicht höher als im Landesdurchschnitt von 24,3 %.

Grundschulempfehlung und Elternwunsch stimmen nicht immer überein

Die großen Schwankungen sind nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Grundschulen der Kreise unterschiedlich oft Empfehlungen für das Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule ausgesprochen haben; denn zusätzlich haben die Eltern regional unterschiedlich auf die Empfehlung reagiert.

Landesweit hätten laut Grundschulempfehlung 52 216 (50 %) der Viertklässler auf ein Gymnasium wechseln können. Diese Option wollten aber nur 42 948 (gut 82 %) der zugehörigen Eltern in Anspruch nehmen; 9 207 (knapp 18 %) wünschten für ihr Kind stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits hatten 26 294 Schüler eine Empfehlung erhalten, die ausschließlich den Besuch einer Werkreal-/ Hauptschule ermöglichte; damit waren 23 % der Eltern nicht einverstanden. Mit der Empfehlung zum Besuch einer Realschule waren dagegen mit fast 91 % vergleichsweise viele Eltern einverstanden. Von den Eltern der 26 074 Grundschüler, die eine Empfehlung für diese »mittlere« Schulart bekommen hatten, wünschten nur 1 552 (6 %) lieber das Gymnasium und 881 (gut 3 %) die Werkreal-/ Hauptschule für ihr Kind (Grafik D 1.3 (G6)).

Im Hohenlohekreis wollten fast vier von zehn Eltern die Option »Gymnasium« nicht in Anspruch nehmen

Die prozentual meisten Grundschulempfehlungen für das Gymnasium wurden im Stadtkreis Heidelberg er-

⁶ Die Übergangsquoten zum Schuljahr 2010/11 und zu früheren Jahren können kostenlos im Internet abgerufen werden: www.statistik-bw.de / Bildung und Kultur / Regionaldaten / Übergänge auf weiterführende Schulen.

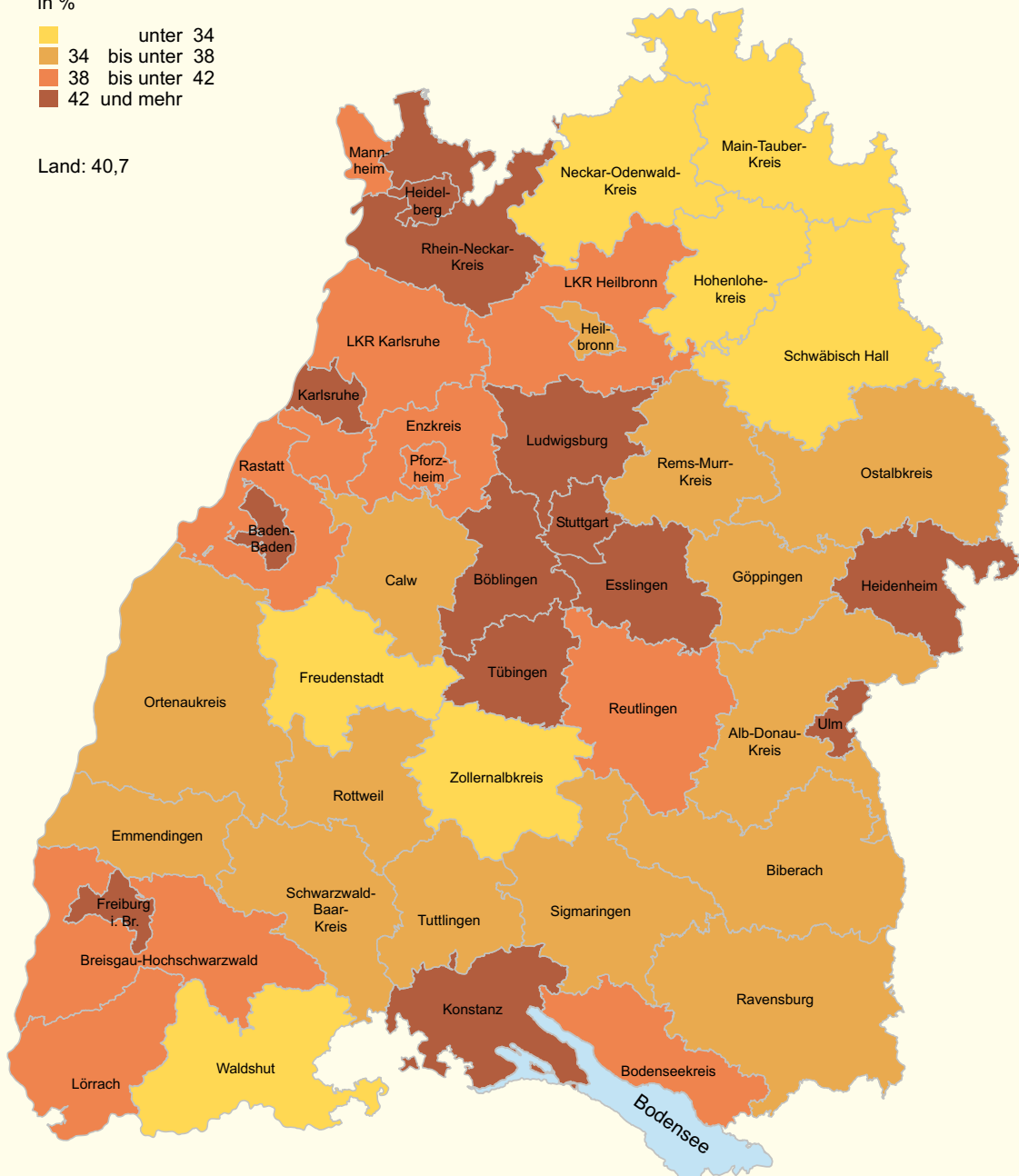
D 1.3 (G3)

Übergänge von Grundschulen auf Gymnasien in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 34
- 34 bis unter 38
- 38 bis unter 42
- 42 und mehr

Land: 40,7



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-019
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

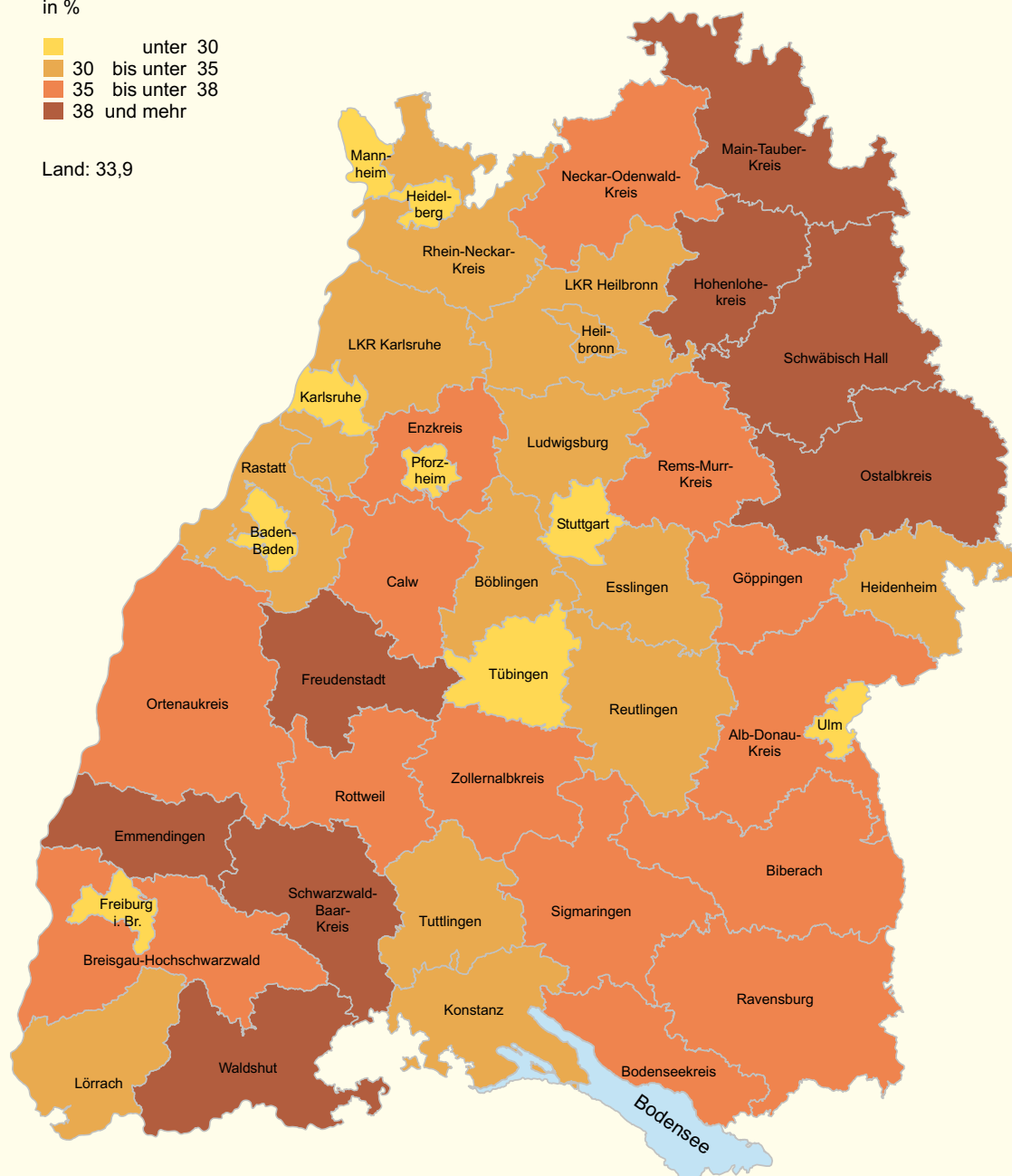
D 1.3 (G4)

Übergänge von Grundschulen auf Realschulen in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 30
- 30 bis unter 35
- 35 bis unter 38
- 38 und mehr

Land: 33,9



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-018
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph



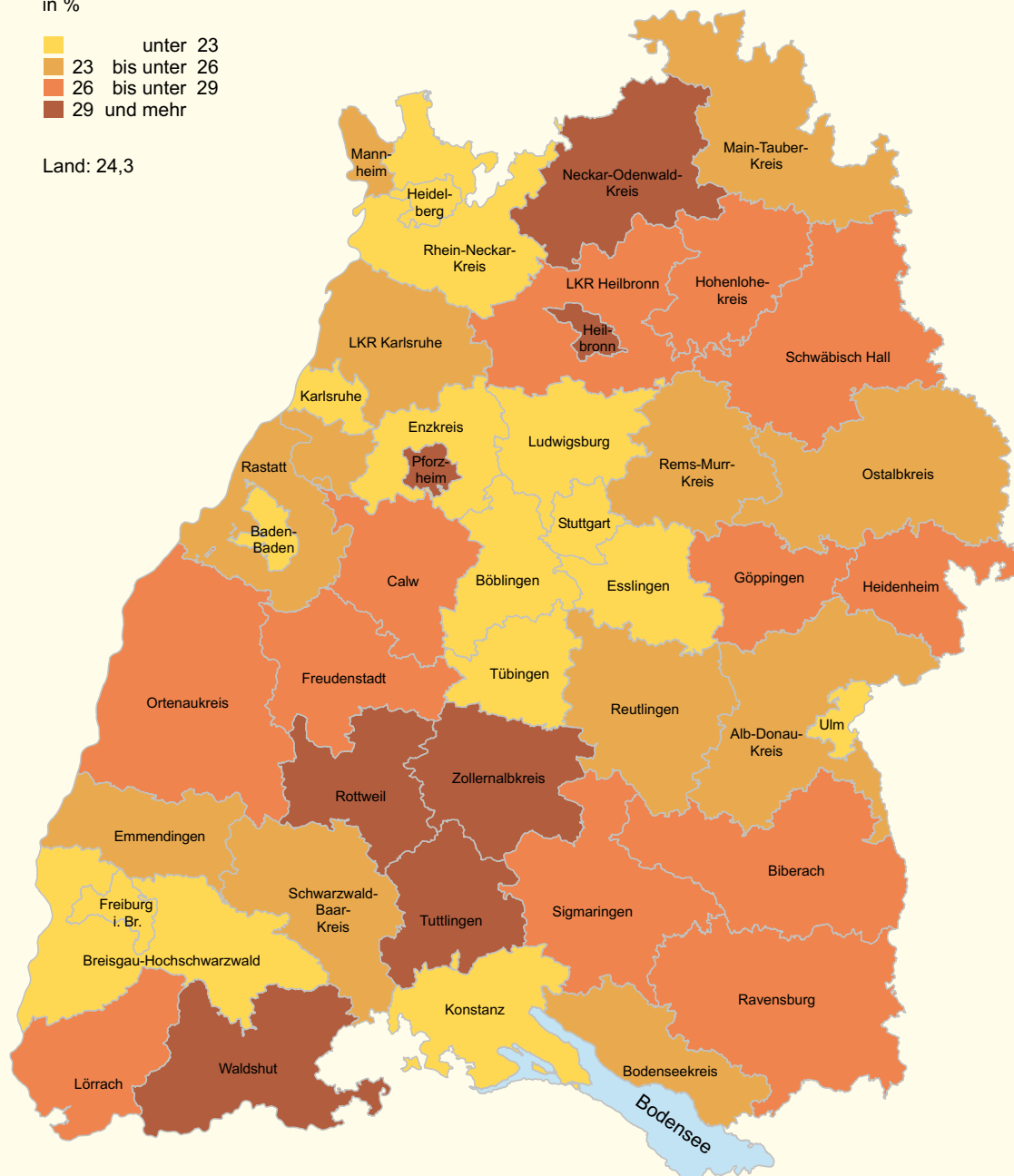
D 1.3 (G5)

Übergänge von Grundschulen auf Werkreal-/ Hauptschulen in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 und mehr

Land: 24,3



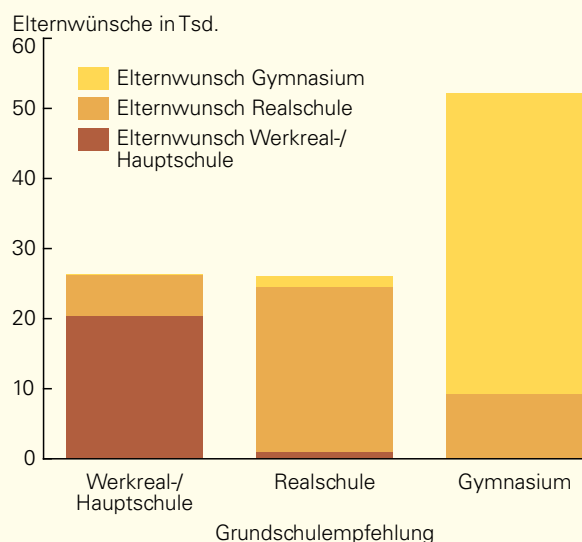
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-017
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

D 1.3 (G6)

Grundschulempfehlung und Elternwunsch in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

329 11

teilt: Hier erhielten gut sechs von zehn Viertklässlern eine Gymnasialempfehlung. Analog zu den tatsächlichen Übergängen belegten auch der Stadtkreis Freiburg im Breisgau sowie der Landkreis Tübingen vordere Plätze. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Gymnasium« und tatsächlichem Übergang mit 18,0 Prozentpunkten gab es im Hohenlohekreis. Hier hatten 561 von insgesamt 1 188 Viertklässlern eine Grundschulempfehlung erhalten, die den Besuch eines Gymnasiums ermöglicht hätte; allerdings wünschten nur 348 (62 %) der Eltern, dass ihr Kind diese Option in Anspruch nimmt. 212 Eltern (38 %) hielten die Realschule für die in ihrem Fall bessere Wahl. Tatsächlich auf ein Gymnasium gewechselt sind schließlich 347 Schüler. Allerdings entspricht der Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der Absolventen auch im Hohenlohekreis dem Landesdurchschnitt.⁷ Auch im Main-Tauber-Kreis war die Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Gymnasium« und tatsächlichem Übergang mit 17,7 Prozentpunkten ähnlich hoch. In der Regel sind die Abweichungen zwischen Elternwunsch und Grundschulempfehlung »Gymnasium« in eher ländlich strukturierten bzw. eher gewerblich orientierten Kreisen höher als in akademisch geprägten Gegenden (Web-Tabelle D 1.3 (T3)).

7 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildung in Baden-Württemberg 2007, S. 67f.

Die prozentual meisten Grundschulempfehlungen für die Realschule gab es im Landkreis Emmendingen mit 30 %. Tatsächlich auf die Realschule übergegangen sind aber sogar 41,3 % der Viertklässler. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Realschule« und dem tatsächlichen Übergang fand sich mit (-) 17,6 Prozentpunkten im Hohenlohekreis. Hier waren zwar 278 von 298 Eltern (gut 93 %) mit der Empfehlung einverstanden, es wechselten aber zusätzlich noch viele Schüler mit einer Grundschulempfehlung für das Gymnasium auf die Realschule (siehe oben) (Web-Tabelle D 1.3 (T4)).

Relativ gering dagegen fielen die Abweichungen zwischen Grundschulempfehlung »Werkreal-/Hauptschule« und tatsächlichem Übergang auf diese Schulart in den einzelnen Kreisen aus. Die Elternwünsche wichen hier zwar noch vergleichsweise stark von den Empfehlungen ab. So wurde zum Beispiel im Stadtkreis Stuttgart 1 065-mal eine Grundschulempfehlung für die Werkreal-/Hauptschule ausgesprochen. 377 der betroffenen Eltern waren nicht einverstanden: 367 wünschten stattdessen den Besuch einer Realschule, zehn den Besuch eines Gymnasiums. Tatsächlich auf eine Werkreal-/Hauptschule gewechselt sind dann aber schließlich doch 1 005 (22,4 %) der Viertklässler. Die anteilig meisten Empfehlungen für die Werkreal-/Hauptschule wurden mit knapp 34 % im Stadtkreis Heilbronn ausgesprochen. Mit dieser Empfehlung waren gut 27 % der Eltern nicht einverstanden. Letztlich sind aber doch 31,4 % der Viertklässler zum Schuljahr 2010/11 auf eine Werkreal-/Hauptschule gewechselt (Web-Tabelle D 1.3 (T5)).

Hoher Zusammenhang zwischen regionalem Bildungsniveau und Übergangsquoten

Die tatsächlichen Übergänge sind ein Ergebnis von Grundschulempfehlung und Elternwunsch. Dass sie regional wie oben beschrieben stark streuen, hat sicherlich mehrere Einflussfaktoren. Schon die Grundschulempfehlungen schwanken sehr. Auch die Abweichungen von Grundschulempfehlung und Elternwunsch sind regional unterschiedlich ausgeprägt. Hier spielen unter anderem Entfernungen von Wohnort und Schule, Verkehrsverbindungen, vorhandene schulische »Alternativen«, Angst vor Überforderung des Kindes, aber auch die Sorge, ohne eine bestimmte Grundschulempfehlung die »schulische Karriere« des Kindes zu beeinträchtigen sowie die »Bildungsnähe« bzw. »Bildungsferne« des Elternhauses eine Rolle.

Auch zwischen dem regionalen Bildungsniveau und den Übergängen auf weiterführende Schulen bestehen enge Zusammenhänge (Web-Tabelle D 1.3 (T6)).

Als ein messbarer Indikator für das »regionale Bildungsniveau« wurde der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (»Hochqualifizierte«) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewählt. Im Ranking dieser Anteile stehen die Stadtkreise Stuttgart (22 %), Heidelberg (20 %) und Freiburg im Breisgau (17 %) sowie der Landkreis Böblingen (17 %) an der Spitze der baden-württembergischen Kreise. Stuttgart, Heidelberg und Freiburg im Breisgau belegen auch bei den Übergängen auf Gymnasien vordere Plätze. Der Rang-Korrelationskoeffizient zwischen den prozentualen Anteilen von Hochqualifizierten und den Übergangsquoten aufs Gymnasium liegt mit 0,81 erwartungsgemäß sehr hoch und weist auf einen starken Zusammenhang hin. Korreliert man dagegen die Anteile der Hochqualifizierten mit den Übergängen auf Werkreal-/ Hauptschulen, bestätigt der Korrelationskoeffizient mit $-0,65$ einen erkennbar negativen Zusammenhang. Das heißt, Kreise mit (formell) höher gebildeten Beschäftigten wie Heidelberg und Freiburg im Breisgau sind bei den Übergängen auf die Werkreal-/ Hauptschule auf den letzten Plätzen zu finden.

Wenige erreichen mit der Aufnahmeprüfung doch noch das Ziel

Die Aufnahmeprüfung eröffnet die Möglichkeit, gegen die Grundschulempfehlung und gegen eine eventuelle Bildungsempfehlung doch noch den Elternwunsch nach Besuch einer Realschule bzw. eines Gymnasiums

für das Kind zu verwirklichen. Die Prüfung findet an zentral gelegenen Grundschulen statt und wird landesweit einheitlich vom Kultusministerium Baden-Württemberg vorgegeben. Im Jahr 2010 haben 2 111 Schüler der Klassenstufe 4 an der Aufnahmeprüfung teilgenommen. 267 von ihnen erreichten den nötigen Durchschnitt für den Besuch einer Realschule, 83 schafften auf diese Weise noch das Ziel »Gymnasium«. Unter den 267 Prüflingen, welche im Rahmen der Aufnahmeprüfung die Anforderungen für den Übergang auf die Realschule erfüllt haben, sind eventuell auch Kandidaten, die eigentlich das Ziel »Gymnasium« angestreut hatten und bereits die Option zum Besuch einer Realschule erreicht hatten. Mit welcher Grundschul- bzw. Bildungsempfehlung ein Kind in diese Aufnahmeprüfung geht, wird bislang in der Schulstatik nicht erfragt.

Auch bei der Grundschulempfehlung »Werkrealschule/ Hauptschule«, stehen dem Kind im baden-württembergischen Schulsystem noch viele Wege offen, einen (formell) höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. So konnten im Jahr 2009 fast 6 305 Hauptschulabgänger (16 %) die Schule nach der 10. Klassenstufe mit dem Realschulabschluss in der Tasche verlassen. Auch an vielen beruflichen Schulen des Landes kann bei vorhandenem Hauptschulabschluss noch ein mittlerer Bildungsabschluss erworben werden. Nach dem Besuch der Realschule besteht zum Beispiel die Möglichkeit, an den beruflichen Gymnasien des Landes die Hochschulreife zu erwerben. So legten 30 % der Gymnasial-Abiturienten im Jahr 2009 ihr Abitur an einem beruflichen Gymnasium ab (vgl. **Kapitel F 1**).

D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

D 2.1 Hauptschule

Abnehmender Trend der Schülerzahlen setzt sich fort

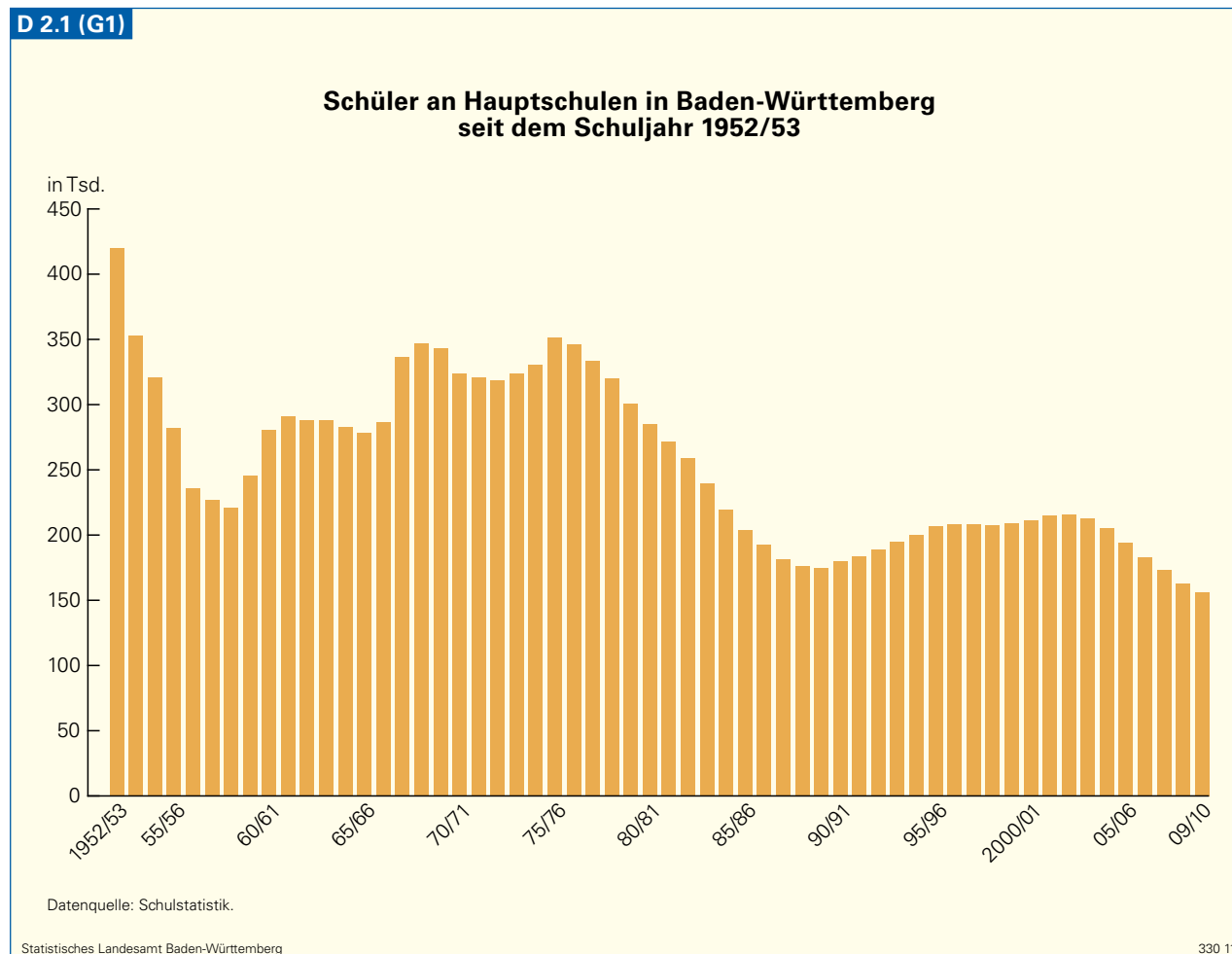
Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 1 194 Hauptschulen, die von 156 171 Schülern besucht wurden. Damit hat sich der im Schuljahr 2002/03 beginnende Abwärtstrend bei der Zahl der Hauptschüler weiter fortgesetzt (Tabelle D 2.1 (T1) im Anhang). Damals lag die Schülerzahl bei 215 532. Die bislang geringste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1989/90 mit 174 868 verzeichnet. Dies entsprach nicht einmal der Hälfte der Schülerzahl des Schuljahres 1975/76, in dem der relative Höhepunkt der vorherigen »demografischen Welle« erreicht wurde. Damals wurden 351 832 Hauptschüler unterrichtet (Grafik D 2.1 (G1)). Diese Zahl wurde nur zu

Beginn der 50er-Jahre übertroffen. Hauptgrund für diese Schwankungen ist die demografische Entwicklung. Darüber hinaus schlägt sich hier auch der rückläufige Anteil an den Übergängen aus der Grundschule nieder (Kapitel D 1.3).

Geringer Rückgang der Schülerzahl in Freiburg im Breisgau, hoher in Heidelberg

Die Zahl der Hauptschüler war im Schuljahr 2009/10 landesweit um gut ein Viertel (26 %) unter den Wert des Schuljahres 2000/01 gesunken. Auf der Ebene der Land- und Stadtkreise ist eine recht breite Streuung des Rückgangs von gut 9 % in der Stadt Freiburg im Breisgau bis zu stark 39 % in Heidelberg zu verzeichnen. Während der Bodenseekreis mit 15 % den zweitniedrigsten Rückgang aufwies, ging die Zahl der Hauptschüler in den Landkreisen Sigmaringen, Heidenheim und Rastatt um jeweils etwa ein Drittel unter

D 2.1 (G1)



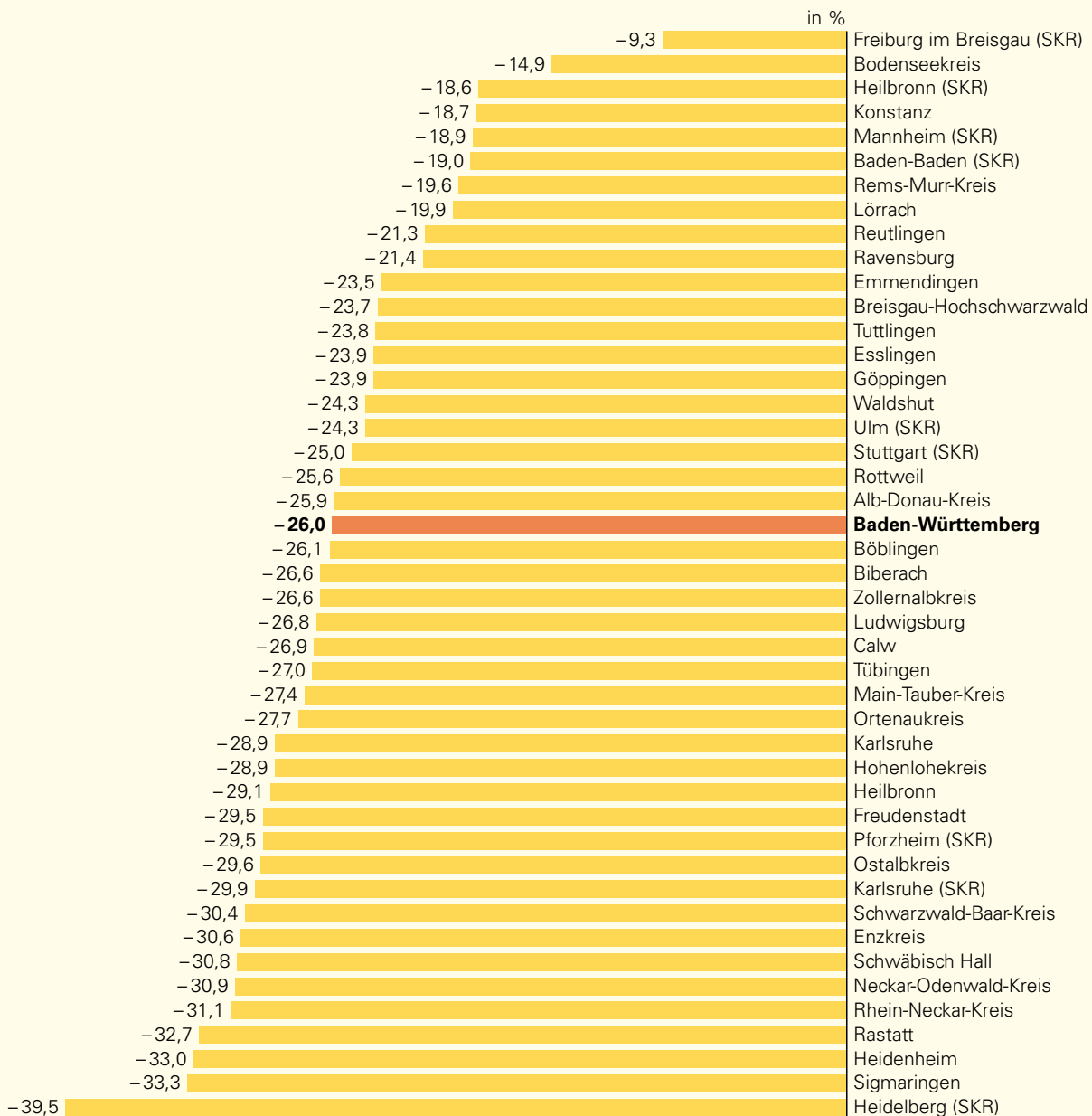
die neun Jahre zuvor erreichten Werte zurück (Grafik D 2.1 (G2)).

Ein regionales oder strukturelles Muster lässt sich bei diesen Werten nicht erkennen. Einige Stadtkreise wie Freiburg im Breisgau, Heilbronn, Mannheim und Baden-Baden weisen vergleichsweise geringe Rückgänge auf, andere wie Heidelberg oder Pforzheim dagegen hohe. Die akademisch geprägten Universitätsstädte

Freiburg im Breisgau und Heidelberg sind sogar an entgegengesetzten Enden der Entwicklung zu finden. Ähnliches gilt für die eher ländlichen Landkreise Sigmaringen und den Bodenseekreis. Die Gründe für diese Entwicklungen sind daher wohl vielschichtig. Sie dürften unter anderem auf die regionale Bevölkerungsentwicklung, Besonderheiten im Übergangsverhalten und die spezifischen Schulstrukturen zurückzuführen sein.

D 2.1 (G2)

Veränderung der Schülerzahl an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik.

Anzahl privater Hauptschulen leicht gestiegen

Im Schuljahr 2009/10 wurden 41 der insgesamt 1 194 Hauptschulen in privater Trägerschaft geführt. Diese wurden von 4 796 Schülern besucht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Hauptschüler betrug somit gut 3 %. Die Zahl der privaten Hauptschulen ist in den letzten Jahren mäßig, aber kontinuierlich angestiegen. So gab es im Schuljahr 2000/01 lediglich 18, im Schuljahr 2005/06 24 private Hauptschulen, die von jeweils rund 2 % der Hauptschüler insgesamt besucht wurden.

Bei den privaten Hauptschulen handelt es sich meist um kleinere Einrichtungen. Ihre regionale Verteilung ist relativ ungleichmäßig. Die meisten privaten Hauptschulen (13) gab es im Schuljahr 2009/10 im Regierungsbezirk Freiburg, gefolgt von den Regierungsbezirken Tübingen (11) und Stuttgart (10). Der Regierungsbezirk Karlsruhe hatte im selben Schuljahr sieben private Hauptschulen. Gemessen an der Schülerzahl sind die privaten Hauptschulen in den Regierungsbezirken Tübingen und Freiburg deutlich stärker vertreten als in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe. Insgesamt gab es 2009/10 in 26 der 44 Land- und Stadtkreise des Landes eine Hauptschule in freier Trägerschaft (Web-Tabelle D 2.1 (T2)).

Hoher Anteil relativ kleiner Hauptschulen im Schuljahr 2009/10

Von den 1 194 Hauptschulen, die im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg eingerichtet waren, hatte fast jede vierte (290 Schulen) weniger als fünf Klassen und wies damit nicht alle Schuljahrgänge auf. Drei Hauptschulen befanden sich im Aufbau, das heißt sie hatten zwar mehr als fünf Klassen, aber dennoch nicht alle Schuljahrgänge von Jahrgangsstufe fünf bis neun. Alle Schuljahrgänge waren an 542 Hauptschulen mindestens einmal vorhanden, bei insgesamt fünf bis maximal sieben Klassen. Damit gelten diese Schulen als einzügig. 332 Hauptschulen waren zweizügig oder überwiegend zweizügig, überwiegend dreizügig oder drei- und mehrzügig nur 27. Insgesamt waren im Schuljahr 2009/10 damit 70 % der Hauptschulen im Aufbau oder ein- bis zweizügig. Im Schuljahr 2005/06 lag der entsprechende Wert noch bei 57 %.

Im Schuljahr 2009/10 wurden an 342 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Darunter befanden sich auch neun der zehn in Baden-Württemberg vorhandenen Hauptschul-Außenstellen, die bei diesem Aspekt gesondert betrach-

tet werden.⁸ Der größte Teil der öffentlichen Hauptschul-Standorte (623) hatte zwischen 85 bis unter 200 Schüler, 194 Standorte hatten zwischen 200 und 399 Schüler. Lediglich an vier öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den insgesamt 41 privaten Hauptschulen hatten 22 weniger als 85 Schüler und zehn zwischen 85 bis unter 200 Schüler. Über 400 Schüler wurden nur von einer privaten Hauptschule gemeldet.

Durchschnittlich rund 19 Schüler je Klasse

Im Durchschnitt lag die Klassengröße an den Hauptschulen im Schuljahr 2009/10 bei stark 19 Schülern. Dies spricht dafür, dass an den Hauptschulen überwiegend relativ kleine Klassen existierten. Im Zuge des seit dem Schuljahr 2003/04 zu beobachtenden Rückgangs der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse weiter abgesunken und lag im Schuljahr 2009/10 mit 19,4 um einen Schüler unter dem vor drei Jahren verzeichneten Wert.

An öffentlichen Hauptschulen liegt die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse spürbar unter den Werten der privaten Schulen (Grafik D 2.1 (G3)). Mit 21,0 Schülern je Klasse wurden an privaten Schulen 2009/10 im Mittel fast zwei Schüler mehr pro Klasse unterrichtet als an öffentlichen. Dieser Abstand hat sich in den letzten Jahren etwas verringert – 2005/06 lag er noch bei fast drei Schülern.

An den öffentlichen Hauptschulen umfassten drei Viertel aller Regelklassen⁹ weniger als 23 Schüler (Tabelle D 2.1 (T3) im Anhang). Ein Fünftel der Regelklassen wurde von 23 bis 27 Schülern besucht. In etwa 4 % aller regulären Hauptschulklassen wurden 28 Schüler oder mehr unterrichtet. Dies waren 288 Klassen an den öffentlichen Hauptschulen. An den Einrichtungen in freier Trägerschaft waren in vier von zehn Klassen 23 bis 27 Schüler zu finden. In jeder fünften Klasse betrug die Klassengröße 28 Schüler oder mehr.

Auch 2009/10 mehr Jungen als Mädchen auf der Hauptschule

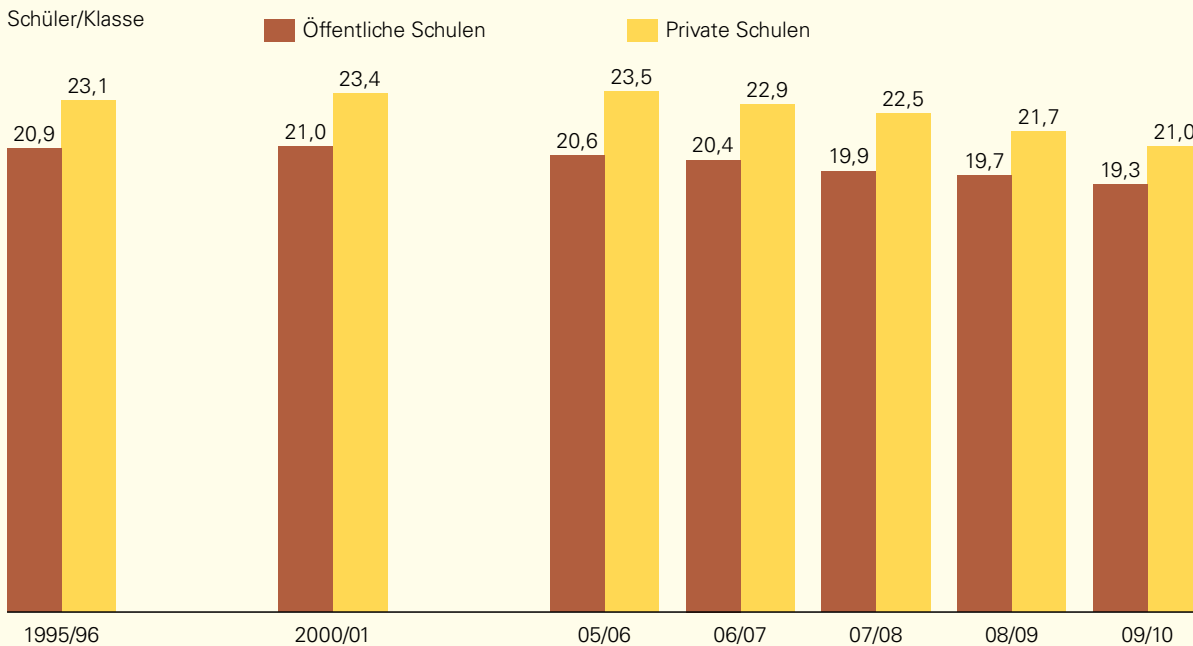
Die geschlechtsspezifische Betrachtung von Schülerinnen und Schülern an den Hauptschulen zeigt einen deutlichen Jungenüberhang: Gut 55 % der Hauptschü-

8 Der Wert 85 ergibt sich, wenn man von einer Mindestklassengröße an öffentlichen Hauptschulen von 17 Schülern und fünf Hauptschul-Jahrgängen ausgeht.

9 Siehe die methodische Erläuterung »Regelklasse« am Ende dieses Kapitels.

D 2.1 (G3)

Klassengröße an Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1995/96 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

332 11

ler waren im Schuljahr 2009/10 männlich (Web-Tabelle D 2.1 (T2)). Dieses Verhältnis ist bereits seit längerer Zeit stabil. Schon im Schuljahr 1980/81 lag der Jungenanteil auf demselben Niveau. Im Verlauf der Jahre waren hier nur sehr geringe Schwankungen feststellbar.

In allen Kreisen des Landes stellten die Jungen – wie drei Jahre zuvor auch – die Mehrzahl der Hauptschüler. Ihr Anteil schwankte von 53 % in den Stadtkreisen Baden-Baden und Karlsruhe bis zu knapp 59 % im Stadtkreis Freiburg im Breisgau. Somit hielt sich die Spannweite des Jungenanteils auch auf Kreisebene in Grenzen.

Übergänge von der 9. in die freiwillige 10. Klassenstufe stiegen 2009/10 auf gut 18 %

Mit dem Besuch des freiwilligen 10. Schuljahres an einer Hauptschule wurde im Schuljahr 2009/10 auch Hauptschülern ein direkter Weg zu einem mittleren Abschluss angeboten (Werkrealschule alter Prägung). 363 der insgesamt 1 194 Hauptschulen haben im Schuljahr 2009/10 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 789 Schülern besucht wurde. Damit waren gut 18 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Klassenstufe gewech-

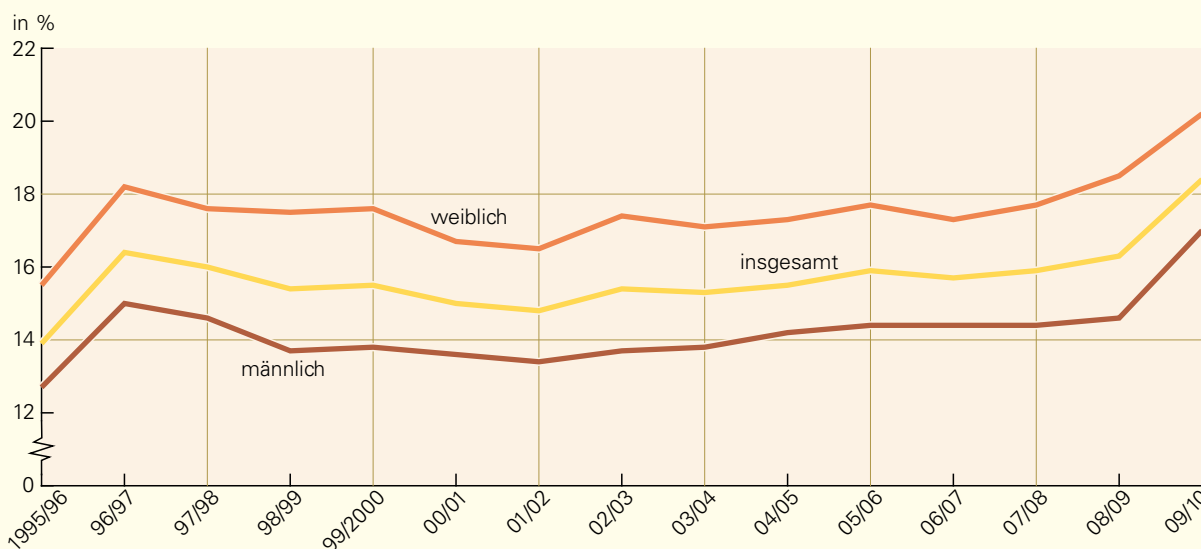
sel. Der Anteil ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen – seit dem Schuljahr 1996/97 lag er relativ konstant bei Werten zwischen knapp 15 % und gut 16 % (Grafik D 2.1 (G4)).

Von den 63 615 Schülern der Klassenstufen 8 und 9 nahm über die Hälfte (knapp 53 %) am Zusatzunterricht in Englisch und Mathematik teil. Allerdings hatten nicht alle Hauptschüler die Möglichkeit, Zusatzunterricht zu erhalten, da dieser nur an 1 101 Schulen erteilt wurde. Damit konnten 8 % der Hauptschulen ihren Schülern diesen Unterricht nicht anbieten. Mädchen erhielten deutlich häufiger Zusatzunterricht als Jungen (gut 58 % zu rund 48 %). Dieser geschlechtsspezifische Unterschied setzte sich auch bei den Übergängen in Klassenstufe 10 fort: Gut 20 % der weiblichen, aber nur 17 % der männlichen Neuntklässler wechselten in die freiwillige 10. Klassenstufe (Grafik D 2.1 (G4)).

Neben dem Wechsel in die 10. Klassenstufe standen den erfolgreichen Neuntklässlern noch weitere Alternativen offen. Sie konnten sich beispielsweise mit dem Hauptschulabschluss um eine Lehrstelle bewerben oder an einer zweijährigen Berufsfachschule die Fachschulreife anstreben. Dort dauerte der Weg zum mittleren Abschluss zwar ein Jahr länger, dafür erhielten die Schüler neben allgemein bildendem Unterricht auch berufliche Grundkenntnisse vermittelt (siehe Kapitel E 1).

D 2.1 (G4)

Übergänge von der 9. in die 10. Klassenstufe der Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1995/96



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

333 11

Die Werkrealschule ab 2010/11

Zum Schuljahr 2010/11 wurde der neue Bildungsgang »Werkrealschule« beginnend für die Klassenstufen 5 bis 8 eingeführt.¹⁰ In der Schulstatistik werden allerdings alle Schüler dieser Schulen der Werkrealschule zugeordnet. So können in der Schulstatistik auch im Bildungsgang Werkrealschule bereits die Klassenstufen 9 und 10 belegt sein, wenn Schüler aus den Klassenstufen 8 und 9 einer ehemaligen Hauptschule übernommen wurden.

Ziel ist der Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses

Ziel der neuen Werkrealschule ist der Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses, der dem Realschulabschluss gleichwertig ist. Im Gegensatz zur bisherigen Hauptschule mit freiwilligem 10. Schuljahr und darauf

vorbereitendem Zusatzunterricht ist die zum Schuljahr 2010/11 eingeführte Werkrealschule ein auf sechs Schuljahre angelegter Bildungsgang. Die ersten Schüler dieses neuen Bildungsgangs werden am Ende des Schuljahres 2012/13 einen mittleren Bildungsabschluss erwerben können. Wer die Werkrealschule nach der 9. Klasse verlassen möchte, kann wie bisher die Hauptschulabschlussprüfung ablegen

Enge Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule in Klassenstufe 10

Als profilierende Elemente werden in den Klassenstufen 8 und 9 insgesamt drei zweistündige Wahlpflichtfächer eingeführt, aus denen die Schüler eines nach ihren Interessen und Neigungen auswählen:

- Natur und Technik,
- Wirtschaft und Informationstechnik
- Gesundheit und Soziales.

Als weiteres Merkmal der neuen Werkrealschule ist bislang die Kooperation mit dem ersten Jahr der zweijährigen Berufsfachschulen in Klasse 10 konzipiert worden. Hier soll eine erste berufliche Grundbildung vermittelt und der Übergang in das duale System besser vorbereitet werden.

¹⁰ Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg, <http://www.schule-bw.de/schularten/hauptschule/aktuell/neue-werkrealschule>, Stand 27.04.2011; Kultusministerium Baden-Württemberg: »Werkrealschule« (Faltblatt), Januar 2010; Verordnung des Kultusministeriums über die Ausbildung und Prüfung an Werkrealschulen (Werkrealschulverordnung – WRSVO) vom 11.11.2009 (GBl. S. 693; K. u. U. S. 205).

Über 500 Werkrealschulen neuen Typs im Schuljahr 2010/11

Durch die Einführung der Werkrealschule neuen Typs haben sich die Zahl der Schulen und Schüler an den Hauptschulen ab dem Schuljahr 2010/11 stark verändert. Nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Schulstatistik wurde im Schuljahr 2010/11 an 536 Schulen der neue Bildungsgang Werkrealschule eingeführt (an 520 öffentlichen und 16 privaten). Dieser Bildungsgang wurde in den Klassenstufen 5 bis 8 von knapp 85 700 Schülern besucht. Weitere gut 28 200 Schüler wurden hier in den Klassenstufen 9 und 10 entsprechend dem bisherigen Bildungsplan beschult. Dagegen ist die Zahl der Hauptschulen von 1 194 im Schuljahr 2009/10 auf 540 im Schuljahr 2010/11 gesunken. An diesen Hauptschulen werden im Schuljahr 2010/11 nach den vorläufigen Ergebnissen der Schulstatistik noch gut 37 700 Schüler unterrichtet.

D 2.2 Realschule

Die Realschule in Baden-Württemberg hat das Ziel, ihren Schülern über eine erweiterte allgemeine Bildung die Grundlagen für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge zu schaffen. Nach sechs Schuljahren erwerben die Schüler über die zentral gestellte Realschul-Abschlussprüfung den mittleren Bildungsabschluss und damit den Zugang zu anerkannten Ausbildungsberufen sowie zu weiteren schulischen Bildungsgängen, die bis zur allgemeinen Hochschulreife führen können.

Anstieg der Schülerzahlen an Realschulen um gut 7 % seit Schuljahr 2000/01

Im Schuljahr 2009/10 wurden an 483 öffentlichen und privaten Realschulen 246 779 Schüler unterrichtet. Dies sind geringfügig mehr als im Schuljahr zuvor, in welchem 246 656 Schüler eine Realschule besuchten. In diesen beiden Jahren wurde – im Gegensatz zu der leicht rückläufigen Entwicklung in den vorausgegangenen drei Schuljahren – wieder ein leichter Zuwachs der Schülerzahlen verzeichnet. Zu Beginn der 80er-Jahre besuchten über 250 000 Schüler diese Schulart. In der darauffolgenden Dekade war ein Rückgang auf rund 163 000 Schüler zu verzeichnen. Seitdem stiegen die Schülerzahlen tendenziell an. Seit dem Schuljahr 2000/01 ist ein Zuwachs um 16 943 bzw. gut 7 % zu verzeichnen (Grafik D 2.2 (G1)).

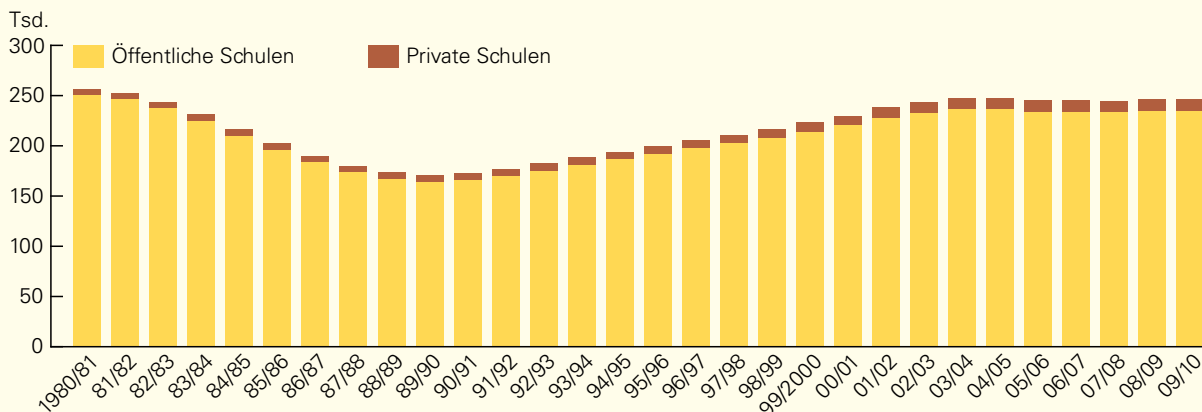


Regelklassen

»Regelklassen« sind alle Hauptschulklassen mit Ausnahme der »besonderen Klassenarten« (Vorbereitungsklassen, Klassen mit dem Ziel der Beseitigung von Lese-/Rechtschreibschwächen, Kooperationsklassen Hauptschule/ Berufliche Schule bzw. Werkrealschule/ Berufliche Schule und muttersprachliche Klassen).

D 2.2 (G1)

Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

376 11

Eine regionale Betrachtung zeigt, dass sich die Zuwächse in den vergangenen zehn Jahren in den einzelnen Stadt- und Landkreisen sehr unterschiedlich entwickelten und in einigen Kreisen sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Der Stadtkreis Baden-Baden sowie die Landkreise Freudenstadt und Ravensburg erfuhren – wie bereits zum Stand des Bildungsberichts 2007 – mit Zuwächsen zwischen 20 % und 23 % die größten Anstiege der Schülerzahlen.

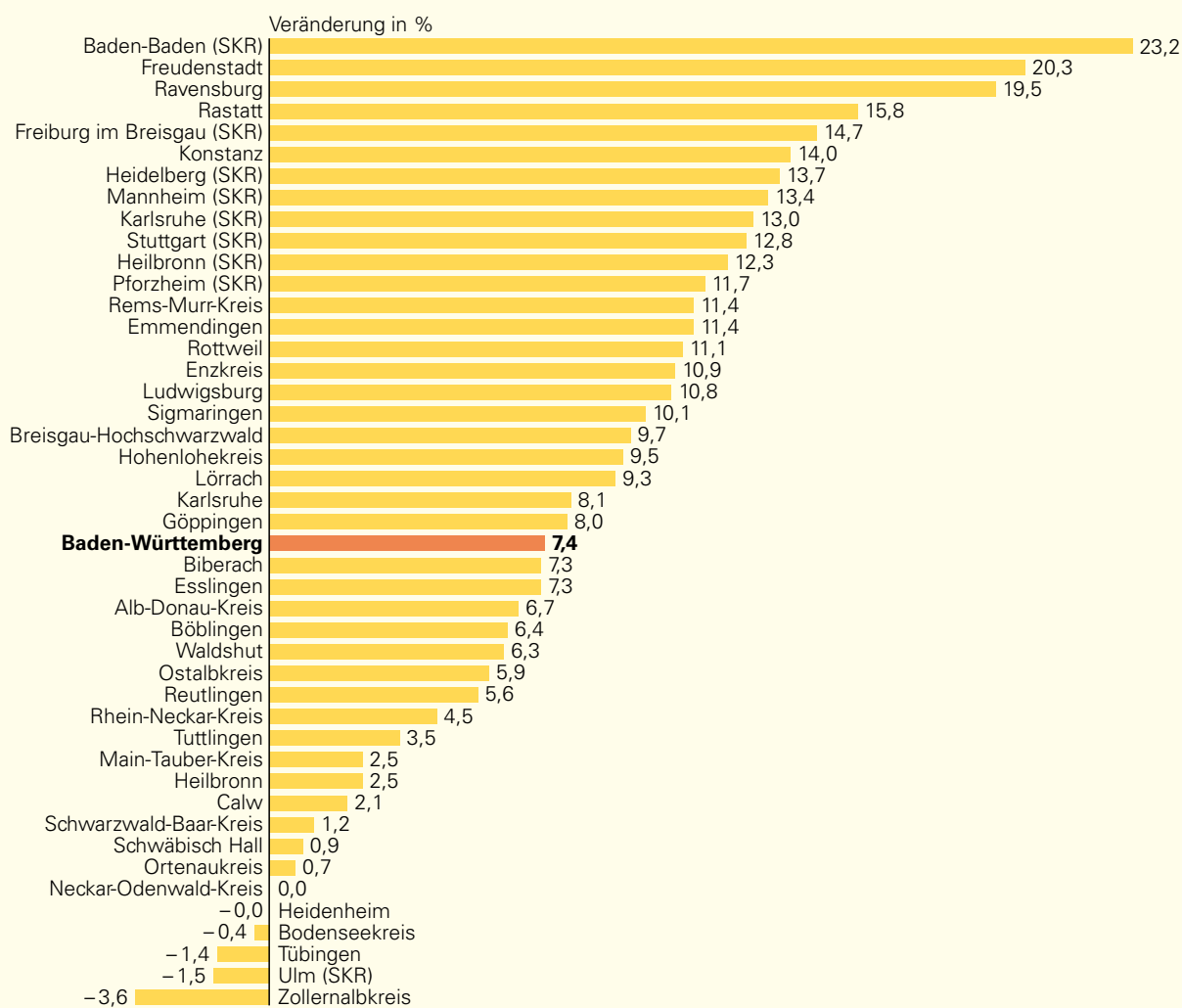
Eine leichte Abnahme der Realschülerzahlen gab es im Bodenseekreis, im Landkreis Tübingen, im Stadtkreis Ulm und im Zollernalbkreis (Grafik D 2.2 (G2)).

Anteil der Schüler an privaten Realschulen vergrößert sich geringfügig

12 815 Schüler besuchten im Schuljahr 2009/10 eine der 56 privaten Realschulen. Dies sind 5,2 % der Schüler an Realschulen (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Der bereits im Bildungsbericht 2007 berichtete Trend zur kontinuierlichen Steigerung der Schülerzahl an privaten Realschulen setzte sich in kleinen Schritten stetig fort. Zwischen 2000/01 und 2009/10 stieg der Anteil der Schüler an privaten Realschulen in jedem Schuljahr geringfügig im Schnitt um 0,1 Prozentpunkte. Der Anteil der Realschüler – bezogen auf einzelne Stadt- und Landkreise –, die im Schuljahr 2009/10 eine private Realschule besuchten, war in

D 2.2 (G2)

Veränderung der Schülerzahl an Realschulen in den Kreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik.

Baden-Baden mit nahezu 36 % und Heidelberg mit gut 28 % am höchsten.

Auch nahmen Anzahl und Verbreitung der privaten Realschulen zu. Während im Schuljahr 2006/07 noch in 29 der 44 Stadt- und Landkreise Realschulen in freier Trägerschaft vorhanden waren, besuchten im Schuljahr 2009/10 Schüler bereits in 35 Stadt- und Landkreisen private Realschulen. In diesem Zeitraum kamen Einrichtungen aus den Landkreisen Esslingen und Ludwigsburg, dem Hohenlohekreis sowie den Landkreisen Calw, Rottweil und Reutlingen hinzu (Web-Tabelle D 2.2 (T2)). Insgesamt gab es in diesem Schuljahr elf private Realschulen mehr als 2006/07.

Anteil der Jungen und Mädchen an Realschulen fast ausgeglichen

Im Schuljahr 2009/10 lag mit einem Anteil von 50,5 % Jungen und 49,5 % Mädchen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern an den Realschulen vor. Der höchste Anteil bei der weiblichen Schülerschaft fand sich mit rund 54 % im Stadtkreis Ulm. Die höchste Quote an männlichen Schülern war mit ebenfalls rund 54 % im Stadtkreis Baden-Baden vorhanden. In beiden Kreisen wurde das Geschlechterverhältnis durch das Vorhandensein von Privatschulen mit hohem Mädchen- bzw. Jungenanteil beeinflusst. So liegt der Jungenanteil im Stadtkreis Ulm an öffentlichen Schulen bei 56 % – hingegen sind an privaten Schulen über 92 % der Schülerschaft Mädchen. In Baden-Baden liegt der Mädchenanteil an öf-

fentlichen Schulen bei annähernd 53 %; der Jungenanteil an Schulen in freier Trägerschaft jedoch bei über 66 % (Web-Tabelle D 2.2 (T2)).

Das Geschlechterverhältnis zwischen öffentlichen und privaten Realschulen in Baden-Württemberg stellt sich folgendermaßen dar: Im Schuljahr 2009/10 waren annähernd 52 % der Schüler an öffentlichen Realschulen Jungen, an privaten Realschulen überwiegen jedoch mit gut 67 % die Mädchen. Zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 ist jedoch eine Verringerung des Mädchenanteils an privaten Realschulen um fast 7 Prozentpunkte festzustellen (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang).

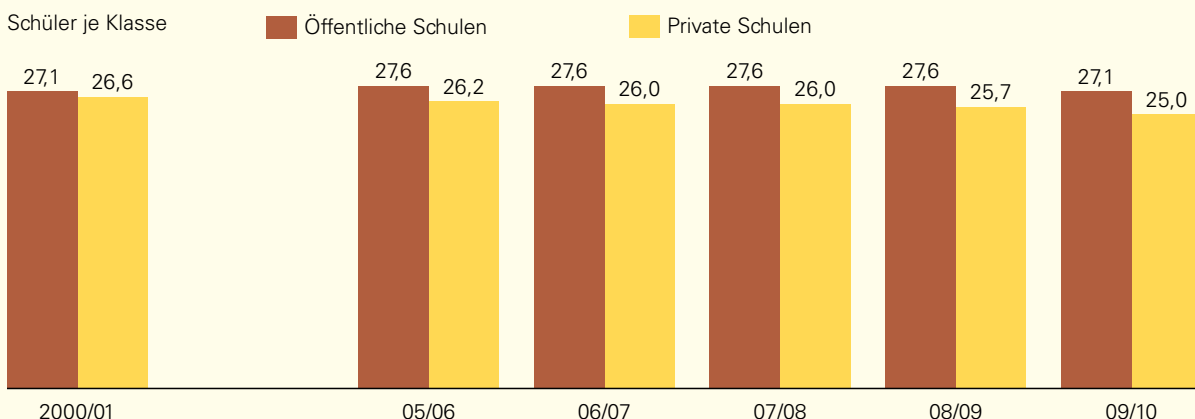
Durchschnittliche Klassenstärke bei rund 27 Schülern pro Klasse

Die Klassengröße an Realschulen lag im Schuljahr 2009/10 im Durchschnitt bei 26,9 Schülern pro Klasse – sie verringerte sich damit im Vergleich zum Schuljahr 2006/07, in welchem sie noch 27,5 Schüler pro Klasse betrug. Die Schülerzahl stieg in diesem Zeitraum allerdings um 1 943 Schüler an (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Das Sinken der Klassenstärke kann durch die Einrichtung von weiteren 192 Klassen an öffentlichen und 75 Klassen an privaten Schulen erklärt werden.

Grafik D 2.2 (G3) zeigt sowohl die Veränderung bei der Klassenstärke an öffentlichen als auch an privaten Schulen für ausgewählte Schuljahre. Außerdem zeigt die Grafik, dass an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2009/10 die durchschnittliche Klassenstärke des Jahres 2000/01 mit 27,1 Schülern pro Klasse wieder

D 2.2 (G3)

Klassengröße an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

378 11

erreicht wurde. Bei den privaten Schulen setzte sich eine Verringerung der durchschnittlichen Klassengröße auf 25 Schüler pro Klasse fort.

Verteilung in den Wahlpflichtbereichen

Ab Klassenstufe 7 belegen Realschüler ein Fach des Wahlpflichtbereichs. Sie können sich zwischen »Technik«, »Mensch und Umwelt« oder einer zweiten Fremdsprache entscheiden. Die Wahlpflichtfächer »Technik« sowie »Mensch und Umwelt« tauschen in den Klassen 7 bis 10 Pflichtmodule aus, sodass wechselseitige Lernerfahrungen möglich sind.

Im Schuljahr 2009/10 besuchten gut 40 % der Schüler das Fach »Technik«, fast 35 % »Mensch und Umwelt« und 25 % eine Fremdsprache (Grafik D 2.2 (G4)). Bei der Fremdsprache handelt es sich in den meisten Fällen um Französisch¹¹.

Eine Analyse der geschlechtsspezifischen Verteilung ergibt, dass rund 58 % der Mädchen »Mensch und Umwelt« wählten, 34 % die zweite Fremdsprache und nur ca. 8 % »Technik«. Von den Jungen hingegen wählten über 71 % das Fach »Technik«. Mit großem Abstand folgen dann die Fremdsprache, für die sich rund 16 % entschieden, und das Fach »Mensch und Umwelt«, das über 12 % der Jungen belegten. Seit dem im Bildungsbericht 2007 berichteten Stand – bezogen auf das Schuljahr 2006/07 – zeigen sich für das geschlechtsspezifische Wahlverhalten kaum Unterschiede.

Zugänge durch Wechsler aus anderen Schularten

Die Mehrzahl der zum Schuljahr 2009/10 an eine Realschule von einer anderen Schulart übergegangenen Schüler besuchte im Vorjahr ein Gymnasium. So waren 0,9 % aller Realschüler am Ende des vorangegangenen Schuljahres noch Schüler eines Gymnasiums und 0,8 % der Schüler an Realschulen kamen von einer Hauptschule. Weitere 0,1 % aller Realschüler wechselten aus einer sonstigen Schulart an die Realschule (Tabelle D 2.2 (T3) im Anhang).

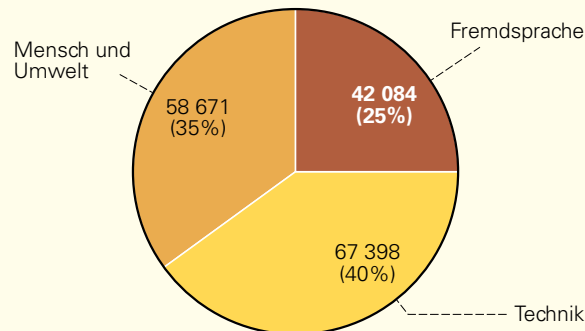
Wechsel von der Hauptschule an die Realschule betreffen insbesondere die 6. Klasse, während die Wechsel vom Gymnasium an die Realschule hauptsächlich in den Klassen 7, 8 und 9 erfolgen.

¹¹ Für Schüler, die ab Klasse 5 Französisch als Pflichtfremdsprache haben, ist ab Klasse 7 auch Englisch Pflichtfremdsprache.

D 2.2 (G4)

Wahlpflichtunterricht an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

Anzahl der teilnehmenden Schüler



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

379 11

Ausbau der bilingualen Züge an Realschulen

Im Schuljahr 2006/07 wurden an fünf Realschulen bilinguale Züge eingerichtet. Dies fand im Rahmen eines Schulversuchs statt, der vier Modellschulen mit bilingualen Zügen in Englisch und eine Modellschule mit Französisch umfasste. Das Konzept der bilingualen Züge sieht vor, dass in jeder Klassenstufe in einer bilingualen Klasse durchgängig in mindestens zwei Sachfächern zweisprachig unterrichtet wird. Schüler, die den bilingualen Zug an der Realschule erfolgreich absolvieren, erhalten ein landeseinheitliches Testat nach Klasse 8 und ein landeseinheitliches Zertifikat nach Klasse 10.

2010/11 erhöhte sich die Zahl der Realschulstandorte mit diesem Unterrichtsmodell um weitere 21 auf insgesamt 26 (Grafik D 2.2 (G5)). In Baden-Württemberg werden über die bilingualen Züge hinaus an vielen weiteren Realschulen bilinguale Unterrichtsstunden und -einheiten angeboten.

Novellierte Abschlussprüfung



Seit dem Schuljahr 2007/08 wird an den Realschulen in Baden-Württemberg eine novellierte Abschlussprüfung durchgeführt¹². Die schriftliche Prüfung am Ende von Klasse 10 erstreckt sich auf die Fächer Deutsch, Mathematik und die Pflichtfremdsprache, welche entweder Englisch oder Französisch ist. In der Pflichtfremdsprache

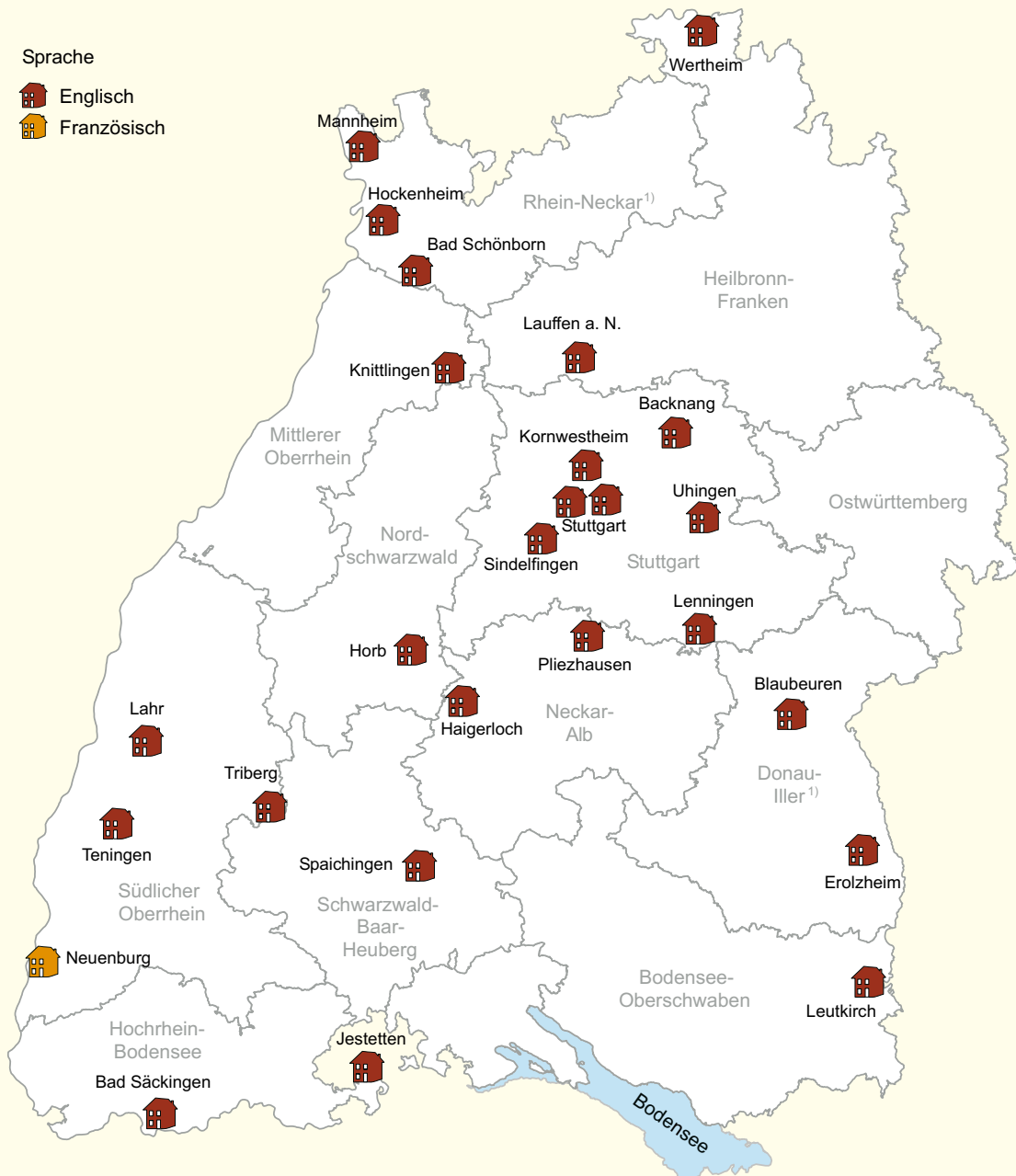
¹² <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PBmnu/1189339/index.html?ROOT=1146607>, Stand: 20.01.2011.

D 2.2 (G5)

Realschulen mit bilingualen Zügen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

Sprache

-  Englisch
-  Französisch



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-020
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

wird im ersten Halbjahr der Klasse 10 eine mündliche Prüfung durchgeführt (EuroKomPrüfung). Sie zählt soviel wie die übrigen Prüfungsleistungen in der Pflichtfremdsprache. Die fächerübergreifende Kompetenzprüfung besteht aus einer Präsentation zu einem bestimmten Thema und einem daran anknüpfenden Prüfungsgespräch. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf Wunsch des Schülers auf die Fächer der schriftlichen Prüfung.

D 2.3 Gymnasium

Das allgemein bildende Gymnasium vermittelt Schülern eine breite und vertiefte Allgemeinbildung. Seit dem Schuljahr 2004/05 wurde das bislang neunjährige Gymnasium mit einer entsprechenden Anpassung des Bildungsplans auf nunmehr acht Schuljahre ausgerichtet. Mit dem erfolgreichen Ablegen der Abiturprüfung erlangen die Schüler in der Regel nach insgesamt zwölf Schuljahren die allgemeine Hochschulreife. Je nach den Angeboten der besuchten Schule kann ein naturwissenschaftliches, sprachliches, musisch-künstlerisches oder sportliches Profil belegt werden.

Nach einem demografisch bedingten starken Rückgang der Schülerzahlen ab Beginn der 80er-Jahre ist seit Anfang der 90er-Jahre ein stetiges Anwachsen zu verzeichnen. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 344 932 Schüler eines der 377 öffentlichen und 68 privaten Gymnasien, ein Zuwachs um 51 966 Schüler bzw. knapp 18 % gegenüber dem Schuljahr 2000/01 (Grafik D 2.3 (G1) und Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

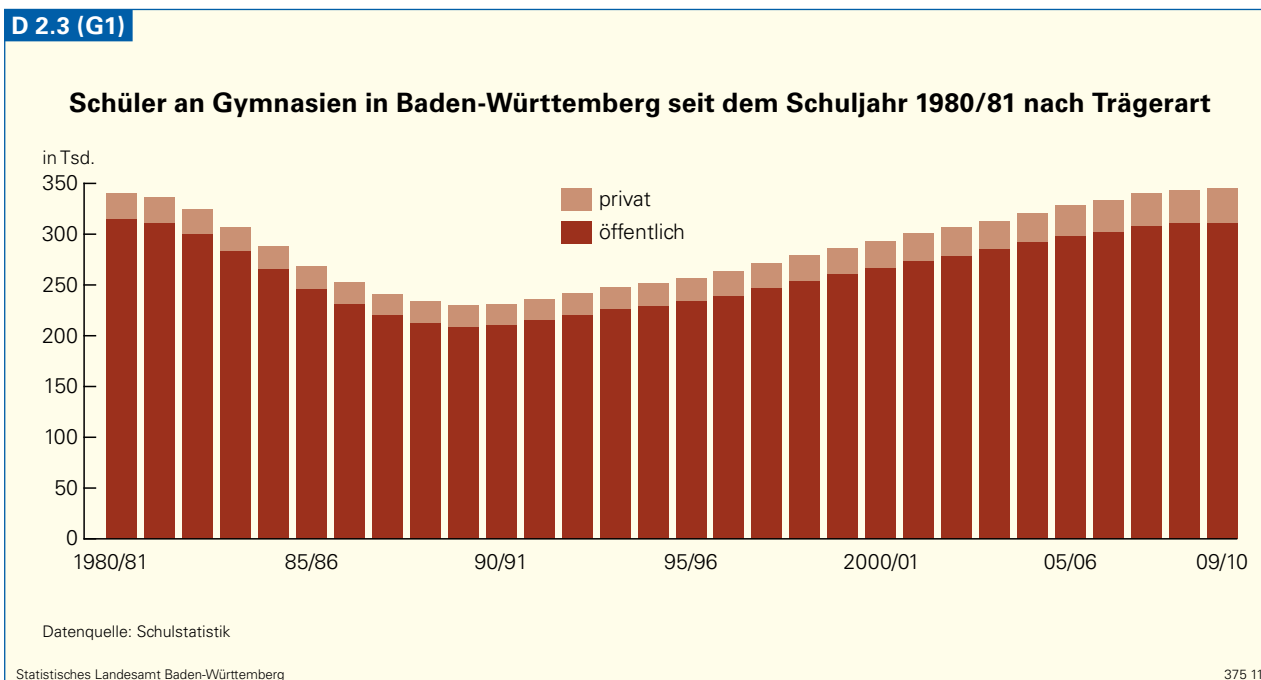
Anstieg der Schülerzahlen an Gymnasien in allen Stadt- und Landkreisen

Das Anwachsen der Schülerzahlen an Gymnasien spiegelt sich auch auf regionaler Ebene wider. Zwar stieg in allen Stadt- und Landkreisen die Zahl der Schüler zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 an, allerdings in unterschiedlichem Umfang. Die mit 26 % bis 28 % größten Zuwächse erfuhrten die Kreise Konstanz und Calw, der Ostalbkreis und der Stadtkreis Karlsruhe. Die mit deutlichem Abstand geringste Zunahme erfuhr der Hohenlohekreis mit knapp 2 % (Grafik D 2.3 (G2)), welcher zum Stand des ersten baden-württembergischen Bildungsberichts für den Zeitraum von 2000/01 bis 2006/07 noch eine Zunahme von 9 % verzeichnete.

Jeder zehnte Gymnasiast besucht ein privates Gymnasium

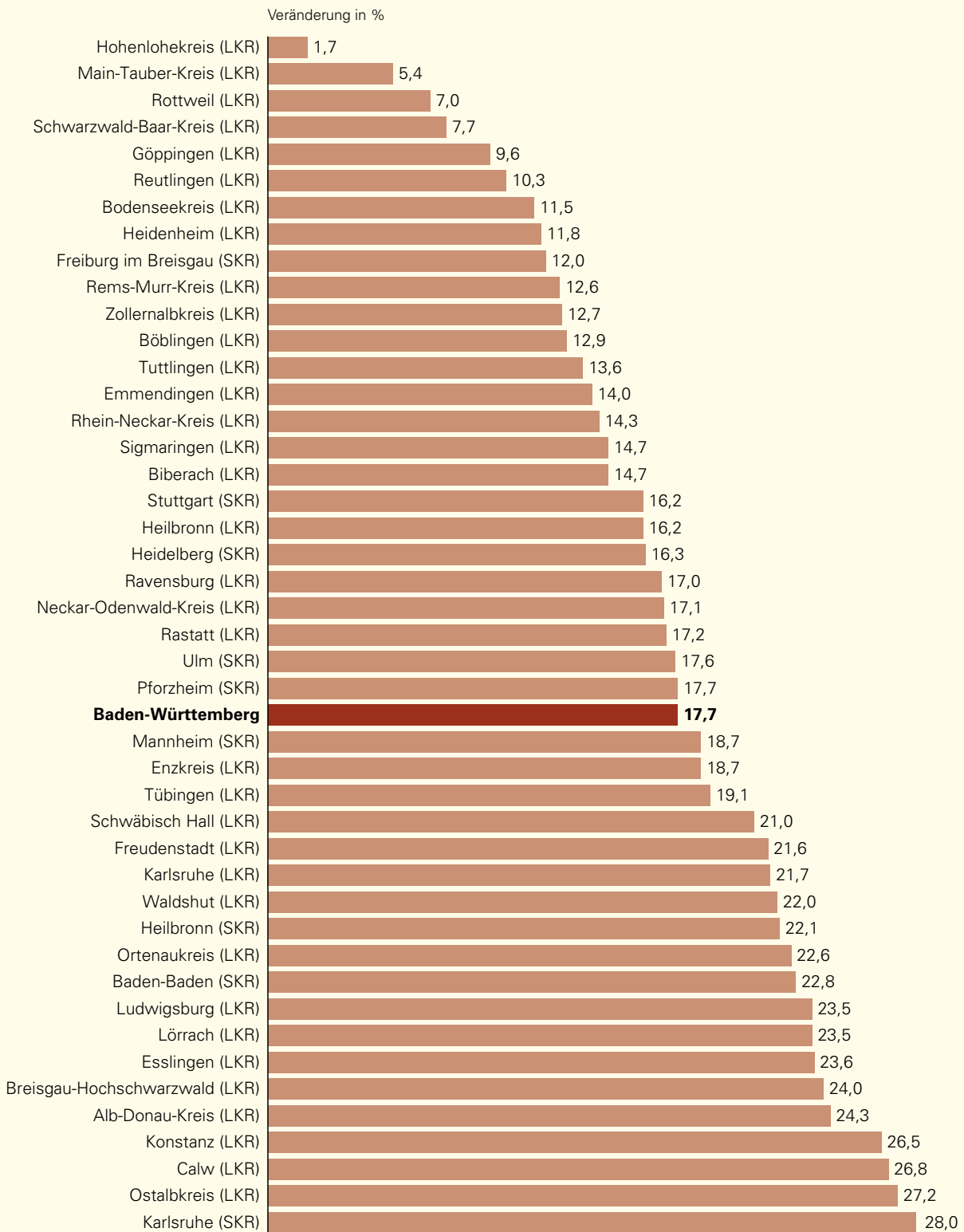
33 892 Schüler – ein Anteil von 9,8 % – besuchten im Schuljahr 2009/10 ein privates Gymnasium. Der Anteil der Privatschüler an der Gesamtschülerzahl vergrößerte sich damit seit dem Schuljahr 2000/01, in welchem er 9,2 % betrug, nur geringfügig (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Rückblickend auf die vergangene Dekade beträgt der Anstieg der Schülerzahlen an den privaten Gymnasien allerdings über 25 % zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10. Die öffentlichen Gymnasien erfuhrten im selben Zeitraum einen Schülerzuwachs um lediglich 17 %.

Im Schuljahr 2009/10 gab es in 30 Stadt- und Landkreisen private Gymnasien. Seit dem letzten Bildungsbericht,



D 2.3 (G2)

Veränderung der Schülerzahl an Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik

welcher den Stand des Schuljahrs 2006/07 aufzeigt, kamen drei Landkreise – Esslingen, der Rems-Murr-Kreis und der Hohenlohekreis – hinzu. Auffallend hohe Anteile an Privatschülern unter den Gymnasiasten finden sich mit 45 % in Heidelberg und mit 36 % in Baden-Baden.

Mädchenanteil an Gymnasien höher als Jungenanteil

Mehr Mädchen als Jungen besuchten im Schuljahr 2009/10 ein öffentliches oder privates Gymnasium in Baden-Württemberg – ihr Anteil lag bei gut 52 %. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 164 317 Jungen 180 615 Mädchen gegenüberstanden (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Im Landkreis Sigmaringen war der Anteil der Mädchen mit fast 58 % am höchsten; in keinem Stadt- und Landkreis lag der Anteil der Mädchen unter 50 % (Web-Tabelle D 2.3 (T2)). Seit dem Schuljahr 2000/01 ist jedoch ein leichtes Sinken des weiblichen Anteils um insgesamt einen Prozentpunkt zu vermerken.

Der Mädchenanteil an privaten Gymnasien lag im Schuljahr 2009/10 bei rund 60 %, während er an öffentlichen Gymnasien knapp 52 % betrug (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

Klassenstärke seit Schuljahr 2006/07 leicht gesunken

Im Schuljahr 2009/10 lag die durchschnittliche Klassengröße an öffentlichen und privaten Gymnasien bei

27,1 Schülern.¹³ Für öffentliche Gymnasien ergab sich ein Durchschnitt von 27,3 Schülern und für private Gymnasien von 25,5 Schülern pro Klasse. Bis zum Schuljahr 2006/07 war eine Tendenz zu größer werdenden Klassen festzustellen. Gemessen an dem für diesen Zeitpunkt berichteten Stand von durchschnittlich 27,5 Schülern pro Klasse ist nun ein leichter Rückgang der Klassenstärke zu verzeichnen, der sich sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Schulen zeigt (Grafik D 2.3 (G3)).

15 Standorte mit Angeboten zur Hochbegabtenförderung an öffentlichen Gymnasien

Seit dem Schuljahr 2006/07 wurde die Hochbegabtenförderung an öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien ausgebaut. Es finden sich neben dem Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, welches bereits seit 2004/05 besteht und seit 2008/09 auch externe Schüler aufnimmt, im Schuljahr 2009/10 weitere 15 Standorte mit Angeboten zur Hochbegabtenförderung. Somit können vermehrt wohnortnahe Angebote genutzt werden (Grafik D 2.3 (G4)).

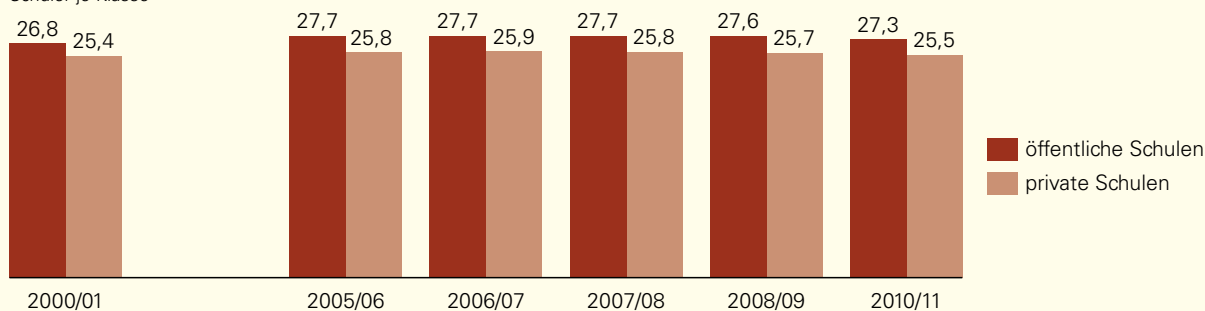
Hochbegabtenklassen wurden im Schuljahr 2006/07 in Lahr, Pforzheim, Ulm und Stuttgart gebildet; 2007/08 kamen die in Lörrach, Heidelberg, Tübingen und Heilbronn eingerichteten Hochbegabtenzüge hinzu. Im Schuljahr 2008/09 wurden diese durch Hochbegabtenklassen in Marbach am Neckar, Karlsruhe, Konstanz,

¹³ Bei der Berechnung der Klassengröße wird die Kursstufe des Gymnasiums nicht einbezogen.

D 2.3 (G3)

Klassengröße an Gymnasien in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart

Schüler je Klasse¹⁾



1) Ohne Berücksichtigung der Kursstufe.
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

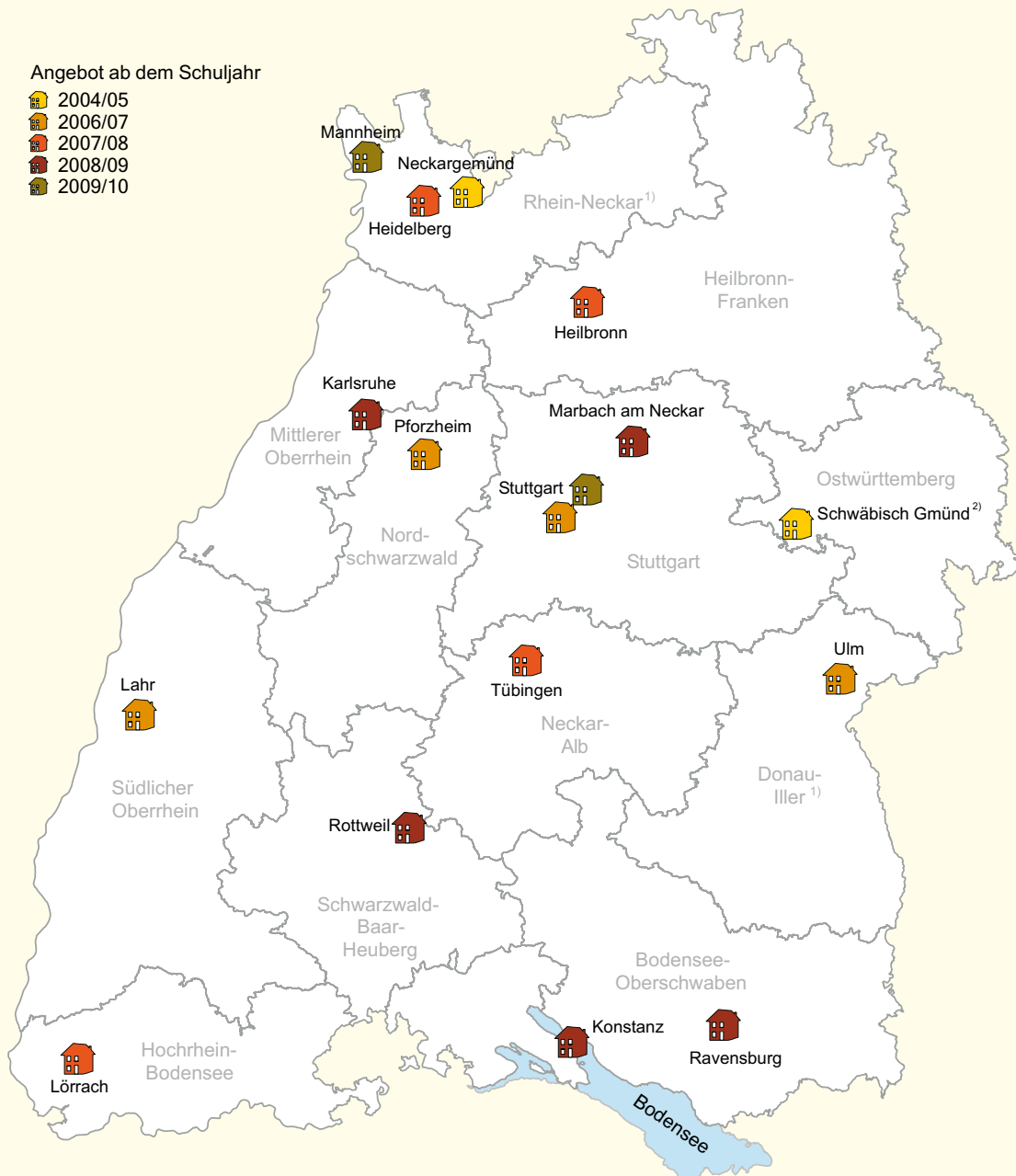
373 11

D 2.3 (G4)

Gymnasien mit besonderen Angeboten zur Hochbegabtenförderung in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2004/05 bis 2009/10

Angebot ab dem Schuljahr

-  2004/05
-  2006/07
-  2007/08
-  2008/09
-  2009/10



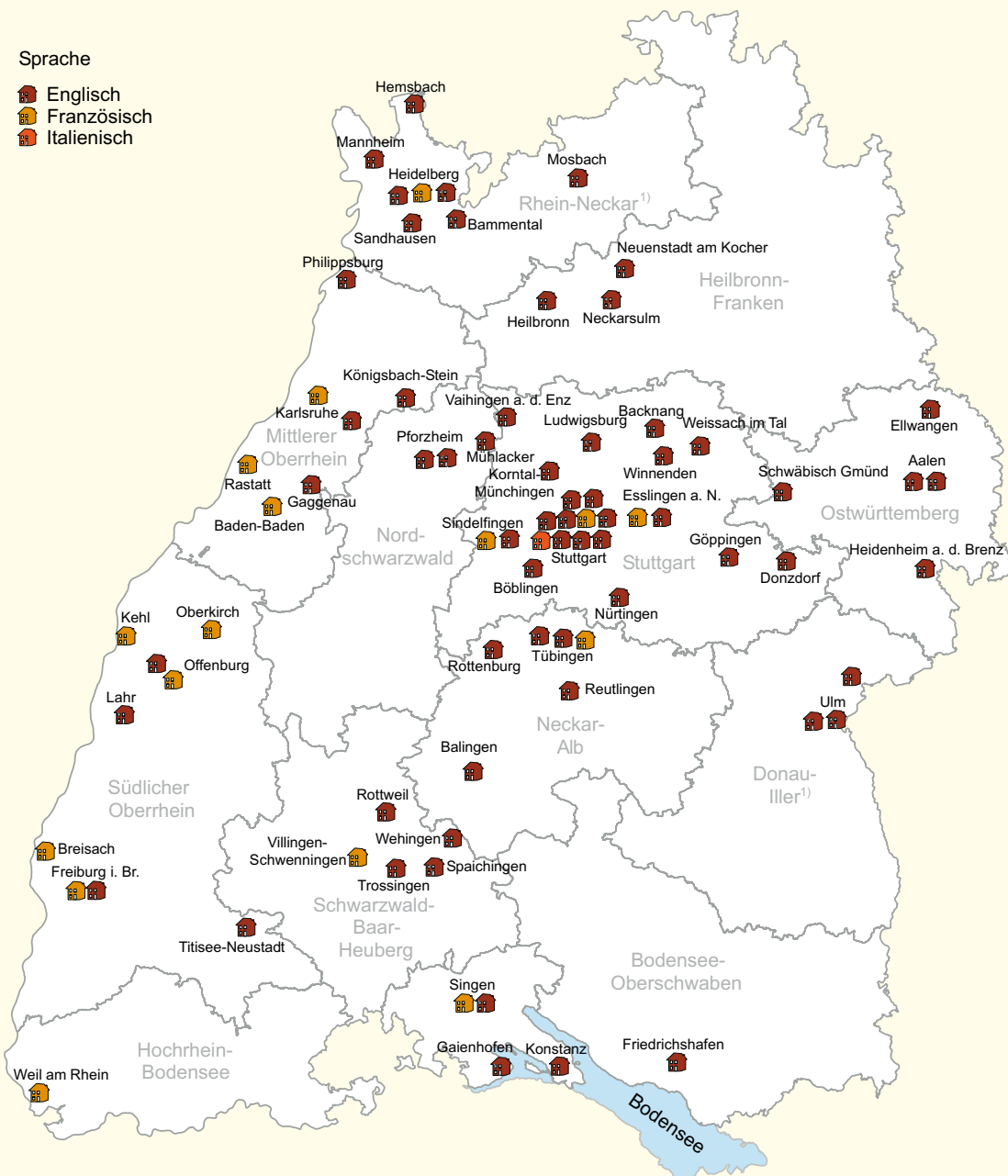
1) Soweit Land Baden-Württemberg. – 2) Ab dem Schuljahr 2008/09 mit Hochbegabtenzug für externe Schüler.

Datenquelle: Kultusministerium.

D 2.3 (G5)

Gymnasien mit bilingualen Abteilungen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

- Sprache
-  Englisch
 -  Französisch
 -  Italienisch



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-023
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph



Rottweil und Ravensburg ergänzt, 2009/10 folgten zwei weitere Hochbegabtenzüge in Stuttgart und Mannheim.¹⁴ Außer den hier genannten öffentlichen Gymnasien gibt es ein privates Gymnasium mit spezieller Ausrichtung zur Förderung von Hochbegabten in Neckargemünd.

Weiterer Ausbau der bilingualen Abteilungen

Bilingualer Unterricht bedeutet, dass Sachfächer – ganz oder teilweise – in einer Fremdsprache unterrichtet werden und somit die Fremdsprache nicht nur Lerngegenstand ist, sondern auch der Erschließung eigenständiger Sachinhalte dient. Anhand des bilingualen Unterrichts kann der Erwerb von Zweisprachigkeit gefördert werden, welche im Zuge der Globalisierung an Wichtigkeit gewinnt.

Im Schuljahr 2010/11 gibt es 62 Gymnasien mit deutsch-englischen Abteilungen, 16 Gymnasien mit deutsch-französischen Abteilungen und ein Gymnasium mit deutsch-italienischer Abteilung, in welchen Schüler bilingualen Unterricht erhalten (Grafik D 2.3 (G5)). Darüber hinaus werden an weiteren Schulen einzelne bilinguale Unterrichtseinheiten angeboten. Seit dem Schuljahr 2006/07, in welchem 41 Gymnasien mit deutsch-englischer Abteilung und 13 Gymnasien mit deutsch-französischer Abteilung bestanden, fand somit ein deutlicher Ausbau der bilingualen Abteilungen statt.

Unter den Gymnasien mit deutsch-englischer Abteilung befinden sich 19 Gymnasien, an welchen zusätzlich zum Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife das Zertifikat »Internationale Abiturprüfung Baden-Württemberg« erworben werden kann. An den Gymnasien mit deutsch-französischer Abteilung kann sowohl die deutsche als auch die französische Hochschulreife erlangt werden, – der sogenannte Doppelabschluss »Abitac«. Schüler, welche das bilinguale Profil des Gymnasiums mit deutsch-italienischer Abteilung besuchen, erhalten sowohl die deutsche als auch die italienische Hochschulzugangsberechtigung.

Gemeinsame Kursstufe in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12

Im Schuljahr 2004/05 wurde in Baden-Württemberg das achtjährige Gymnasium mit Beginn in der fünften

Klasse eingeführt. Ab dem Schuljahr 2010/11 besuchen daher Schüler des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums und Schüler des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums gemeinsam die Kursstufe. Der neunjährige Zug wird zum Sommer 2012 enden, wenn der letzte Schülerjahrgang gemeinsam mit den Schülern der 12. Klasse des achtjährigen Gymnasiums Abitur machen wird.

Die Gymnasien erhalten für Organisation und Stundenplangestaltung der gemeinsamen Kursstufe eine zeitlich begrenzte Sonderzuweisung von rund 70 Deputaten für das Schuljahr 2010/11 und von rund 115 Deputaten für das Abiturjahr 2011/12.¹⁵ Für die Oberstufenberatung der Schüler des achtjährigen Gymnasiums werden mit zeitlicher Begrenzung bis zum Abitur 2012 rund 50 Deputate zur Verfügung gestellt. Weitere Entlastungen erfolgen im Bereich der Lehrerfortbildung und bei der Wahl von Schwerpunktthemen für die Abiturprüfung.¹⁶

Im Vergleich zu den rund 33 000 Absolventen mit Hochschulreife aus allgemein bildenden Schulen und den stark 14 000 aus beruflichen Schulen des Jahres 2009 werden im Sommer 2012 voraussichtlich 58 000 Absolventen allgemein bildende Schulen und weitere knapp 17 000 berufliche Schulen mit der Hochschulreife verlassen. Dem erhöhten Bedarf an Studienanfängerplätzen begegnet das Programm »Hochschule 2012«, welches die Schaffung von 20 000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahr 2012 vorsieht. Auch beim Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr werden mehr Plätze eingerichtet. Um zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen zu können, wurden Gespräche mit der Wirtschaft aufgenommen.

D 2.4 Integrierte Schulformen

Das baden-württembergische Schulsystem ist zwar grundsätzlich dreigliedrig, es bietet aber auch integrierte Schulformen. Dazu zählen die Schulen besonderer Art (früher: Gesamtschulen), die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Konstanz und die Freien Waldorfschulen. Gemeinsam ist diesen Schulformen, dass die Schüler nicht nach Klasse 4 in verschiedenen Schularten getrennt unterrichtet werden. Allerdings ist der zahlenmäßige Stellenwert dieser integrativen Schulformen im gesamten Bildungssystem Baden-Württembergs relativ gering.

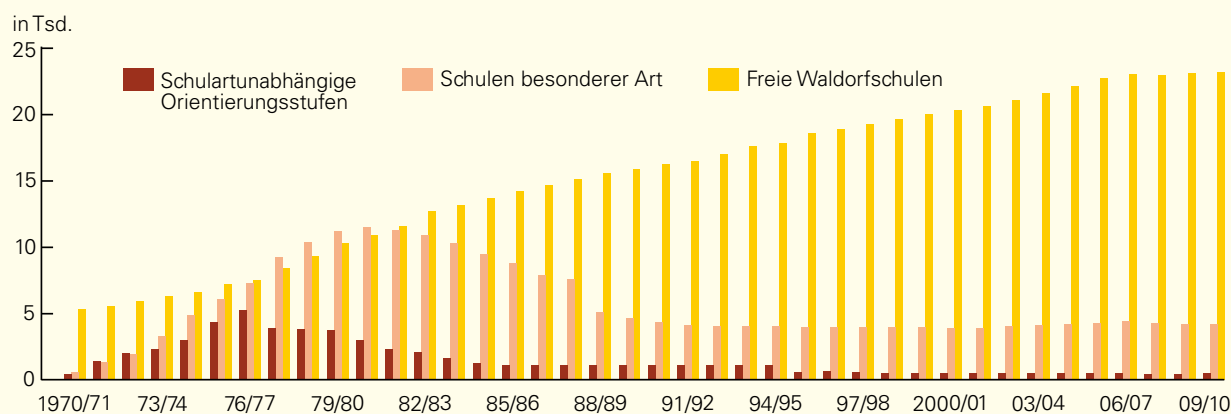
¹⁵ Planungsstand 2010.

¹⁶ <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1249147/index.html?ROOT=1146607> (Stand: 3.3.2011).

¹⁴ <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1209300/index.html> (Stand: 24.02.2011).

D 2.4 (G1)

Schüler an integrierten Schulformen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1970/71



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

338 11

Drei »Schulen besonderer Art« in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es drei »Schulen besonderer Art« in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Mannheim. Dabei handelt es sich um integrative Gesamtschulen in öffentlicher Trägerschaft, deren rechtliche Grundlage sich in den Schlussvorschriften des Schulgesetzes¹⁷ findet. Dort heißt es in § 107 Abs. 1: »Die Staudinger-Gesamtschule Freiburg im Breisgau, die Internationale Gesamtschule Heidelberg und die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried können in den Klassen 5 bis 10 als Schulen besonderer Art ohne Gliederung nach Schularten geführt werden. Der Unterricht kann in Klassen und Kursen stattfinden, die nach der Leistungsfähigkeit der Schüler gebildet werden.« An den Schulen besonderer Art kann nach Klassenstufe 9 der Hauptschulabschluss erworben werden und nach Klassenstufe 10 der Realschulabschluss bzw. die Berechtigung zum Übergang in die Oberstufe.

Die Bestandsgarantie im Schulgesetz sichert die verbliebenen integrierten Gesamtschulen, sodass sie in den Großstädten Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau noch eine Alternative zum gegliederten Schulsystem bieten (vgl. **Kapitel D 1.3**). Von den integrierten Gesamtschulen zu unterscheiden sind die »kooperativen Gesamtschulen«. Sie stellen keine eigenständige Schulart dar,

sondern bieten verschiedene Schularten der Sekundarstufe I in einer gemeinsamen Schule mit einheitlicher Schulleitung (zum Beispiel Verbundschulen) an.

Ausländeranteil an den Schulen besonderer Art relativ hoch

Aufgrund der eingeführten Modell- und Versuchsschulen¹⁸ kletterte die Schülerzahl der Gesamtschulen in den 70er-Jahren beständig nach oben bis zu ihrem Höchststand im Schuljahr 1980/81: Knapp 11 500 Schüler besuchten damals eine der sieben Gesamtschulen des Landes (Grafik D 2.4 (G1)). Allerdings war auch bei diesem Spitzenwert der Anteil der Schüler an Gesamtschulen an den Schülern aller allgemein bildenden Schulen mit 0,8 % gering. Ab 1980 ist mit dem Auslaufen der Versuchsphase ein stark abnehmender Trend bis zu Beginn der 90er-Jahre zu verzeichnen. Seither haben sich die Schülerzahlen an den Schulen besonderer Art stabilisiert, wobei sie nach einem relativen Tiefpunkt in 2001 wieder leicht angestiegen sind bis zum Jahr 2006. Nach zwei weiteren rückläufigen Jahren nahm die Zahl der Schüler im Schuljahr 2009/10 wieder leicht zu auf 4 178.

Der Anteil der Schüler an den drei Schulen besonderer Art an den Schülern insgesamt war mit 0,3 % sehr

17 Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K. u. U. S. 584), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2010 (GBl. S. 1059).

18 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Kultusministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Modelle und Versuche für die Bildungsreform, Oktober 1973.

gering. Gut 15 % der Schüler waren Ausländer, knapp 0,2 % Aussiedler. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Stadtkreis Mannheim der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen traditionell besonders hoch ist. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei 23 %. Landesweit lag der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen bei knapp 11 %.

Gemeinsamer Unterricht auch an den Schulen besonderer Art nur in den unteren Klassenstufen

Seit 1988 werden an den Schulen besonderer Art nur die Klassenstufen 5 bis 10 und die Oberstufe angeboten. Im Gegensatz zu den Freien Waldorfschulen, die bereits mit Klassenstufe 1 beginnen, kann eine Schule besonderer Art also erst nach dem Grundschulalter besucht werden. Ein gemeinsamer Unterricht aller Schüler, bei dem die Regelschulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium nicht in Erscheinung treten, findet nur in den unteren Klassenstufen statt. Je nach Schule werden die Schüler dann entsprechend der unterschiedlichen Begabungen und Lerngewohnheiten in Niveaurofen, Züge oder schulartbezogene Klassen eingeteilt, die den Regelschulen entsprechen.

Bei den Fünftklässlern dominierte die Realschulempfehlung

Von den 652 Schülern in Klassenstufe 5 hatte der Großteil (gut 43 %) von der Grundschule als weiterführende Schulart die Realschule empfohlen bekommen. 27 % hatten 2009 eine Grundschulempfehlung erhalten, die von den Regelschulen nur den Besuch der Hauptschule ermöglicht hätte. 29 % der Fünftklässler waren mit einer Grundschulempfehlung auf die Schule besonderer Art gewechselt, mit der auch der Besuch eines Gymnasiums möglich gewesen wäre.

Vom Abgangsjahrgang 2009 an den Schulen besonderer Art verließen knapp 24 % der Abgänger die Schule mit dem Hauptschulabschluss, stark 46 % erzielten einen Realschulabschluss und fast 30 % die allgemeine Hochschulreife.

Die Entwicklung der integrierten, schulartunabhängigen Orientierungsstufen erreichte ihren Höchstwert 1976 mit 5 223 Schülern an 13 Schulen im Land. Seit dem Schuljahr 1998/99 führt nur noch die Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz diese schulartunabhängige Orientierungsstufe. 2009/10 besuchten dort 445 Schüler die Klassenstufen 5 und 6 (Grafik D 2.4 (G1)).

56 Freie Waldorfschulen mit gut 23 100 Schülern im Schuljahr 2009/10

Im Schuljahr 2009/10 wurden an den 56 Freien Waldorfschulen 23 148 Schüler unterrichtet. Die Freien Waldorfschulen sind Schulen in ausschließlich privater Trägerschaft und unterrichten nach der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners. Grundprinzipien des Unterrichts sind

- Gesamtschulprinzip,
- Jahrgangsklassenprinzip ohne Noten und Sitzenbleiben,
- Epochenunterricht (Blockunterricht),
- Klassenlehrerprinzip (möglichst der gleiche Klassenlehrer von Klasse 1 bis 12),
- Im Allgemeinen ab der 1. Klassenstufe zwei Fremdsprachen,
- Betonung des handwerklichen und künstlerischen Unterrichts,
- Entwicklung von Individualität und Teamfähigkeit.

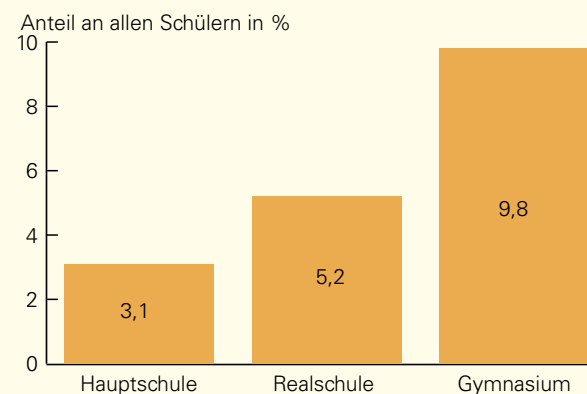
Die Freien Waldorfschulen verzeichnen seit Jahren einen wachsenden Zulauf. Knapp jeder vierte Schüler, der eine Schule in privater Trägerschaft besucht, geht auf eine Waldorfschule. Die Schülerzahlen der Freien Waldorfschulen haben sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Die öffentlichen allgemein bildenden Schulen verzeichneten im selben Zeitraum dagegen eine Abnahme um gut 15 %. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Waldorfschüler sogar mehr als vervierfacht (Grafik D 2.4 (G1)). Der Anteil der Schüler an Freien Waldorfschulen an den Schülern der allgemein bildenden Schulen insgesamt (ohne Zweiter Bildungsweg) lag 2009/10 freilich nur bei knapp 2 %.

Klassenstärke in den Klassenstufen 1 bis 4 an Freien Waldorfschulen relativ groß

Die 23 148 Schüler der Freien Waldorfschulen im Schuljahr 2009/10 wurden in 1 055 Klassen unterrichtet. Dies entsprach einer durchschnittlichen Klassengröße von 21,9 Schülern. Dabei unterscheidet sich die Klassenstärke zwischen Primarbereich und Sekundarbereich sehr stark. Im Durchschnitt waren in den Klassenstufen 1 bis 4 einer Waldorfschule 28,2 Schüler in einer Klasse – an den öffentlichen Grundschulen Baden-Württembergs waren es nur 21,2 Schüler. Im Sekundarbereich waren die Klassen an den Waldorfschulen mit

D 2.5 (G1)

Schüler an privaten weiterführenden allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

339 11

durchschnittlich 19,9 Schülern je Klasse wesentlich kleiner als im Primarbereich (Tabelle D 2.4 (T1) im Anhang).

Der Anteil ausländischer Schüler an Freien Waldorfschulen ist vergleichsweise gering. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei etwas mehr als 3 %, im Gegensatz zu knapp 11 % an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (vgl. Kapitel D 5).

Gut 45 % der Abgänger verließen die Freie Waldorfschule 2009 mit Abitur

An den Freien Waldorfschulen können alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis hin zur Hochschulreife erworben werden wie an den öffentlichen Schulen auch. Zum Ende des Schuljahres 2008/09 hatten gut 2 % der insgesamt 1 693 Abgänger die Freie Waldorfschule ohne Abschluss verlassen, 7 % mit dem Hauptschulabschluss. Einen mittleren Abschluss erzielten 24 % der Abgänger, die meisten von ihnen (86 %) am Ende der 12. Klassenstufe. Grundsätzlich möglich war der Erwerb eines Realschulabschlusses an Freien Waldorfschulen im Jahr 2009 ab der Klassenstufe 10. Mit der Fachhochschulreife¹⁹ verließen knapp 22 % der Abgänger die Waldorfschule. Gut 45 % der Abgänger erreichten nach Abschluss der

¹⁹ Für den vollständigen Erwerb der Fachhochschulreife ist noch der Nachweis einer praktischen Tätigkeit im außerschulischen Bereich nachzuweisen.

Klassenstufe 13 die allgemeinen Hochschulreife (vgl. Kapitel F 1).

D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

Gymnasien haben höchsten, Hauptschulen niedrigsten Anteil privater Schulen

Der Vergleich von Indikatoren über verschiedene Schularten hinweg kann zu einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn führen. Bei der Betrachtung der Schülerzahl privater Einrichtungen ergibt sich beispielsweise, dass die zahlenmäßige Bedeutung freier Träger je nach Schulart sehr unterschiedlich ist (Grafik D 2.5 (G1)). Im Schuljahr 2009/10 wurde fast jeder zehnte Gymnasiast an einer privaten Schule unterrichtet. Der Privatschüleranteil war dort dreimal so hoch wie an Hauptschulen, wo er 3,1 % betrug. An Realschulen lag der Anteil mit 5,2 % zwischen diesen beiden Werten. Außerhalb des Bereichs der weiterführenden allgemein bildenden Schulen weisen die Sonderschulen einen weit höheren Anteil privater Schulen auf. Dort wurden fast 28 % aller Schüler an Einrichtungen in freier Trägerschaft gefördert.

Private Träger haben bei Gymnasien schon seit längerer Zeit eine größere Bedeutung (Web-Tabelle D 2.5 (T1)). Bereits im Schuljahr 2000/01 strebten 9,2 % der Gymnasiasten das Abitur an einer privaten Bildungseinrichtung an, im Schuljahr 2006/07 waren es 9,4 %. Die Schülerzahl der privaten Gymnasien wuchs somit im Wesentlichen im Rahmen des allgemeinen Trends an. Ähnlich verlief in diesem Zeitraum die Entwicklung des Privatschulanteils an den Realschulen. Im Schuljahr 2000/01 betrug dieser 4,3 % und 4,6 % im Schuljahr 2006/07. Die privaten Hauptschulen konnten ihren Anteil hingegen verdoppeln – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau: 2000/01 besuchten erst 1,5 % der Hauptschüler eine private Einrichtung, 2006/07 waren es bereits 2,3 %.

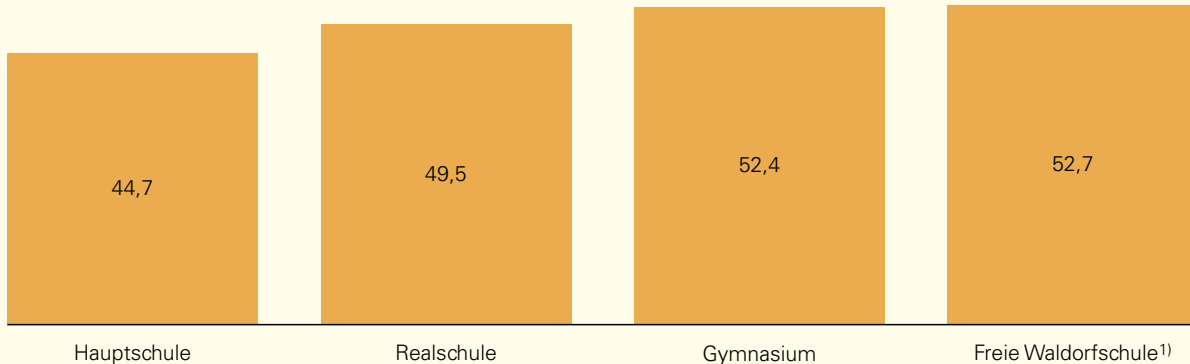
Jungen an Hauptschulen, Mädchen an Gymnasien in der Überzahl

Ende 2009 waren knapp 49 % der Bevölkerung im Alter von zehn bis unter 20 Jahren weiblich. Die Geschlechterverteilung an den einzelnen weiterführenden Schularten weicht von diesem Wert jedoch teilweise deutlich ab. So lag der Mädchenanteil an Hauptschulen im Schuljahr 2009/10 bei lediglich knapp 45 %,

D 2.5 (G2)

Schülerinnen an weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulart

Anteil an allen Schülern in %



1) Nur Klassenstufen 5 bis 13.
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

340 11

wogegen er an Gymnasien gut 52 % betrug (Grafik D 2.5 (G2)). An Realschulen entsprach das Geschlechterverhältnis ungefähr dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Je höher der im Bildungsgang erreichbare Bildungsabschluss ist, desto höher ist der Anteil der Schülerinnen. Dies trifft auch für die Werkrealschule bisheriger Prägung zu. Im Schuljahr 2009/10 nahmen gut 20 % der Schülerinnen, aber nur 17 % der Schüler das Angebot wahr, aus der 9. Klassenstufe der Hauptschule in die 10. Klassenstufe zu wechseln. Zum Vergleich ist in der Grafik auch der Mädchenanteil in den Klassenstufen 5 bis 13 der Freien Waldorfschulen dargestellt, die einen schulartübergreifenden Ansatz verfolgen. Der Mädchenanteil lag dort mit knapp 53 % sogar noch geringfügig über dem Niveau der Gymnasien.

Leichte Annäherung der Geschlechterverhältnisse

Allerdings sind in den letzten Jahren leichte Tendenzen zu einer Annäherung der Geschlechterproportionen zu erkennen (Web-Tabelle D 2.5 (T2)). An den Hauptschulen verharrt der Mädchenanteil seit dem Schuljahr 2005/06 bei knapp 45 % und liegt damit knapp über dem Wert von 44 % aus dem Schuljahr 2000/01. An den Realschulen sinkt der Mädchenanteil in den vergangenen Schuljahren kontinuierlich: Seit dem Schuljahr 2006/07 werden dort mehr Jungen als Mädchen unterrichtet. Im Schuljahr 2000/01 betrug der Mädchenanteil noch 51 %. Eine vergleichbare Entwicklung zeigen auch die Gymnasien. Der Schülerinnenanteil

lag 2009/10 mit gut 52 % um einen Prozentpunkt unter dem Niveau des Schuljahres 2000/01. An Freien Waldorfschulen trat dagegen im letzten Jahrzehnt keine Änderung im Geschlechterverhältnis auf.

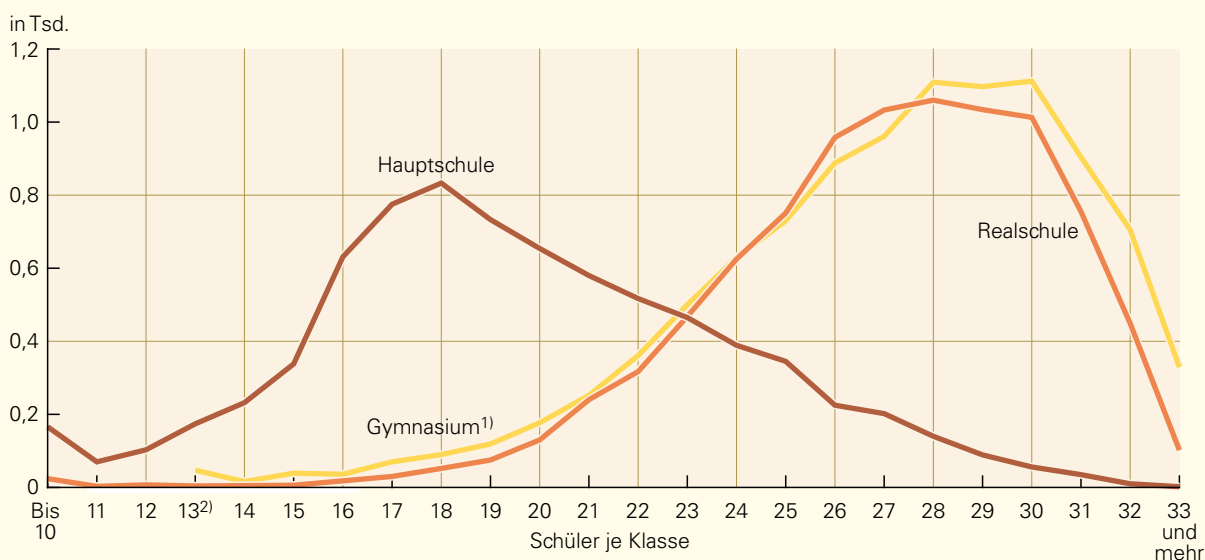
Hauptschulklassen im Mittel fast acht Schüler kleiner als Realschul- und Gymnasialklassen

Grundsätzlich gibt es in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Angebot an weiterführenden allgemein bildenden Schulen. Im Schuljahr 2009/10 gab es 1 194 Hauptschulen, 483 Realschulen und 445 Gymnasien. Realschulen und Gymnasien konzentrieren sich dabei eher auf zentral gelegene Orte und haben demgemäß ein größeres Einzugsgebiet. Hauptschulen sind häufig wohnortnäher und kleinere Einheiten mit weniger Schülern. Dies schlägt sich auch in der durchschnittlichen Klassengröße nieder. Im Schuljahr 2009/10 hatte eine Hauptschulklassen im Durchschnitt nur 19,3 Schüler. An Realschulen und Gymnasien lag dieser Wert mit 26,9 bzw. 27,1 Schülern je Klasse deutlich höher (Tabelle D 2.5 (T3) im Anhang).

Im Vergleich von Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft waren im Schuljahr 2009/10 die Klassen an privaten Realschulen und Gymnasien im Durchschnitt um rund zwei Schüler kleiner als an öffentlichen Schulen. Dagegen wurden an öffentlichen Hauptschulen im Mittel knapp zwei Schüler weniger unterrichtet als an Schulen in privater Trägerschaft. Die Freien Waldorfschulen hatten mit 19,9 Schülern je Klasse in den Stufen 5 bis 13 rechnerisch die kleinsten Klassen an den privaten Schulen.

D 2.5 (G3)

Anzahl der Klassen an weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulart und Klassenstärke



1) Ohne Berücksichtigung der Jahrgangsstufen 12 und 13 (G9) bzw. 11 und 12 (G8). – 2) Bei Gymnasien bis 13 Schüler je Klasse.
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

341 11

Selten mehr als 27 Schüler in einer Hauptschulklasse

Im Schuljahr 2009/10 saßen in drei Viertel aller Hauptschulklassen nicht mehr als 22 Schüler. In weiteren 21 % der Klassen wurden zwischen 23 und 27 Schüler unterrichtet. Lediglich jede 24. Klasse war mit mehr als 27 Schülern gefüllt (Grafik D 2.5 (G3)).

Anders sind die Verhältnisse an den Realschulen und Gymnasien. An den Realschulen hatten lediglich 10 % der Klassen bis zu 22 Schüler. Rund 42 % der Realschulklassen umfassten 23 bis 27 Schüler. In fast der Hälfte der Klassen wurden 28 Jugendliche oder mehr unterrichtet. Ein ähnliches Bild bot sich im Schuljahr 2009/10 an den Gymnasien außerhalb des Kurssystems der beiden obersten Jahrgangsstufen. Hier waren knapp 11 % der Klassen mit bis zu 22 Schülern gefüllt. Etwa 36 % der Klassen wurden von 23 bis 27 Schülern besucht. In über der Hälfte der Gymnasialklassen unterrichteten die Lehrkräfte 28 Schüler oder mehr (Web-Tabelle D 2.5 (T4)).

Quote der Nichtversetzten geht zurück

Am Ende des Schuljahres 2008/09 hatten etwas mehr als 2 400 Hauptschüler, rund 8 000 Realschüler und gut 5 900 Gymnasiasten das angestrebte Klassenziel nicht

erreicht.²⁰ Damit lag die durchschnittliche Nichtversetzten-Quote²¹ an Hauptschulen bei 1,6 %, an Realschulen bei 3,2 % und an Gymnasien bei 2,1 % (Tabelle D 2.5 (T5) im Anhang).

Diese Ergebnisse setzen den in den vergangenen Schuljahren zu beobachtenden Trend rückläufiger Nichtversetzten-Quoten fort. Im Schuljahr 2000/01 war sie an den Hauptschulen mit 3,2 % noch doppelt so hoch. An den Realschulen hatten damals 4,7 % der Schüler das Klassenziel verfehlt und an den Gymnasien traf dies auf 3,7 % zu.

Nichtversetzten-Quoten in bestimmten Klassenstufen besonders hoch

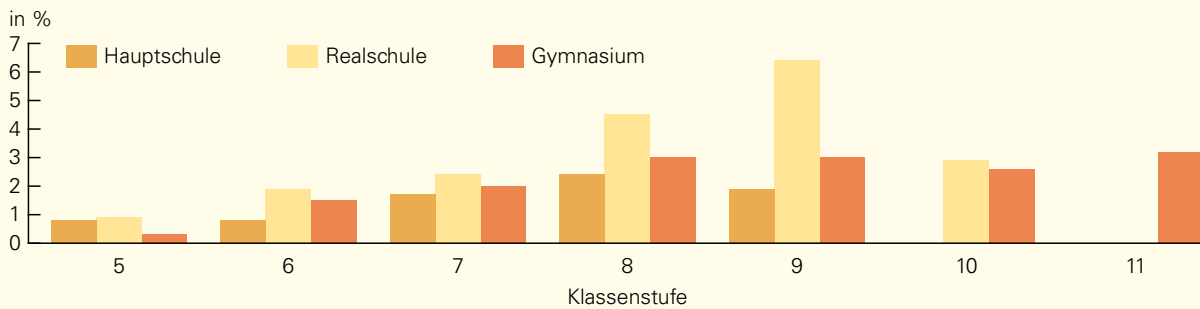
Im Schuljahr 2008/09 wies die Realschule für alle Klassenstufen die höchsten Nichtversetzten-Quoten auf (Grafik D 2.5 (G4)). Am häufigsten wurde bei einer Quote von 6,4 % das Klassenziel in Stufe 9 verfehlt – ein auch

20 Bei diesen Angaben wurden für die Hauptschule die Klassenstufe 10 und für das Gymnasium die Kursstufen 12 und 13 nicht einbezogen.

21 Die Definition der Quote ist in der methodischen Erläuterung »Nichtversetzten-Quote« am Ende des Kapitels zu finden.

D 2.5 (G4)

Nichtversetzten-Quoten*) im Schuljahr 2008/09 an ausgewählten Schularten in Baden-Württemberg nach Klassenstufen



*) Anteil der Schüler, die am Ende des Schuljahres 2008/09 das Klassenziel nicht erreicht haben (Nichtversetzte einschließlich auf Probe Versetzte) an der Gesamtzahl der Schüler in %. Bei den Hauptschulen wurde die Klassenstufe 10, bei den Gymnasien die Jahrgangsstufen 12 und 13 nicht berücksichtigt.
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

334 11

für die früheren Jahre typisches Ergebnis. An der Hauptschule waren dagegen – mit Ausnahme der 5. Klassenstufe – die geringsten Nichtversetzten-Quoten zu beobachten. Dies entsprach den langjährigen Erfahrungen. Der höchste Wert von 2,4 % ergab sich in Klassenstufe 8, der vorletzten vor dem Hauptschulabschluss.

Die Nichtversetzten-Quoten der Gymnasien lagen 2008/09 außer in Klassenstufe 5 zwischen den Werten der Realschule und der Hauptschule. Der sehr niedrige Wert für die 5. Klassenstufe könnte darauf zurückzuführen sein, dass viele Schüler, bei denen das Erreichen des Klassenziels gefährdet erscheint, bereits zum Halbjahreswechsel in die Realschule übergehen. In den weiter zurückliegenden Schuljahren war üblicherweise die 10. Klassenstufe diejenige mit der höchsten Nichtversetzten-Quote. Sie lag in den Jahren 2005/06 bis 2007/08 zwischen 4,3 % und 4,9 %. Im Schuljahr 2008/09 erreichte sie mit 2,6 % dagegen einen niedrigeren Wert als die Quoten der 8. und der 9. Klassenstufe, in denen jeweils 3,0 % das Klassenziel verfehlten. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass im letzten Jahrgang des neunjährigen Bildungsgangs nur relativ wenige Schüler nicht versetzt werden. Dies zeichnete sich bereits in den vergangenen Schuljahren mit deutlich niedrigeren Nichtversetzten-Quoten in den betreffenden Klassenstufen des letzten G9-Jahrgangs ab (Web-Tabelle D 2.5 (T6)). Die folgenden G8-Jahrgänge weisen dagegen wieder ein etwas höheres Niveau auf, das jedoch immer noch unter den früher im G9 zu beobachtenden Werten der Nichtversetzten-Quoten liegt.

Schülerinnen verfehlen seltener das Klassenziel als Schüler

Am Ende des Schuljahres 2008/09 wurden an Hauptschulen 1,3 % der Schülerinnen, aber 1,8 % der Schüler nicht versetzt (Web-Tabelle D 2.5 (T7)). An Realschulen lag das Verhältnis bei 2,6 % zu 3,9 % und an Gymnasien bei 1,5 % zu 2,8 %.

Der Abstand hat sich in den letzten Jahren allerdings ein wenig verringert. Im Schuljahr 2000/01 lag die Nichtversetzten-Quote der Schüler an Hauptschulen noch um 1,4 Prozentpunkte über der der Schülerinnen. An den Gymnasien betrug der Abstand 1,9 Prozentpunkte und an Realschulen sogar 2,1 Prozentpunkte.

i

Nichtversetzten-Quote

Anzahl der Schüler, die am Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben (Nichtversetzte einschließlich auf Probe Versetzte) bezogen auf die Gesamtzahl der Schüler am Stichtag der amtlichen Schulstatistik in Prozent.

Bei den Hauptschulen werden die Klassenstufe 10 und bei den Gymnasien die Jahrgangsstufen 12 und 13 nicht in die Berechnung der Quote einbezogen.

D 3 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen und Sonderschulen

D 3.1 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen

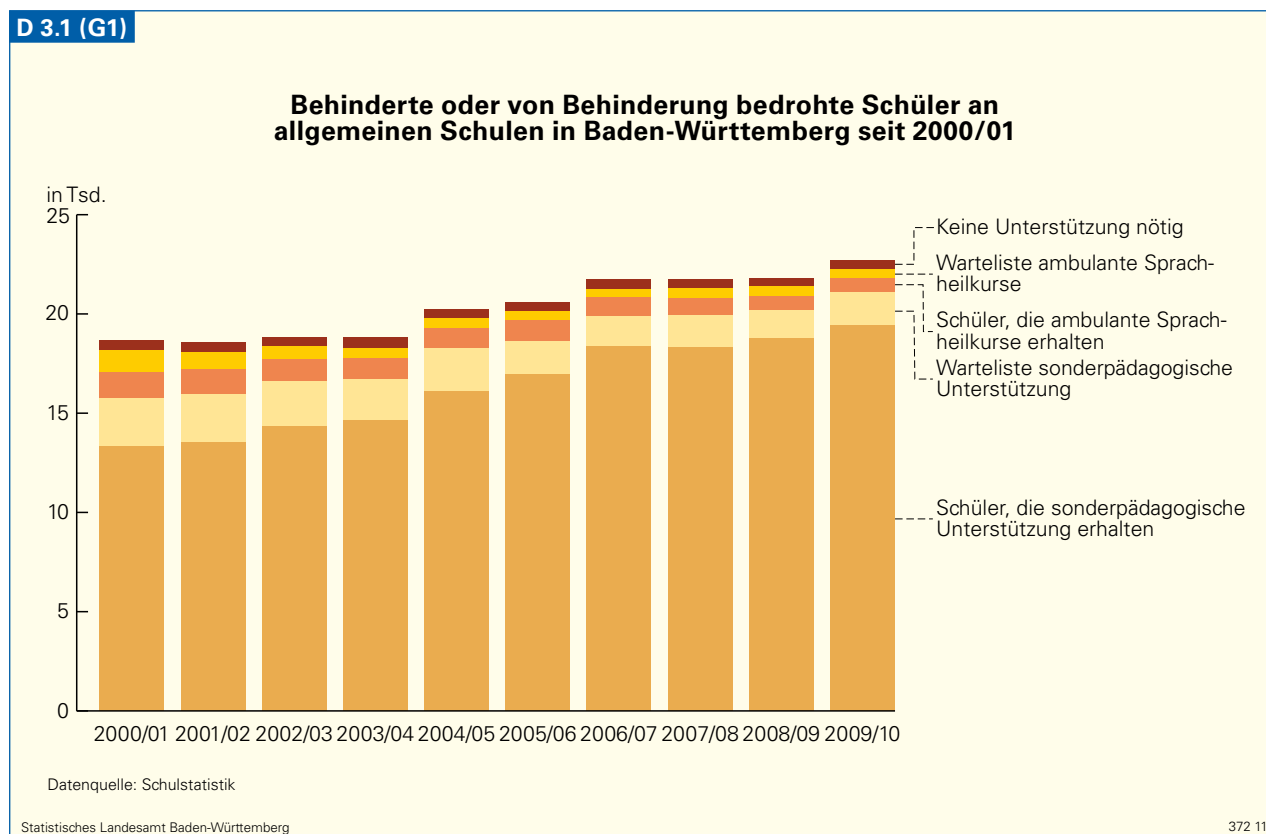
Die Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher ist zunächst Aufgabe der allgemeinen Schule²², die mit differenzierenden Lernangeboten auf die unterschiedlichen individuellen Lernvoraussetzungen der Schüler eingeht. Hierzu gehört auch der zusätzliche Unterstützungsbedarf, der sich aus einer Behinderung ergeben kann. Die allgemeinen Schulen erhalten bei der individuellen Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder die Unterstützung von Sonderpädagogogen im Rahmen der Sonderpädagogischen Dienste der Sonderschulen. Die sonderpädagogische Förderung wird in einem fortzuschreibenden Förderplan umgesetzt.

22 Die allgemein bildenden Schulen lassen sich einteilen in Sonderschulen und allgemeine Schulen (Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien).

Kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen

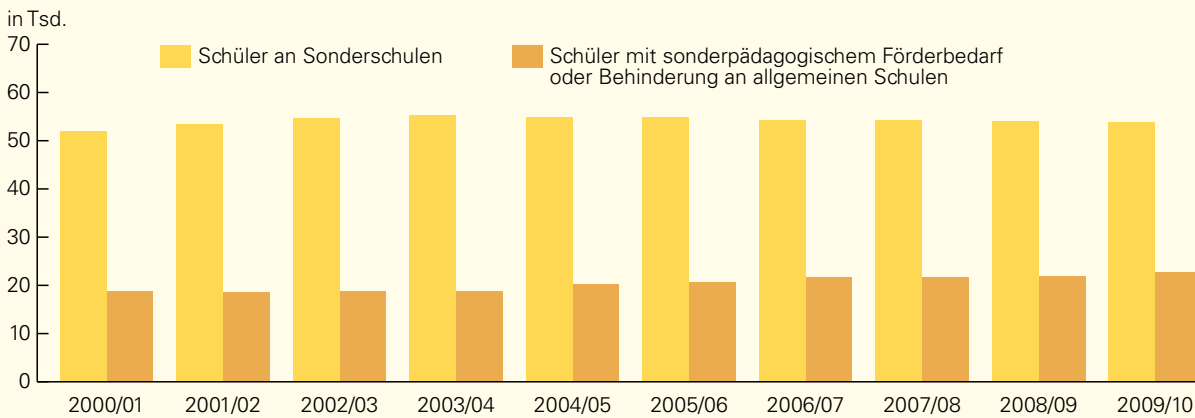
Die Anzahl der behinderten und von Behinderung bedrohten Kinder und Jugendlichen, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, stieg in den letzten 15 Jahren kontinuierlich an – im Schuljahr 2009/10 wurden rund 22 700 Schüler in der amtlichen Schulstatistik erfasst²³ (Grafik D 3.1 (G1)). Davon haben 90 % Unterstützungsleistungen der Sonderpädagogischen Dienste oder ambulante Sprachheilkurse erhalten. Die Warteliste der Schüler, für die sonderpädagogische Unterstützung zwar vorgesehen war, jedoch noch nicht angeboten werden konnte, ist kontinuierlich kleiner geworden. Im Schuljahr 2000/01 wurden 2 385 Schüler auf der Warteliste geführt, neun Jahre später waren es noch 1 691.

23 Zur Ermittlung der Zahlen vgl. methodische Hinweise am Ende des Kapitels.



D 3.1 (G2)

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler an allgemeinen Schulen und an Sonderschulen in Baden-Württemberg seit 2000/01



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

371 11

Den Sonderpädagogischen Diensten waren 2009/10 weitere 461 Schüler mit Behinderung bekannt, die keine zusätzliche Unterstützung benötigen, um erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können.

Während die Schülerzahlen an den allgemeinen Schulen in den letzten Jahren insgesamt leicht zurückgegangen sind, ist die Anzahl der behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Schüler an allgemeinen Schulen tendenziell gestiegen.

30 % aller behinderten oder von Behinderung bedrohten Kinder werden an allgemeinen Schulen unterrichtet

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 53 776 Kinder und Jugendliche eine Sonderschule, weitere 22 716 behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler wurden an allgemeinen Schulen unterrichtet (Grafik D 3.1 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 30 % aller behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Schüler an den allgemein bildenden Schulen insgesamt.

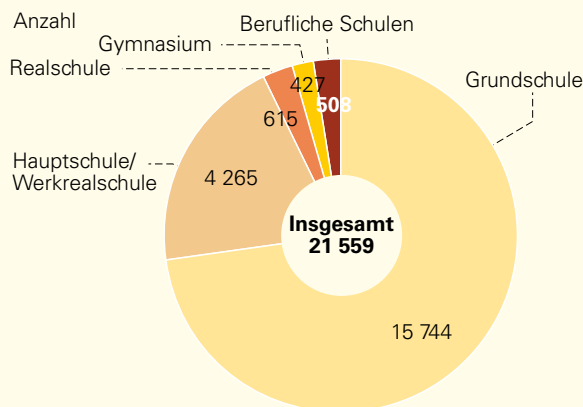
Im Schuljahr 2009/10 wurden für die Förderung durch die Sonderpädagogischen Dienste 7 465 Lehrerwochenstunden (267 Deputate) eingesetzt, die von 1 876 Lehrkräften erbracht wurden.

Die Unterstützung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Klassen einer allgemeinen Schule wird überwiegend an den Grundschulen geleistet (Grafik D 3.1 (G3)). Im Schuljahr 2009/10 wurden dort 15 744 behinderte oder von Behinde-

rung bedrohte Kinder von den Sonderpädagogischen Diensten gefördert. An den weiterführenden Schulen, insbesondere an den Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen nimmt diese Form der Unterstützung eher einen geringeren Umfang ein.

D 3.1 (G3)

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler*) an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart



*) Schüler, die sonderpädagogische Unterstützung an allgemeinen Schulen erhalten, behinderte und von Behinderung bedrohte Schüler in allgemeinen Schulen, für die eine sonderpädagogische Unterstützung noch nicht angeboten werden kann (Warteliste) sowie behinderte und von Behinderung bedrohte Schüler in allgemeinen Schulen, die der Schule bekannt sind, die aber keine sonderpädagogische Unterstützung benötigen.

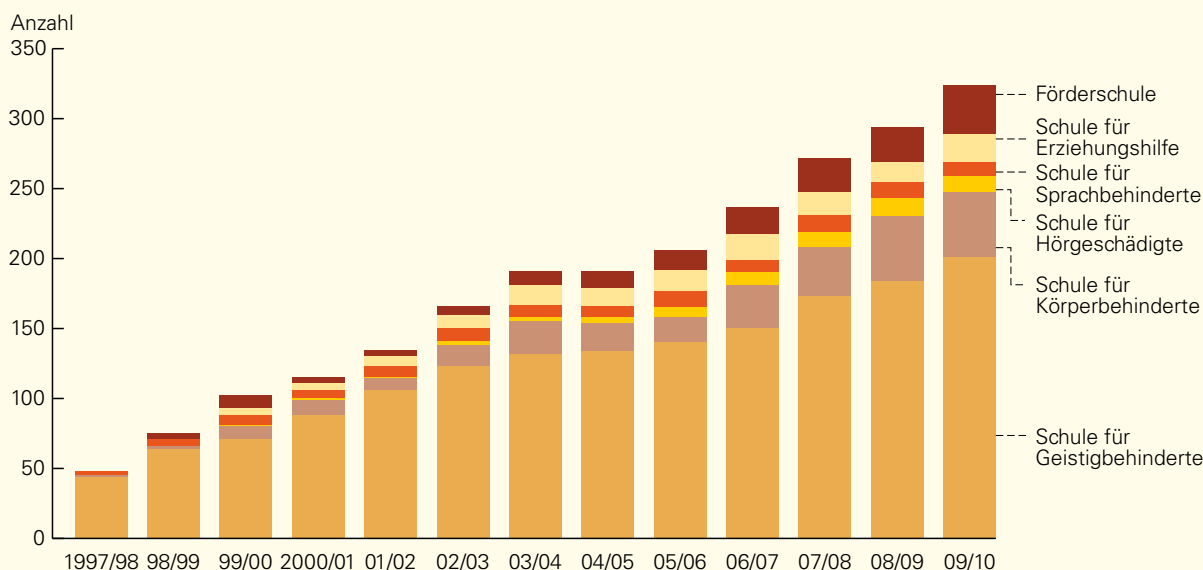
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

370 11

D 3.1 (G4)

Außenklassen an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 1997/98 nach Schultyp



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

369 11

Zahl der Außenklassen auf über 300 gestiegen

Die Einrichtung von Außenklassen – Klassen einer Sonderschule, die einer Partnerklasse an einer allgemeinen Schule zugeordnet wurden – ermöglicht unterschiedlich intensive Formen des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schüler. Die Schüler der Außenklasse werden dabei nach dem Bildungsplan des jeweiligen Sonderschultyps unterrichtet. Vor allem Schulen für Geistigbehinderte, inzwischen jedoch zunehmend auch andere Sonderschultypen, nehmen diese Möglichkeit wahr.

Seit Beginn ihrer Einrichtung im Schuljahr 1997/98 hat sich die Anzahl der Außenklassen in Baden-Württemberg kontinuierlich erhöht und erreichte 2009/10 mit 324 Klassen aus 113 Sonderschulen ihren bisherigen Höhepunkt (Grafik D 3.1 (G4)). Die Partnerschulen sind meist Hauptschulen, jedoch wächst auch der Anteil der Realschulen. An Gymnasien wurden bislang keine Außenklassen eingerichtet.

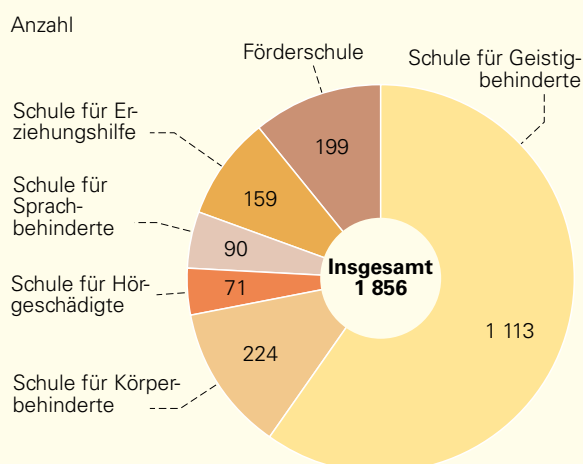
Im Schuljahr 2009/10 wurden insgesamt 1 856 Schüler in Außenklassen unterrichtet. Rund 60 % kamen aus Schulen für Geistigbehinderte, jeweils rund 10 % aus Förderschulen und Schulen für Körperbehinderte (Grafik D 3.1 (G5)).

D 3.2 Sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen

Erziehung, Bildung und Ausbildung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegen in der

D 3.1 (G5)

Schüler aus öffentlichen und privaten Sonderschulen in Außenklassen in Baden-Württemberg 2009/10 nach Schultyp



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

368 11

i

Behinderte Schüler an allgemeinen Schulen – Ermittlung der Zahlen

In der Amtlichen Schulstatistik werden von den einzelnen Sonderschulen deren Sonderpädagogische Dienste in allgemeinen Schulen gemeldet. Dazu zählen die Sonderpädagogische Unterstützung (ohne ambulante Sprachheilkurse) an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen sowie die von der befragten Schule erteilten ambulanten Sprachheilkurse an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und auch vorschulischen Einrichtungen.

Darüber hinaus wird nach weiteren behinderten Schülern an allgemeinen Schulen gefragt, die

- a) entweder auf der Warteliste der befragten Schule stehen (für die derzeit aber noch keine sonderpädagogische Unterstützung angeboten werden kann) oder
- b) zwar behindert bzw. von Behinderung bedroht sind, aber keine sonderpädagogische Unterstützung benötigen, soweit diese der Schule bekannt sind.

Sonderpädagogische Dienste an Integrierten Schulformen (zum Beispiel den Freien Waldorfschulen) werden nicht erfragt.

Allgemeine Schulen werden nicht danach gefragt, ob behinderte Kinder und Jugendliche zu ihren Schülern zählen. Die Zahl der »Behinderten Schüler an allgemeinen Schulen« beruht daher auf den Meldungen der Sonderschulen und deren Kenntnisstand. Ausgewiesen werden somit nur Schüler mit Behinderungen, für die gesonderte Leistungen erbracht werden oder für die die Notwendigkeit einer sonderpädagogischen Förderung erwartet wird.

Verantwortung der Sonderschulen, wenn im jeweiligen Einzelfall festgestellt wurde, dass der Bildungsanspruch eines Kindes oder Jugendlichen nicht an einer allgemeinen Schule eingelöst werden kann. Im Schuljahr 2009/10 besuchten in Baden-Württemberg 53 776 Schüler eine der 427 öffentlichen und 154 privaten Sonderschulen²⁴. Dies entspricht einem – seit Jahren nur wenig schwankenden – Anteil von 4,3 % aller Schüler des Landes.

Sofern der besondere Förderbedarf der Schüler nicht eigene Bildungsgänge erfordert, führen Sonderschulen entsprechend der Fähigkeiten der einzelnen Schüler zu den Bildungszielen der übrigen allgemein bildenden Schularten.

Gegenwärtig sind neun spezialisierte Sonderschul-typen eingerichtet:

- Schulen für Blinde,
- Schulen für Hörgeschädigte,
- Schulen für Geistigbehinderte,

- Schulen für Körperbehinderte
- Förderschulen,
- Schulen für Sehbehinderte,
- Schulen für Sprachbehinderte,
- Schulen für Erziehungshilfe,
- Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Sie bieten zum Teil mehrere Bildungsgänge an (Text-Tabelle D 3.2 (T1)). An Förderschulen und Schulen für Geistigbehinderte gibt es entsprechend den Lernmöglichkeiten ihrer Schüler keine weiteren Bildungsgänge. Andererseits werden aufgrund von Mehrfachbehinderungen die Abteilungen Förderschule und Schule für Geistigbehinderte teilweise auch an anderen Sonderschul-typen geführt.

Die Förderschule ist der am häufigsten besuchte Sonderschul-typ

Die Förderschulen sind der mit Abstand größte Schul-typ unter den Sonderschulen (Grafik D 3.2 (G1)). An ihnen erhalten Kinder und Jugendliche mit umfassenden und lang andauernden Lernproblemen und

²⁴ Dienststellen-zählung: Schulen, die mehrere Sonderschul-typen führen, werden nur einmal gezählt. Bei einer Addition der Schulen nach Sonderschul-typ ergibt sich die höhere Anzahl von 638 Einrichtungen.

D 3.2 (T1) Mögliche Bildungsgänge an Sonderschulen in Baden-Württemberg

Sonderschultyp	Bildungsgang					
	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Förderschule	Schule für Geistigbehinderte
Schule für Kranke	Bildungsangebot entsprechend der Schullaufbahn des Schülers					
Förderschule	–	–	–	–	X	–
Schule für Geistigbehinderte	–	–	–	–	–	X
Schule für Körperbehinderte	X	X	X	X	X	X
Schule für Blinde	X	X	X	X ¹⁾	X	X
Schule für Sehbehinderte	X	X	X	X ¹⁾	X	X
Schule für Hörgeschädigte	X	X	X	X	X	X
Schule für Sprachbehinderte	X	X	X	–	X	–
Schule für Erziehungshilfe	X	X	X	–	X	–

1) Bundeszentral in Marburg und Königswusterhausen.

Entwicklungsverzögerungen ein differenziertes Unterrichts- und Förderangebot. Im Schuljahr 2009/10 wurden rund 40 % der Schüler an Sonderschulen an diesem Sonderschultyp unterrichtet. Die insgesamt 21 444 Schüler der Förderschulen verteilten sich auf 2 200 Klassen, sodass die Klassengrößen im Durchschnitt weniger als zehn Schüler umfassten. Damit sind Förderschulklassen im Schnitt nicht einmal halb so groß wie Grundschulklassen der allgemeinen Schulen.

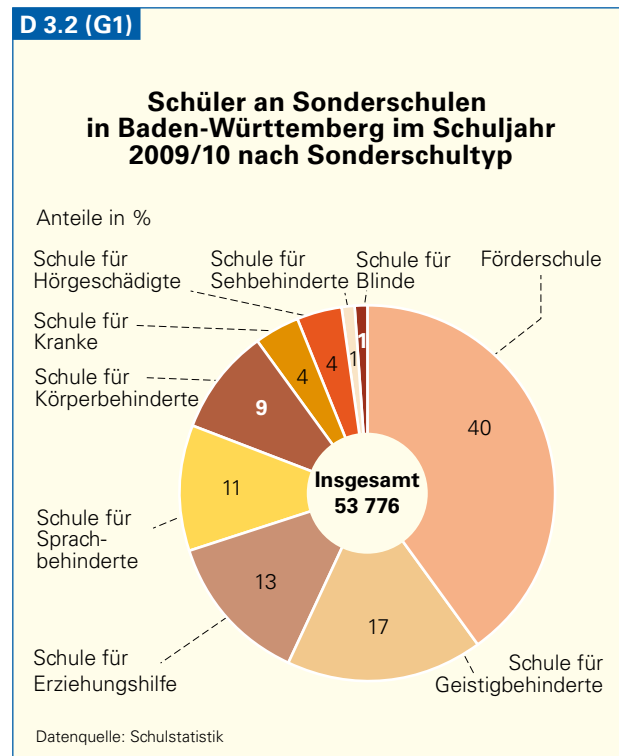
Weitere 50 % der Schüler an Sonderschulen besuchen Schulen für Geistigbehinderte, Erziehungshilfe, Sprachbehinderte und Körperbehinderte. Die Schulen für Kranke und für Hörgeschädigte umfassen jeweils 4 % der Schülerschaft, die Schulen für Sehbehinderte und für Blinde je 1 %.

Leicht rückläufige Schülerzahlen an Sonderschulen

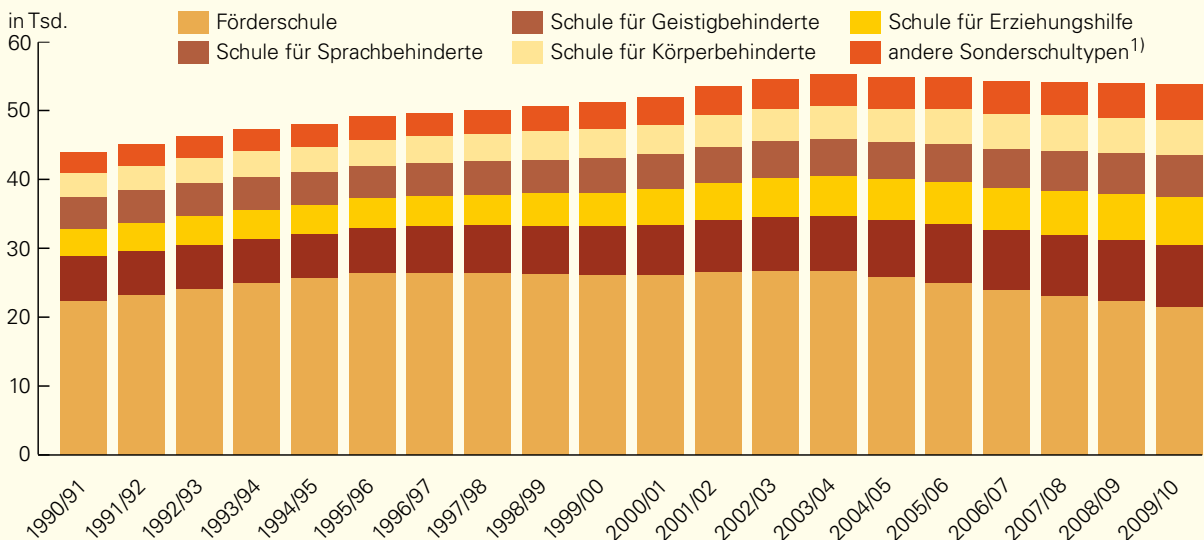
Seit dem Schuljahr 2003/04, in dem mit über 55 200 Schülern ein Höchststand erreicht wurde, ist ein leichter Abwärtstrend bei den Schülerzahlen an Sonderschulen zu verzeichnen (Grafik D 3.2 (G2)). Dieser Rückgang verlief jedoch mit rund 2 % gegenüber dem Referenzjahr weniger deutlich als an den allgemeinen Schulen, deren Gesamt-schülerzahl in diesem Zeitraum um 4 % abnahm.

Innerhalb der einzelnen Sonderschultypen verlief die Entwicklung der absoluten Schülerzahlen sehr unter-

schiedlich. Die Zahl der Schüler, die Schulen für Geistigbehinderte besuchen, ist in den letzten zehn Jahren um 26 % gestiegen, an Schulen für Sprachbehinderte um 23 % und an Schulen für Körperbehinderte um 20 %. Stark zugenommen – über 40 % im selben Zeitraum – hat auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Schu-



D 3.2 (G2)

Schüler an Sonderschulen in Baden-Württemberg
seit 1990/91 nach Sonderschultyp

1) Blinde, Sehbehinderte, Hörgeschädigte, Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

366 11

len für Erziehungshilfe gefördert werden. Dagegen hat die Zahl der Schüler, die an Förderschulen unterrichtet werden, im selben Zeitraum um 18 % abgenommen.

D 3.3 Analysen zu spezifischen Schülergruppen

Fast zwei Drittel der Schüler an Sonderschulen sind Jungen

34 108 Jungen, jedoch nur 19 668 Mädchen besuchten im Schuljahr 2009/10 eine Sonderschule – damit waren rund zwei von drei Schülern an Sonderschulen männlich und an sämtlichen Sonderschultypen deutlich stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. An den allgemeinen Schulen sind Mädchen an denjenigen Schularten häufiger vertreten, die formal höherwertige Abschlüsse vermitteln. Liegt der Mädchenanteil an den Grundschulen des Landes noch bei 49 %, sind lediglich 45 % der Hauptschüler weiblich. An den Realschulen liegt der Mädchenanteil hingegen bei fast 50 %, an den Gymnasien bei 53 %.

Der höhere Anteil der Jungen an Sonderschulen zeigt im langfristigen Verlauf sogar einen leicht ansteigenden Trend. In den 80er-Jahren lag der Anteil bei rund 61 %, der auf nunmehr 63 % angestiegen ist.

Erhebliche Unterschiede sind zwischen den einzelnen Sonderschultypen zu erkennen (Grafik D 3.3 (G1)). Während an den Schulen für Sprachbehinderte der Jungenanteil 69 % und an den Schulen für Erziehungshilfe sogar 84 % umfasst, sind an den Schulen für Kranke und an den Schulen für Blinde die männlichen Schüler nur leicht überrepräsentiert.

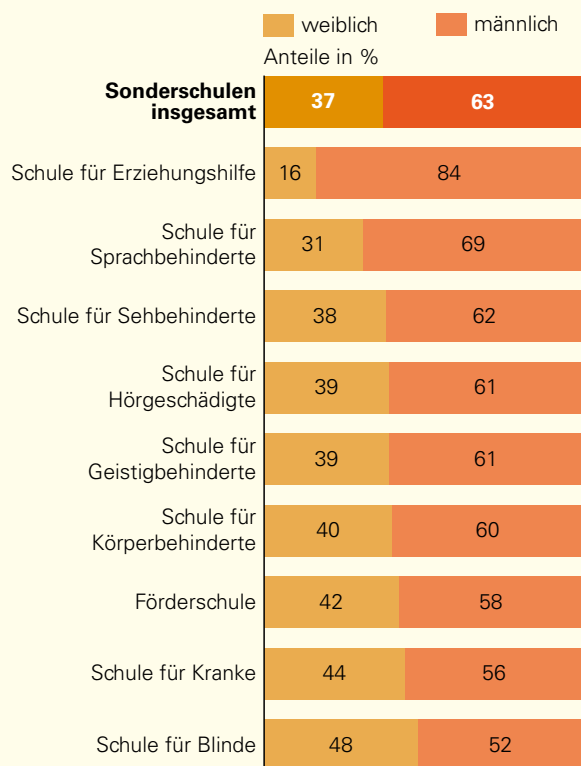
Ausländeranteil an Sonderschulen nahezu doppelt so hoch wie an allgemeinen Schulen

10 902 Schüler an Sonderschulen besaßen im Schuljahr 2009/10 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von rund 20 %. An den allgemein bildenden Schulen insgesamt war der Ausländeranteil mit knapp 11 % nur etwa halb so hoch. Weitere 738 Schüler an Sonderschulen stammten aus Aussiedlerfamilien. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler an Sonderschulen war mit rund 1 % vergleichsweise gering und entsprach in etwa dem Anteil an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (Grafik D 3.3 (G2)).

Den höchsten Anteil an ausländischen Schülern hatten die Förderschulen, an denen 29 % der Schüler keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, gefolgt von den Schulen für Blinde und den Schulen für Geistigbehinderte, die einen Ausländeranteil von 20 % bzw. 19 % verzeichneten. Die

D 3.3 (G1)

Schüler an Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

365 11

prozentual wenigsten Ausländer wurden an den Schulen für Sprachbehinderte unterrichtet; dieser Sonderschultyp war der einzige, dessen Anteil an Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit unterhalb des Durchschnittswerts der allgemein bildenden Schulen lag.

D 3.4 Übergänge zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen

Anteil der Einschulungen an Sonderschulen ist angestiegen

Die Einschulung eines Kindes mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Behinderung erfolgt an einer Sonderschule, wenn diese Schulform als bestmöglicher Lernort zur Förderung des Kindes erachtet wird. Die Entscheidung wird nach einer umfassenden Diagnostik, an der sonderpädagogische Fachkräfte beteiligt sind, und in Beratung mit den Eltern getroffen. Dies

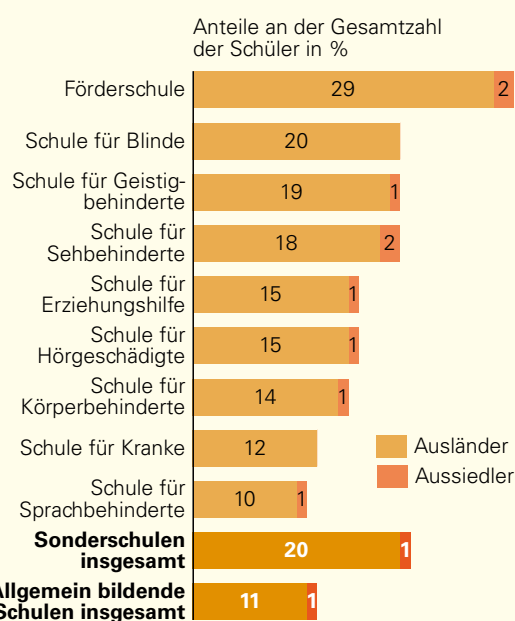
ist in der Regel der Fall, wenn erhebliche Entwicklungs- und Lernprobleme auftreten sowie erschwerte Lebensbedingungen im Zusammenhang mit einer Behinderung vorliegen. Die Eltern des schulpflichtig werdenden Kindes oder die zuständige Grundschule müssen dazu einen entsprechenden Antrag stellen.

Im Schuljahr 2009/10 wurden 4 488 Kinder direkt an einer Sonderschule eingeschult. Dies entspricht einer Quote von 4,5 % gemessen an der Gesamtzahl der Einschulungen (Grafik D 3.4 (G1)). Diese Quote ist im Verlauf der letzten zehn Schuljahre kontinuierlich gestiegen – ausgehend von 3 % im Schuljahr 2000/01 – und hat erstmals im Schuljahr 2007/08 die 4 %-Marke überschritten, was einer Steigerung um etwa ein Drittel entspricht. Die Zahl der Jungen war dabei fast doppelt so hoch wie die der Mädchen. Ein Drittel der Kinder (1 518) wurde dabei an einer Förderschule eingeschult. Das waren 1,5 % aller Einschulungen. Im Schuljahr 2000/01 lag diese Quote noch bei 1,0 %.

Trotz des prozentual steigenden Anteils bei den Einschulungen an Sonderschulen ist die Gesamtzahl der Schüler an Sonderschulen rückläufig (Kapitel D 3.2), was auf die zunehmende Zahl der Rückschulungen und den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen zurückzuführen ist.

D 3.3 (G2)

Ausländische Schüler und Aussiedler an Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik.

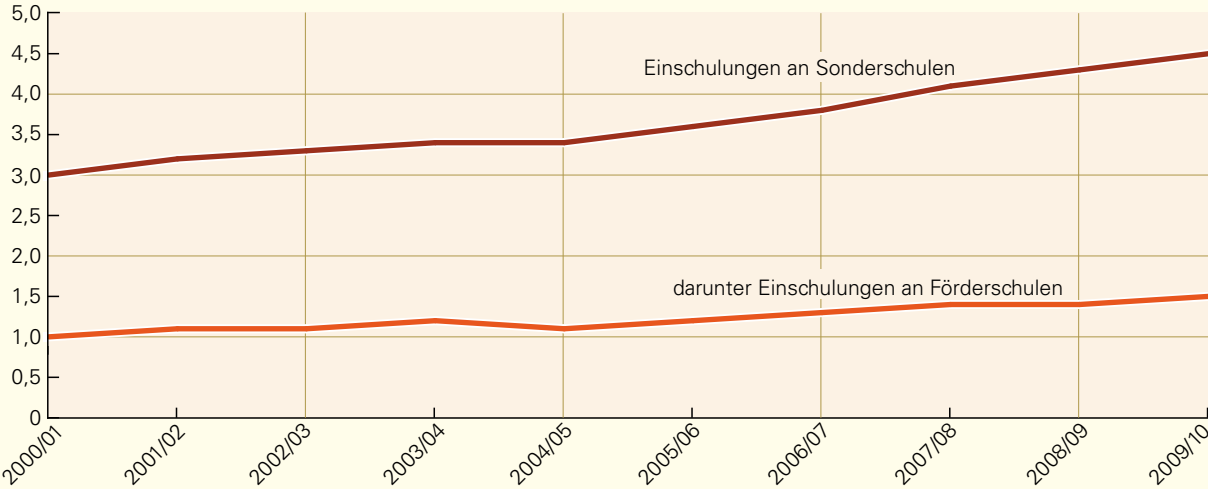
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

364 11

D 3.4 (G1)

**Einschulungen an Sonderschulen
in Baden-Württemberg seit 2000/01**

Anteile an der Gesamtzahl der Einschulungen in %



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

363 11

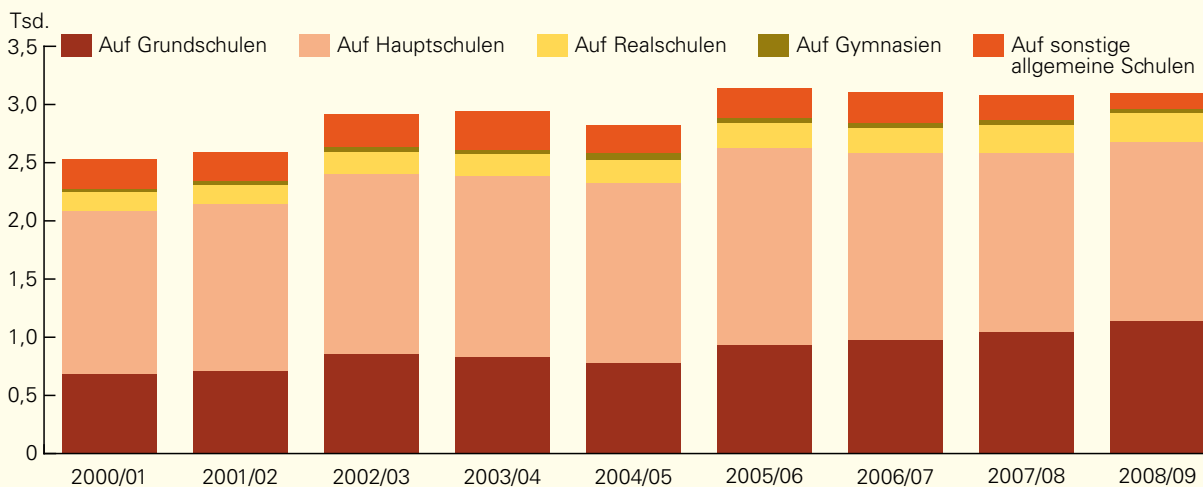
Zunahme der Wechsel von Sonderschulen auf eine allgemeine Schule um über 20 %

Wenn aufgrund der individuellen Entwicklung eines Schülers an einer Sonderschule absehbar ist, dass dieser mit Erfolg am Unterricht an einer allgemeinen Schule teilnehmen kann, wird in der Regel ein Wechsel auf eine allgemeine Schulart erfolgen. Innerhalb der

letzten zehn Jahre hat die Anzahl dieser Wechsel um über 20 % zugenommen. Im Schuljahr 2008/09 haben zwischen Schuljahresbeginn und -ende insgesamt 3 096 Schüler einer Sonderschule auf eine allgemeine Schule gewechselt (Grafik D 3.4 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 5,7 % an der Gesamtzahl der zum Stichtag im Oktober 2008 an Sonderschulen gemeldeten Schüler. Die meisten Übergänge erfolgten mit

D 3.4 (G2)

**Übergänge von Sonderschulen auf allgemeine Schulen
in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Schularten**



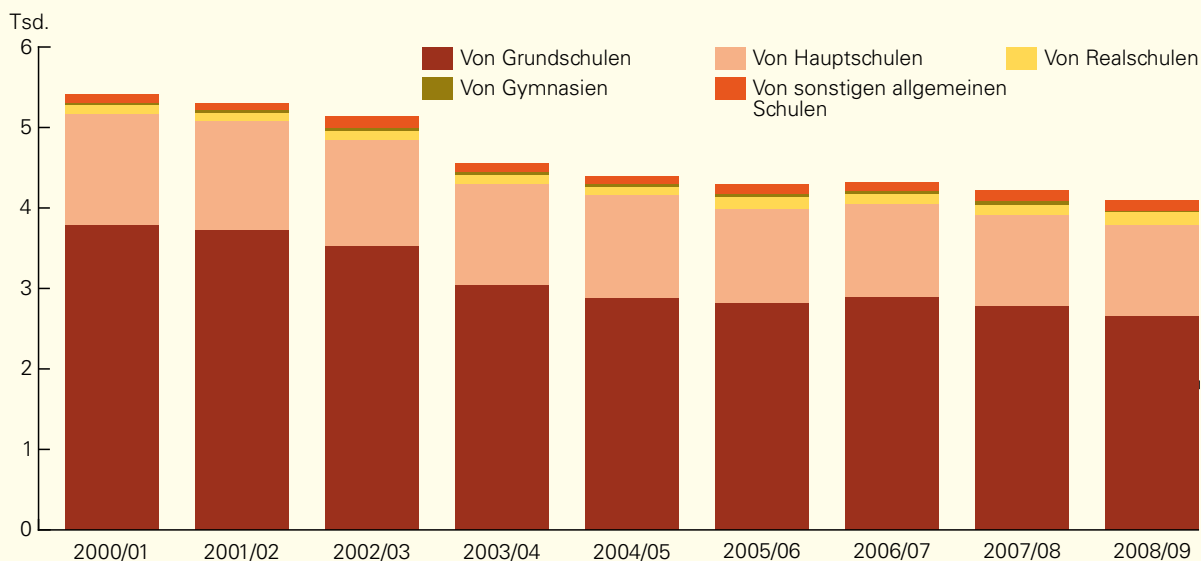
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

362 11

D 3.4 (G3)

Zugänge an Sonderschulen von allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Schularten



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

361 11

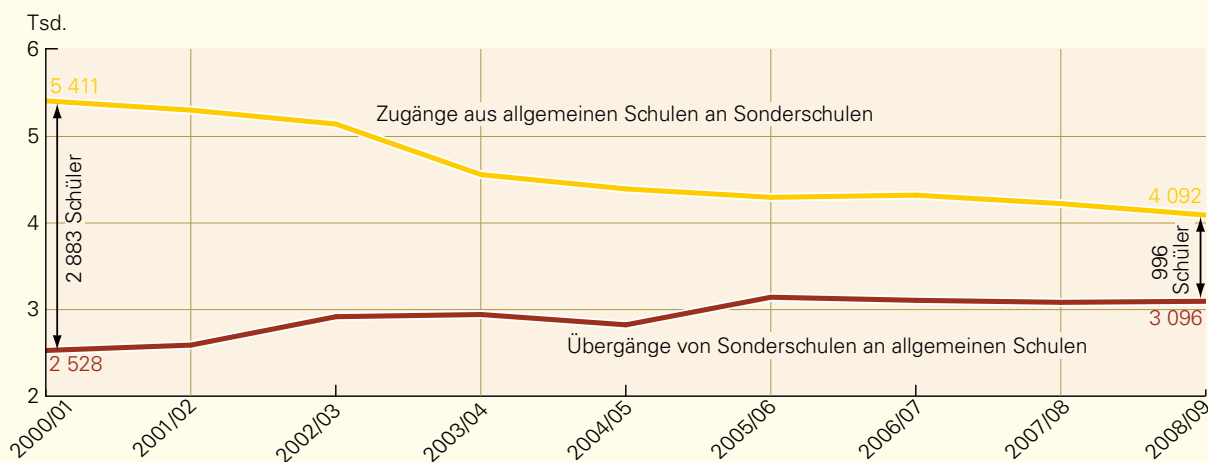
1 532 Schülern auf Hauptschulen und mit 1 140 Schülern auf Grundschulen. Übergänge auf Realschulen kommen deutlich weniger, auf Gymnasien kaum vor. In den meisten Fällen besuchten die Wechsler zuvor eine Förderschule, eine Schule für Erziehungshilfe oder eine Schule für Sprachbehinderte.

Weniger Wechsel von allgemeinen Schulen auf Sonderschulen

Sofern die erfolgreiche Teilnahme eines Schülers mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Behinderung am Bildungsangebot einer allgemeinen Schule gefährdet ist,

D 3.4 (G4)

Wechsel zwischen Sonderschulen und allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 2000/01



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

360 11

wird geprüft, ob durch einen Wechsel an eine Sonderschule bessere Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden können. Im Schuljahr 2008/09 wechselten insgesamt 4 092 Schüler von allgemeinen Schulen an eine Sonderschule (Grafik D 3.4 (G3)). Dies entspricht einer Quote von knapp 8 % gemessen an der Gesamtzahl aller Schüler an Sonderschulen. Hierbei ist ein rückläufiger Trend auszumachen: Gegenüber dem Schuljahr 2001/02 ist die Zahl der Wechsler um 25 % gesunken. Die meisten Schüler (2 654) kamen von einer Grundschule an eine Sonderschule, weitere 1 132 von einer Hauptschule. Deutlich weniger wechselten von Realschulen und Gymnasien.

Ein Vergleich der Schülerbewegungen zeigt, dass innerhalb eines Schuljahres mehr Schüler von einer allgemeinen Schule an eine Sonderschule wechseln als umgekehrt. In den letzten Jahren wies dabei das Schuljahr 2000/01 mit 2 883 Schülern die größte Differenz zwischen den beiden Wechselrichtungen auf. Seither nähern sich beide Verläufe an (Grafik D 3.4 (G4)). Seitdem nimmt die Zahl der Übergänge von einer allgemeinen Schule an eine Sonderschule ab, die Zahl derer, die im Verlauf eines Schuljahres von einer Sonderschule an eine allgemeine Schule wechseln, hingegen zu. Die Differenz betrug im Schuljahr 2008/09 noch 996 Schüler.

D 3.5 Abschlüsse an allgemein bildenden Sonderschulen

An Sonderschulen können je nach Schultyp und dem Angebot der einzelnen Schule unterschiedliche Abschlüsse erworben werden. Das Spektrum reicht vom Bildungsgang Schule für Geistigbehinderte und Förderschule über die Grund-, Haupt- und Realschule bis hin zum Bildungsgang Gymnasium (vgl. Kapitel D 3.2).

Zum Ende des Schuljahres 2008/09 wurden 5 328 Abgänger²⁵ von Sonderschulen gezählt; davon waren 1 988 Mädchen und 3 340 Jungen.

Abschluss der Förderschule ist am häufigsten

Der mit Abstand häufigste Abschluss an einer Sonderschule ist der Förderschulabschluss (Grafik D 3.5 (G1)). 2 901 Abgänger – mehr als die Hälfte – erzielten einen Abschluss dieses Bildungsgangs. Weitere 950 Abgänger hatten den Abschluss der Schule für Geistigbehin-

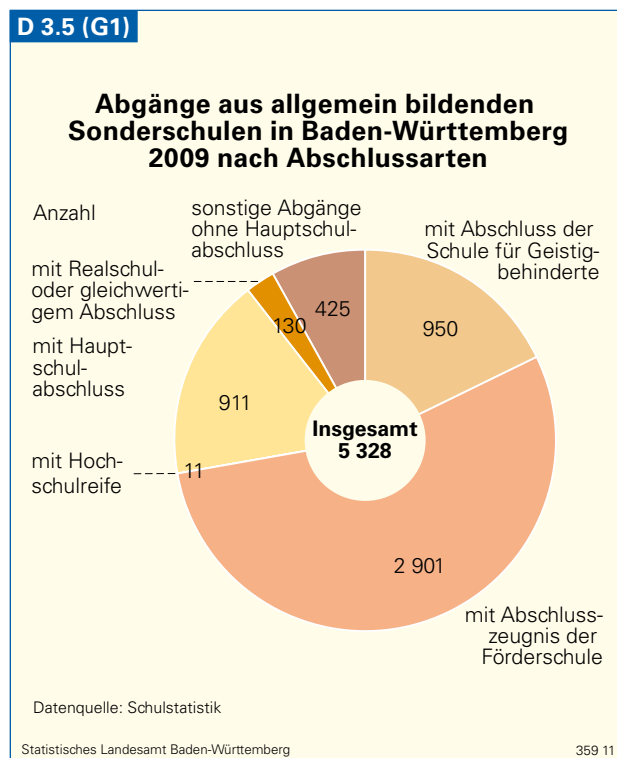
25 Als Abgänger werden in der Schulstatistik der Sonderschulen diejenigen Schüler bezeichnet, die im Zeitraum zwischen dem aktuellen und dem vorhergehenden Stichtag nach erfüllter Vollzeitschulpflicht das allgemein bildende Schulwesen verlassen haben. Übergänge auf andere allgemein bildende Schulen zählen daher nicht als Abgänge.

derte erworben. Insgesamt erwarben rund drei Viertel aller Abgänger von Sonderschulen einen dieser beiden sonderschulspezifischen Abschlüsse. 911 Schüler verließen die Sonderschule mit dem Hauptschulabschluss, 130 mit einem Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Die allgemeine Hochschulreife erzielten 11 Schüler an Sonderschulen, die den entsprechenden Bildungsgang eingerichtet hatten.

Abschlüsse variieren stark nach Sonderschultyp

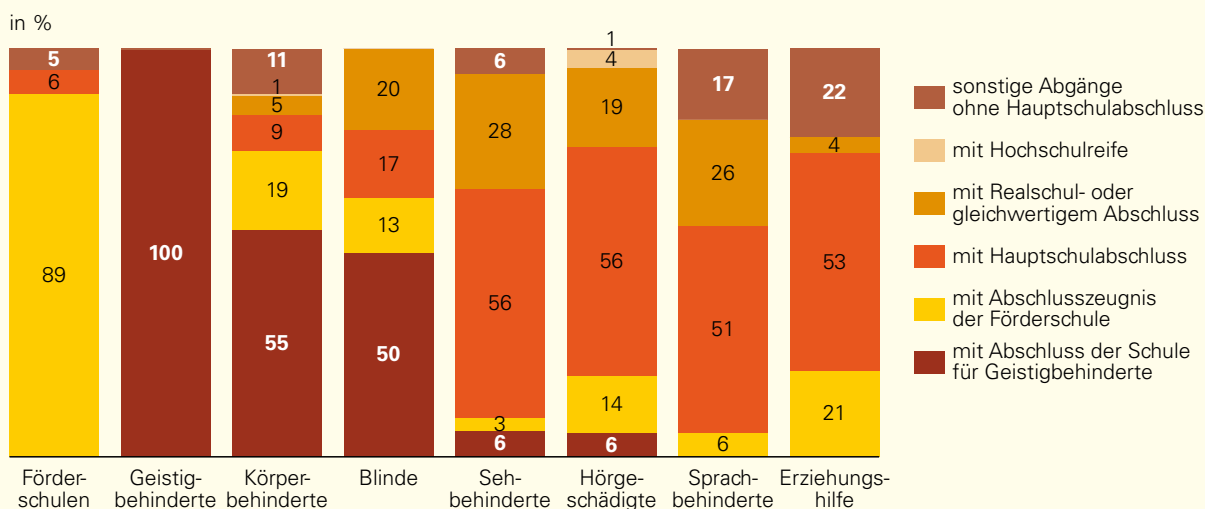
Zwischen den einzelnen Sonderschultypen sind die Abschlussarten erwartungsgemäß sehr unterschiedlich verteilt (Grafik D 3.5 (G2)). An den Förderschulen, an denen zum Ende des Schuljahres 2008/09 rund 40 % aller Schüler an Sonderschulen unterrichtet wurden, ist der Abschluss der Förderschule der vorherrschende Abschluss. 175 Abgänger von Förderschulen (6 %) konnten über die Schulfremdenprüfung den Hauptschulabschluss erwerben, 5 % erzielten keinen Abschluss.

An den Schulen für Sehbehinderte, Hörgeschädigte, Sprachbehinderte und Erziehungshilfe erwirbt jeweils über die Hälfte der Abgänger den Hauptschulabschluss, ein kleinerer Teil an den Schulen für Blinde und Körperbehinderte. Der Anteil derjenigen, die einen mittleren Bildungsabschluss erzielen, variiert – außer bei den Schulen für Geistigbehinderte und den Förderschulen, die diesen Bildungsgang nicht führen – von 5 % bis 28 %. Der Bildungsgang Gymnasium ist in



D 3.5 (G2)

**Abgänge aus Sonderschulen in Baden-Württemberg 2009
nach Sonderschultyp und Abschlussart**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

358 11

Baden-Württemberg an den Schulen für Körperbehinderte und Hörgeschädigte eingerichtet – 1 % bzw. 4 % der Abgänger dieser Sonderschultypen erwarben die Hochschulreife.

Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung

Am 4. Mai 2009 wurden in Baden-Württemberg Leitgedanken zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung vor dem Hintergrund der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und den verschiedenen Entwicklungsleistungen der Schulen und ihrer Partner vorgestellt. Danach soll die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule aufgehoben werden und in der allgemeinen Schulpflicht aufgehen mit dem Ziel, die Zahl behinderter Kinder und Jugendlicher an allgemeinen Schulen zu erhöhen. Beim Kultusministerium wurde hierzu ein Expertenrat »Sonderpädagogische Förderung« eingerichtet, der am 9. Juni 2009 seine Arbeit aufnahm. Der 19-köpfige Expertenrat, der sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Beratungsgremien des Kultusministeriums und von Elternorganisationen, Fachverbänden sowie Entscheidungsträgern zusammensetzt, hat sich mit der Frage nach der bestmöglichen Beratung, Unterstützung und Bildung von jungen Menschen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen, Benachteiligungen oder chronischen Erkrankungen beschäftigt. Anfang 2010 hat der Expertenrat folgende Empfehlungen zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung gegeben:

Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule kann in der generellen Pflicht zum Besuch einer allgemein bildenden oder einer beruflichen Schule aufgehen. Die Eltern sollen ein Entscheidungsrecht hinsichtlich des Lernortes ihres Kindes haben, es sei denn, dem Elternwunsch stehen nicht realisierbare, zwingende Gründe entgegen. Grundlage für die Entscheidung bilden Alternativen, die von einer Bildungswegekonferenz entwickelt wurden. In diesem Zusammenhang soll datenbasiert eine qualitativ hochwertige regionale Schulangebotsplanung möglich werden. Sonderschulen sollen sich zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren für jeweils unterschiedliche Förderschwerpunkte in einer Region weiterentwickeln und ihre Unterstützungs- und Bildungsangebote stärker als bisher in die allgemeinen Schulen verlagern. Ein Ansprechpartnersystem in den allgemeinen Schulen soll aufgebaut sowie das Netzwerk zwischen allgemeinen Schulen und den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren verdicht-

tet werden. Für Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, das an allgemeinen Schulen zur Einlösung kommt, müssen insbesondere bezüglich der Bildungsvorgaben, der Notengebung, der Versetzungsordnung und der Schülerbeförderung eigene Regelungen getroffen werden. Fragen der Individualisierung und Differenzierung sowie von Einstellungen und Haltungen und der Kooperationskompetenz sollen in die Lehrerbildung aufgenommen werden. In der Ausbildung von sonderpädagogischem Lehrpersonal sollen stärker Fragen der kooperativen/ partnerschaftlichen Beratung und Unterstützung berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenrats hat Anfang Mai 2010 der Ministerrat das Konzept »Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung« beschlossen. Kernstück des Konzepts sind die Bildungswegekonferenzen. Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulträger und Schulaufsicht beraten gemeinsam über den individuell passgenauen Bildungsweg und Lernort der Schüler. In fünf Schwerpunktregionen sollen Erfahrungen gesammelt, systematisiert und dokumentiert werden. Schwerpunktschulämter sind die Staatlichen Schulämter Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Konstanz und Biberach. Darüber hinaus werden alle Staatlichen Schulämter die bereits heute bestehenden Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts ausbauen und verstärkt inklusive Bildungsangebote realisieren. Die Erfahrungen sollen die Grundlage bilden für eine Schulgesetzänderung, die zum Schuljahr 2013/14 in Kraft treten soll.¹

1 Planungsstand 2010.

D 4 Ganztagschulen

Ganztagschulen unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und fördern Kinder und Jugendliche in ihren schulischen Leistungen. In Baden-Württemberg können Ganztagsangebote entsprechend der Konzeption der bisherigen Landesregierung oder nach Definition der Kultusministerkonferenz eingerichtet werden.

In der Landeskonzeption sind zwei Formen von Ganztagschulen vorgesehen:

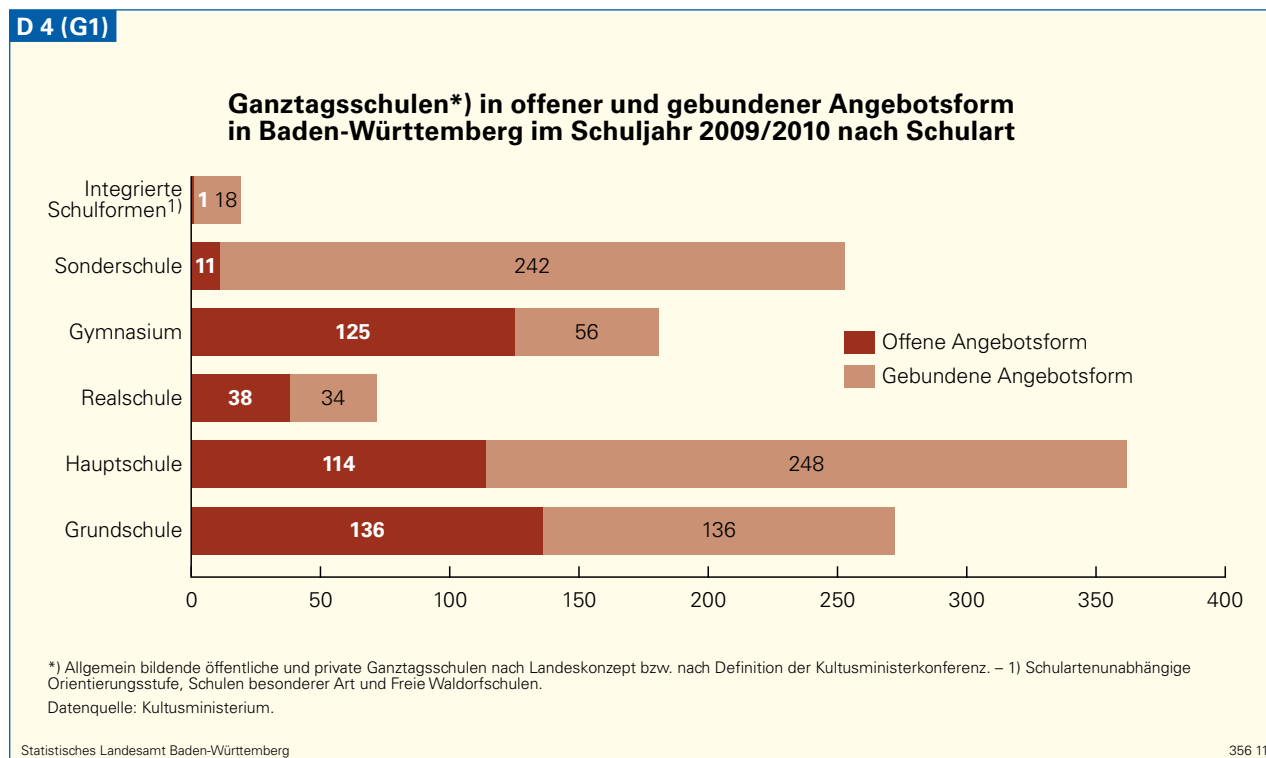
a) *Ganztagschulen in offener Angebotsform:* Es findet ein Ganztagsbetrieb an mindestens vier Tagen einer Schulwoche statt, der jeweils mindestens sieben Zeitstunden umfasst. Die Teilnahme am Ganztagsbetrieb erfordert eine Anmeldung. Bei Anmeldung des Schülers am Ganztagsbetrieb ist die Teilnahme aus Gründen der Planungssicherheit für ein Schuljahr verbindlich.

b) *Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung:* Es findet ebenfalls an mindestens vier Tagen einer Schulwoche ein Ganztagsbetrieb statt, allerdings mit täglich mindestens acht Zeitstunden. Die ganze Schule ist im Ganztagsbetrieb eingerichtet oder ein Zug bzw. mehrere Klassen(-stufen) nehmen am Ganztagsbetrieb teil. Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer

und sozialer Aufgabenstellung können Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen und Förderschulen in enger räumlicher Nähe zu einer Haupt- oder Werkrealschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung werden. Es handelt sich hierbei um Schulen, die ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag unter erschwerten Bedingungen in einem schwierigen sozialen Umfeld erfüllen.

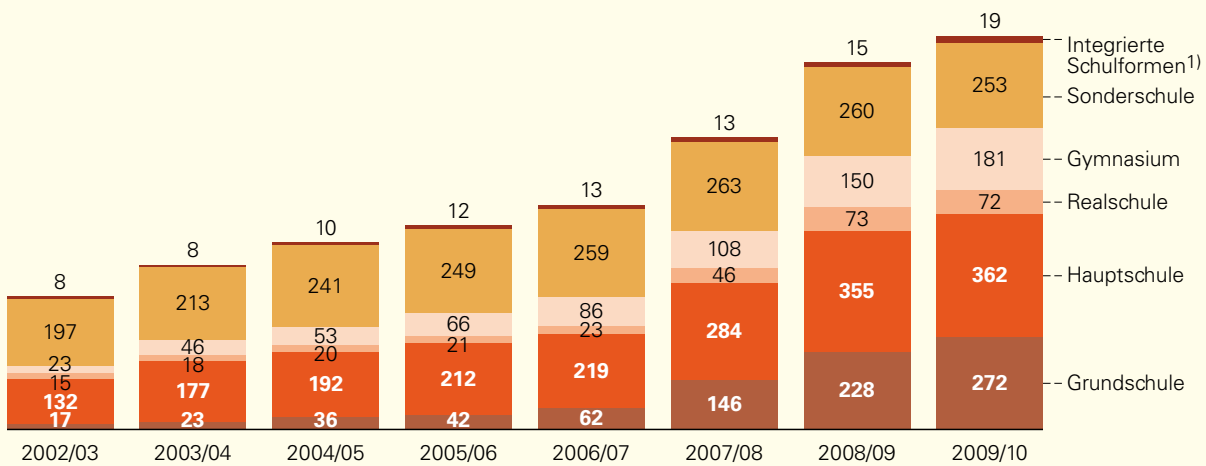
Ganztagschulen nach Definition der Kultusministerkonferenz sehen ein Bildungs- und Betreuungsangebot an mindestens drei Wochentagen mit jeweils sieben Zeitstunden vor. Bezüglich der Angebotsform wird hier zwischen offener und voll bzw. teilweise gebundener Form der Ganztagschule unterschieden. Die offene Form sieht wie die offene Form nach Landeskonzeption eine Teilnahme nach Anmeldung vor. Bei den gebundenen Formen ist die ganze Schule im Ganztagsbetrieb eingerichtet oder ein Teil der Schüler nimmt am Ganztagsbetrieb teil.

Insgesamt haben 1 159 Schulen im Schuljahr 2009/10 Ganztagsbetrieb angeboten. Die meisten Sonderschulen, über zwei Drittel der Hauptschulen und die Hälfte der Grundschulen wiesen eine gebundene Angebotsform auf. Bei den Gymnasien hingegen überwogen Schulen mit offener Angebotsform, ebenso wie bei



D 4 (G2)

Ganztagsschulen*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2002/2003 nach Schulart



*) Allgemein bildende öffentliche und private Ganztagschulen nach Landeskonzept bzw. nach Definition der Kultusministerkonferenz. – 1) Schulartenunabhängige Orientierungsstufe, Schulen besonderer Art und Freie Waldorfschulen.
 Datenquelle: Kultusministerium

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

357 11

den Realschulen – dort allerdings nur mit einer kleinen Überzahl von vier Schulen (Grafik D 4 (G1)).²⁶

Bedarfsorientierter Ausbau der Ganztagschulen

Die Anzahl von allgemein bildenden öffentlichen und privaten Ganztagschulen nahm in den letzten Jahren stetig zu. So verdreifachte sich die Anzahl der Ganztagschulen nahezu von insgesamt 392 Schulen im Schuljahr 2002/03 auf 1 159 im Schuljahr 2009/10. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Schüler, welche ganztägig eine Schule besuchten, von 70 145 auf 279 781 (Grafik D 4 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von gut 23 % aller Schüler.

Das Landesprogramm »Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg« wurde im Jahr 2006 beschlossen und hat den flächendeckenden und bedarfsorientierten Ausbau der Ganztagschulen zum Ziel, das heißt jeder Schüler soll bei Bedarf die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe zu besuchen. Für den Ausbau der Ganztagschulen nach Landeskonzeption werden bis

26 Zur besseren Darstellbarkeit wurden die offenen Formen nach Definition der Landeskonzeption und der Kultusministerkonferenz zusammengefasst. Ebenso wurden die gebundenen Formen (voll und teilweise) mit den Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung nach Landeskonzeption zusammengefasst.

zu 1 840 Deputate zur Verfügung gestellt.²⁷ Um die Schaffung von räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen an Schulen zu unterstützen, ergänzt das Investitionsprogramm »Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule« das Ganztagschulprogramm.

Die Sonderschulen wiesen im Schuljahr 2009/10 mit 44 % den größten Anteil an Ganztagschulen auf; die Grundschulen mit 11 % den geringsten (Grafik D 4 (G3)). Die Anzahl der Ganztagsgrundschulen entwickelte sich seit 2002/03 von 17 auf 272 Schulen besonders dynamisch.

Jugendbegleiter bieten unterrichtsergänzende Bildungs- und Betreuungsangebote an

Zur Konzeption der Ganztagschule gehört die Neuverteilung von Unterrichtsstunden im Sinne einer neuen Rhythmisierung, die auch die Verlängerung von Pausenzeiten und die Einführung von Bewegungspausen vorsieht. Alle Ganztagschulen müssen ein entsprechendes pädagogisches Konzept vorweisen und außerdem ein beaufsichtigtes Mittagessen an allen Tagen mit Ganztagsangebot anbieten.

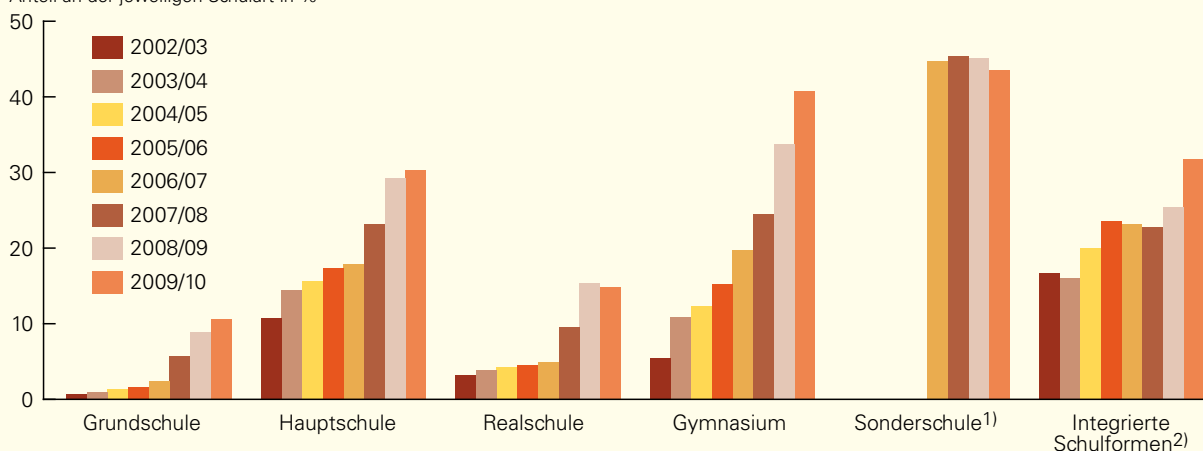
In Zusammenhang mit dem pädagogischen Konzept steht das Jugendbegleiter-Programm. Ziel des Ju-

27 Planungsstand 2010.

D 4 (G3)

Ganztagsschulen*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2002/2003

Anteil an der jeweiligen Schulart in %



*) Allgemein bildende öffentliche und private Ganztagschulen nach Landeskonzept bzw. nach Definition der Kultusministerkonferenz. – 1) Darstellung auf Basis der Dienststellenzählung ab Schuljahr 2006/07. – 2) Schulartenunabhängige Orientierungsstufe, Schulen besonderer Art und Freie Waldorfschulen.
 Datenquelle: Kultusministerium Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

355 11



gendbegleiter-Programms ist es, durch qualifizierte ehrenamtliche Jugendbegleiter unterrichtsergän-

zende Bildungs- und Betreuungsangebote im Rahmen der Ganztagschule anzubieten (vgl. **Kapitel J 3**).

D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung im typischen Schulalter von sechs bis 19 Jahren betrug am 31.12.2009 stark 10 %. Der Anteil der ausländischen Schüler an allen allgemein bildenden Schulen lag im Schuljahr 2009/10 bei knapp 11 % (Grafik D 5 (G1)) und entsprach damit erwartungsgemäß dem Wert der korrespondierenden Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs. Werden noch die 1,3 % Schüler aus Aussiedlerfamilien mit einbezogen, ergibt sich ein Anteil von rund 12 %, deren Migrationshintergrund in der Schulstatistik erfasst wurde. Dieser Wert hat sich gegenüber der im Bildungsbericht 2007 berichteten Zahl um 2 Prozentpunkte verringert. Von den insgesamt gut 1,23 Mill. Schülern der allgemein bildenden Schulen besaßen 133 059 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, 15 656 weitere stammten aus Aussiedlerfamilien (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

Überproportionaler Anteil an Hauptschulen, geringe Quote an Gymnasien

Der Anteil der ausländischen Schüler und Aussiedler an den Grundschulen entsprach im Schuljahr 2009/10 erwartungsgemäß in etwa dem Anteil dieser Gruppen an den allgemein bildenden Schulen insgesamt. Nach erfolgtem Wechsel auf weiterführende Schularten ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild der Bildungsbeteiligung. Während an Hauptschulen fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler waren, betragen die Anteile an Realschulen nur knapp 10 % und an den Gymnasien lediglich gut 5 %. Die integrierten Schulformen wurden ebenfalls von einer relativ geringen Zahl an Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit besucht: Ihr Anteil belief sich dort auf 5 %. Dabei wiesen die Freien Waldorfschulen mit 3 % einen sehr niedrigen Ausländeranteil auf. An den Schulen besonderer Art, welche die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach vereinen, lag der Anteil von Ausländern und Aussiedlern zusammen hingegen bei 15 % und übertraf damit den Wert für die Realschulen.

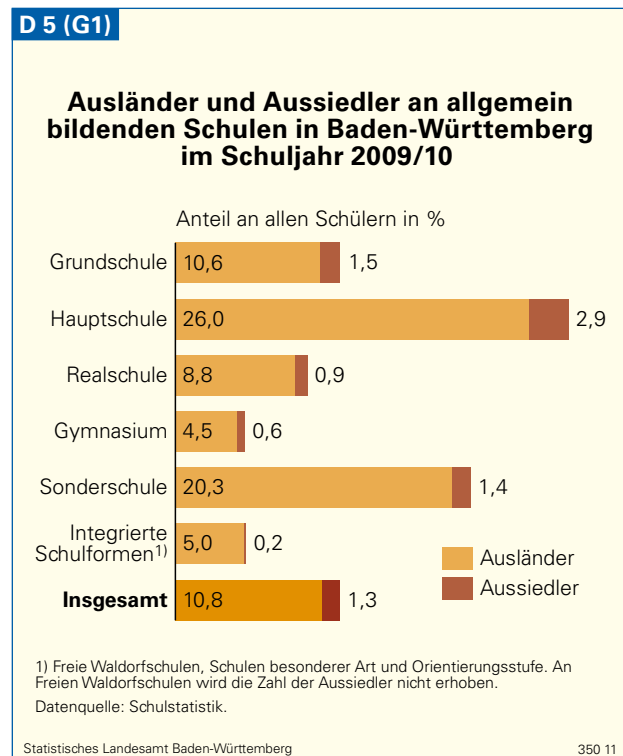
Der Ausländeranteil an Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs, an denen allgemein bildende Schulabschlüsse nachgeholt werden können, ist wesentlich höher als in den entsprechenden Schularten der Erstausbildung. 28 % der Schüler an Abendrealschulen hatten 2009/10 keine deutsche Staatsangehörigkeit.

An den zur Hochschulreife führenden Abendgymnasien war jeder vierte Schüler Ausländer.

Neben den Möglichkeiten, die der Zweite Bildungsweg bietet, können auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. An diesen Bildungsgängen sind die Anteile der ausländischen Schüler höher als an den allgemein bildenden Schulen. So waren etwa an den zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen rund 17 % der Schüler Ausländer oder Aussiedler. Der Anteil dieser Schülergruppen an den beruflichen Gymnasien lag mit stark 7 % deutlich über dem an allgemein bildenden Gymnasien.

An Förderschulen sind 30 % der Schüler Ausländer

Mit über 20 % wiesen die Sonderschulen im Schuljahr 2009/10 im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen insgesamt einen fast doppelt so hohen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf (Grafik D 5 (G1)). Unter den verschiedenen Typen der Sonderschule variieren die Anteilswerte allerdings erheblich. Mit 10 % bis 12 %



lagen die Schulen für Sprachbehinderte und für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung etwa auf dem durchschnittlichen Niveau des ausländischen Schüleranteils an den weiterführenden Schulen. An Förderschulen besaßen dagegen fast 30 % aller Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, weitere knapp 2 % stammten aus Aussiedlerfamilien. Seit 2006/07 – dem im letzten Bildungsbericht dokumentierten Schuljahr – ist der Anteil der Ausländer und Aussiedler an Sonderschulen insgesamt sowie an den Förderschulen um rund 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

Anhaltend wenig Ausländer an Bildungsgängen, die eine Studienberechtigung vermitteln

Diese Verteilung der Anteilswerte von Ausländern und Aussiedlern über die einzelnen Schularten ist im Zeitablauf recht konstant (Tabellen D 5 (T2) und (T3) im Anhang). Die Quote für die Grundschule ist mit der für die allgemein bildenden Schulen insgesamt weitgehend deckungsgleich. Unter den weiterführenden Schulen hatten die Hauptschulen bereits im Schuljahr 1990/91 den weitaus höchsten Ausländeranteil. Die Ausländeranteile an Gymnasien und integrierten Schulformen liegen seit 2000/01 nahezu unverändert bei gut 4 % bzw. gut 5 %. An Realschulen ist seit 2000/01 ein leichter Anstieg von 7 % auf annähernd 9 % feststellbar. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts mit nunmehr erweiterten Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, kann diese Entwicklung allerdings etwas verzerrt haben.

Deutlich geringere Anteile von Ausländern an privaten Schulen

An privaten Schulen liegen die Anteile von Schülern, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder aus Aussiedlerfamilien stammen, deutlich unter dem Niveau der vergleichbaren öffentlichen Schulen. Für alle allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft zusammen ist der Wert mit unter 5 % im Schuljahr 2009/10 weniger als halb so hoch und auch in jeder einzelnen Schulart deutlich geringer als an den öffentlichen Schulen (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

Die privaten Sonderschulen wiesen mit rund 12 % den höchsten Anteil auf, der sogar deutlich über dem Wert der privaten Hauptschulen von 7 % lag. Auch an den privaten Sonderschulen waren Ausländer damit aber nur etwa halb so häufig vertreten wie an öffentlichen Schulen, deren Anteil von Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit stark 23 % betrug. Rund 4 % der Schüler privater Grundschulen

waren Ausländer, an den öffentlichen Grundschulen waren es fast 11 %.

Überdurchschnittliche Anteile vor allem in den Stadtkreisen

Die regionale Verteilung der Ausländer- und Aussiedleranteile unterscheidet sich zwischen den einzelnen Schularten nur relativ geringfügig. Die bestimmende Einflussgröße für die in den Stadt- und Landkreisen in unterschiedlichem Umfang anzutreffenden Anteile ist die unterschiedliche räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (siehe Kapitel B 1.3). Die Grundstruktur der regionalen Abweichungen lässt sich am Beispiel der Hauptschule verdeutlichen (Grafik D 5 (G2)). Nahezu alle Stadtkreise lagen im Schuljahr 2009/10 über dem Landesdurchschnitt des Anteils von Ausländern und Aussiedlern an den Schülern. In der Landeshauptstadt Stuttgart und in Heilbronn hatten über die Hälfte der Hauptschüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit oder stammten aus einer Aussiedlerfamilie. Dahinter folgten die Städte Pforzheim, Mannheim und Ulm mit Anteilen von deutlich über 40 %. Die Landkreise der Region Stuttgart waren ebenfalls in der oberen Hälfte zu finden. Die niedrigsten Anteile an Ausländern und Aussiedlern verzeichneten mit 13 % bis knapp 16 % die Landkreise Biberach, Schwäbisch-Hall und Breisgau-Hochschwarzwald.

Dieses Bild wiederholt sich auf niedrigerem Anteilsniveau – mit leichten Verschiebungen in der Reihenfolge der Kreise – bei den Realschulen und Gymnasien.

Ähnliche Verteilung von Ausländern und Aussiedlern auf die Schularten

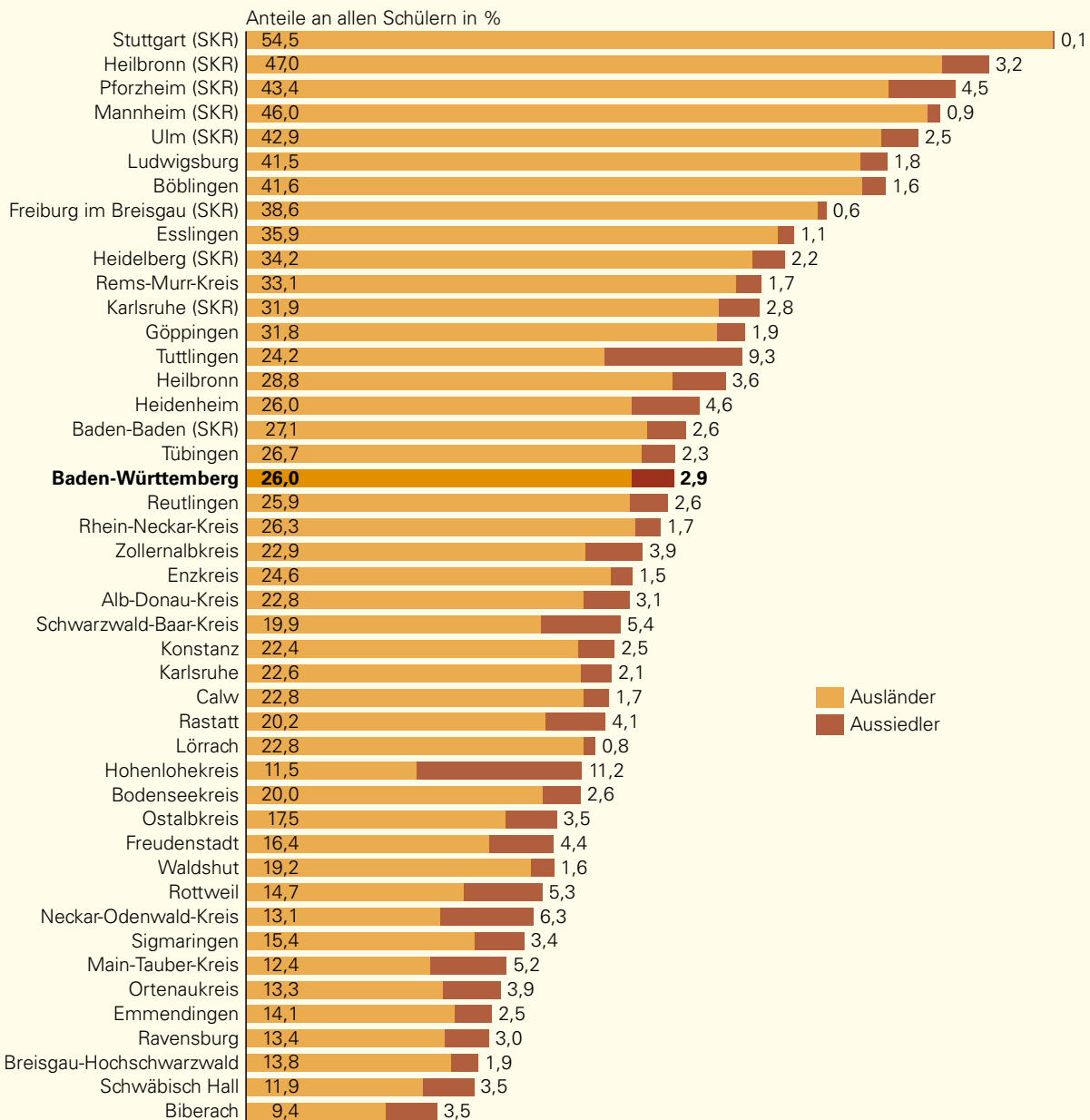
Wie sich der Schulbesuch von Ausländern und Aussiedlern einerseits und Deutschen ohne identifizierbaren Migrationshintergrund²⁸ andererseits unterscheidet, zeigt ein Vergleich der Verteilung der Siebtklässler (also nach Durchlaufen der Orientierungsstufe) auf die einzelnen Schularten (Grafik D 5 (G3)).

Deutlich über die Hälfte der ausländischen Schüler der 7. Jahrgangsstufen besuchte im Schuljahr 2009/10 eine Hauptschule. Bei den Schülern aus Aussiedlerfamilien waren es fast sechs von zehn. Knapp drei von zehn Ausländern und Aussiedlern der Jahrgangsstufe 7 waren an Realschulen, an den Gymnasien knapp 15 % bzw. stark 12 %. Bei den deutschen Schülern, die nicht aus Aussiedlerfamilien stammen, stand das Gymnasi-

²⁸ Vgl. den methodischen Hinweis »Migrationshintergrund« am Ende des Kapitels.

D 5 (G2)

**Ausländer und Aussiedler an Hauptschulen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

351 11

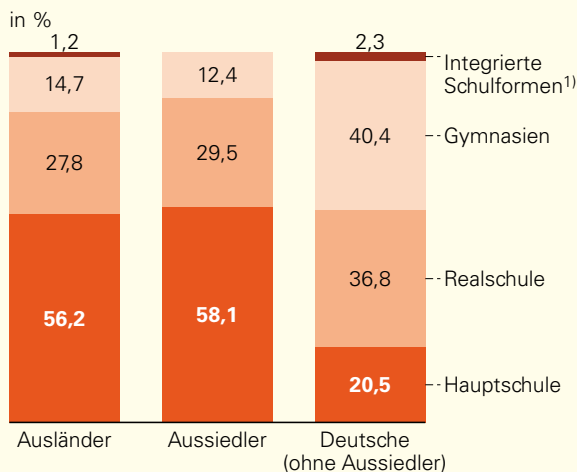
um mit über 40 % an erster Stelle, gefolgt von der Realschule mit einem Anteil von fast 37 %. Nur jeder fünfte Siebtklässler deutscher Staatsangehörigkeit wurde an einer Hauptschule unterrichtet.

Im Vergleich zu dem im letzten Bildungsbericht dokumentierten Schuljahr 2006/07 haben sich 2009/10 deutliche Veränderungen vollzogen. Der Anteil der Siebtklässler, die eine Hauptschule besuchen, ist bei allen drei Gruppen

rückläufig – bei den Ausländern und Aussiedlern um 6 bis 7 Prozentpunkte, bei den deutschen Schülern um 3 Prozentpunkte. Demgegenüber sind die Teilnahmequoten am Gymnasium sowohl bei den ausländischen wie bei den deutschen Schülern um 3 Prozentpunkte angestiegen. In ähnlichem Umfang vollzog sich ein Zuwachs der ausländischen Schülerschaft bei den Realschulen – bei den Aussiedlern sogar um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der deutschen Schüler in der 7. Klasse der Realschule blieb konstant.

D 5 (G3)

Verteilung der Schülerzahl in Klassenstufe 7 in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit



1) Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art und Orientierungsstufe. An Freien Waldorfschulen wird die Zahl der Aussiedler nicht erhoben.
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

352 11

Die Sonderschulen können in diese Betrachtung nicht einbezogen werden, da dort in manchen Schultypen und Schulen die Jugendlichen aus pädagogischen Gründen zu Klassenstufen übergreifenden Klassen zusammengefasst werden.

Große Unterschiede zwischen den Nationalitäten

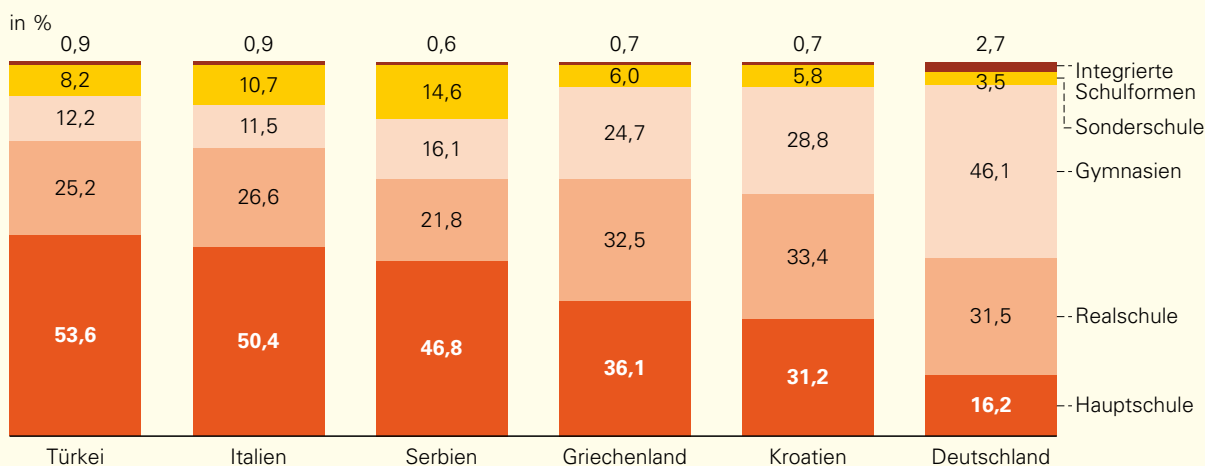
Die vorgefundenen Unterschiede in der Bildungsbeteiligung – Schüler deutscher Staatsangehörigkeit besuchen häufiger Realschule und Gymnasium, Aussiedler und Ausländer überproportional die Hauptschule – relativieren sich, wenn die Gruppe der ausländischen Schüler differenziert nach ihrer Staatsangehörigkeit betrachtet wird. Aus dieser Perspektive sind deutliche Unterschiede in der Wahl der Bildungsgänge zwischen den einzelnen Nationalitäten erkennbar (Web-Tabelle D 5 (T4)).

In Grafik D 5 (G4) wird die Verteilung der deutschen Schüler und der fünf größten Schülergruppen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf verschiedene weiterführende Schularten für das Schuljahr 2009/10 dargestellt. Jeweils über die Hälfte der türkischen und italienischen Schüler ab der 5. Jahrgangsstufe besuchte eine Hauptschule. Jeder vierte Schüler dieser Nationalität war an einer Realschule, jeweils rund 12 % an einem Gymnasium. Der Anteil dieser Schüler an Sonderschulen betrug zwischen 8 % und 11 %; er war damit doppelt bis dreifach so hoch wie der von deutschen Schülern.

Bei Schülern ab Klassenstufe 5 mit kroatischer oder griechischer Staatsangehörigkeit lagen die Hauptschulbesuchsquoten bei 31 % bzw. 36 %. Jeder dritte Schüler dieser beiden Nationalitäten besuchte eine Realschule, rund jeder vierte ein Gymnasium. Die Sonderschulbesuchsquoten waren mit 6 % um zwei

D 5 (G4)

Verteilung der Schüler ab Klassenstufe 5 in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Schultart



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

353 11



Drittel höher als die der Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Gegenüber den 2007 berichteten Quoten ist bei jeder dieser Schülergruppen ein Trend zu formal höheren Bildungsgängen auszumachen. Die Hauptschulbesuchsquoten sind um rund 5 Prozentpunkte zurückgegangen, die Besuche der Realschulen haben zugenommen – am deutlichsten bei den serbischen und italienischen Schülern um je 4 Prozentpunkte. Auch an Gymnasien sind mit Zuwächsen zwischen 2 und 6 Prozentpunkten deutlich mehr ausländische Schüler vertreten.

Dass Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit keine homogene Gruppe sind, sondern die verschiedenen Nationalitäten sehr unterschiedlich an den angebotenen Bildungsgängen partizipieren, verdeutlicht die Berechnung von schulartspezifischen Repräsentanzwerten. Die in der Grundschule angetroffenen Anteile der einzelnen Nationalitäten an der Gesamtheit der ausländischen Schüler müssten – sofern keine nationalen Disparitäten vorliegen – in gleichen Verhältnissen an den weiterführenden Schularten anzutreffen sein. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Folgenden werden Unterschiede bei den Beteiligungsquoten der 16 größten ausländischen Bevölkerungsgruppen unter den über 100 verschiedenen in Baden-Württemberg vertretenen Nationen dargestellt. Diese Gruppe umfasst rund 107 500 Schüler an den allgemein bildenden Schulen, weitere rund 25 500 haben eine andere Staatsangehörigkeit.

In einer ersten Modellrechnung wird der Anteil einer Nationalität an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler an weiterführenden Schulen in Bezug zu dem tatsächlich an den einzelnen Schularten angetroffenen Ausländeranteil gesetzt (Grafiken D 5 (G5)).

Da 38 % der ausländischen Schüler die türkische Staatsangehörigkeit und weitere 12 % die italienische besitzen, müssten diese Nationen in ähnlich hohen Anteilen auch unter den 15 615 Ausländern an Gymnasien anzutreffen sein. Tatsächlich finden sich unter den Gymnasiasten lediglich 4 282 Schüler türkischer und 1 240 italienischer Staatsangehörigkeit; diese beiden Gruppen sind somit mit einem Faktor von 0,7 bzw. 0,6 an dieser Schulart unterrepräsentiert. Eine zum Teil noch deutlichere Unterrepräsentanz liegt bei den serbischen, kosovarischen, albanischen, mazedonischen und portugiesischen Schülern vor. Schüler griechischer, spanischer, bosnischer, kroatischer oder russischer Staatsangehörigkeit sind hingegen 1,4- bis 1,9-fach häufiger am Gymnasium anzutreffen, als es ihr Anteil an der Gesamtheit der ausländischen Schüler erwarten ließe. Die Beteiligung der französischen und vietnamesischen Schüler liegt sogar um das 3,5-fache über dem Erwartungswert – die Teilnahmequo-

ten dieser beiden Schülergruppen am Bildungsgang Gymnasium betragen über 60 % und übertreffen damit deutlich die der deutschen Schüler.

Die nach Staatsangehörigkeit differenzierende Betrachtung der ausländischen Schülerschaft an Hauptschulen liefert konträre Ergebnisse. Am Gymnasium unterrepräsentierte nationale Gruppen sind an der Hauptschule mit Faktoren zwischen 1,1 und 1,3 stärker vertreten als zu erwarten. Die Staatsangehörigkeiten, die an Gymnasien häufiger anzutreffen sind, besuchen wiederum seltener eine Hauptschule. Eine ähnliche Verteilung findet sich, in geringerer Ausprägung, bei den Realschulbesuchsquoten.

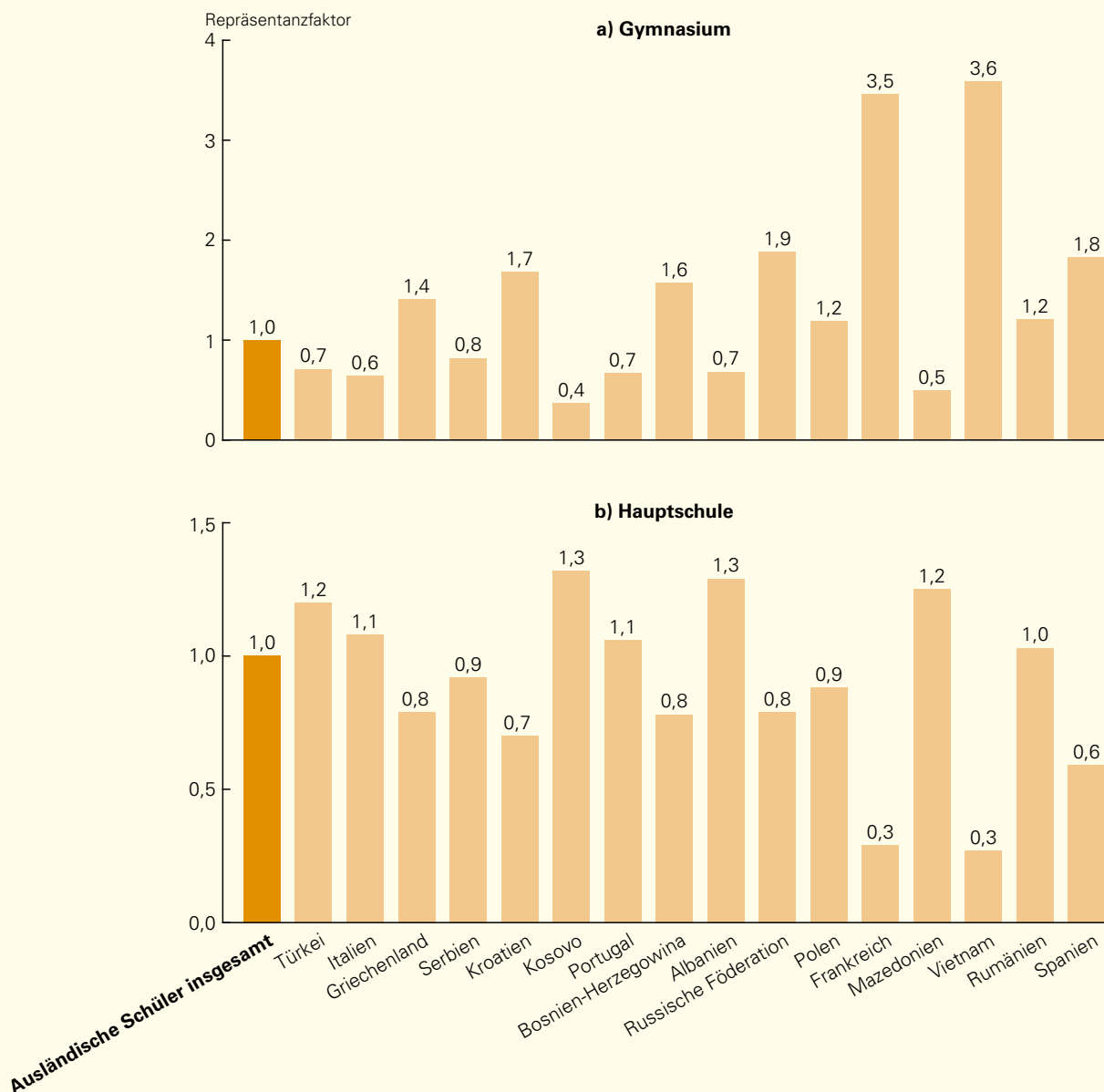
In einer zweiten, weitergehenden Modellrechnung wird unterstellt, dass der an Grundschulen errechnete Anteil an Ausländern und Aussiedlern auch an den weiterführenden Schulen anzutreffen sein müsste und sich diese Schülergruppe in gleichen nationalen Anteilen auf Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen verteilt. Angenommen wird somit, dass an jeder Schulart – wie an den weiterführenden Schulen insgesamt – knapp 11 % Ausländer vertreten sein müssten. Entsprechende anteilige Erwartungswerte gelten für die einzelnen Nationen. Auch bei dieser Betrachtungsweise fallen deutliche Diskrepanzen auf, wie am Beispiel der Realschulen ausgeführt wird (Grafik D 5 (G6)).

Schüler, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind an Realschulen mit dem Faktor 1 repräsentiert, also genau in der Anzahl vertreten, die ihrem Anteil an der Gesamtschülerschaft entspricht. Bei den ausländischen Schülern insgesamt beträgt der entsprechende Faktor lediglich 0,8. Eine nach Nationalität differenzierte Betrachtung lässt wiederum deutliche Unterschiede erkennen. Während die Repräsentanzwerte der meisten Schülergruppen nur geringfügig um den Wert 0,8 schwanken, sind insbesondere griechische, kroatische, bosnische und spanische Schüler an Realschulen leicht überrepräsentiert. Andere Schülergruppen sind dagegen unterrepräsentiert – allerdings aus verschiedenen Gründen. Bei Schülern mit französischer und russischer Staatsangehörigkeit ist dies durch ihre höhere Beteiligungsquote am Bildungsgang Gymnasium erklärbar, bei Schülern aus dem Kosovo und aus Serbien durch die höhere Partizipationsquote an den Hauptschulen.

An den Gymnasien sind ausländische Schüler insgesamt um den Faktor 0,4 unter-, Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit knapp 1,1-fach überrepräsentiert. An den Hauptschulen sind ausländische Schüler um das 2,4-fache häufiger vertreten, als es ihrem Anteil an der Gesamtschülerzahl an weiterführenden allgemein bildenden Schulen entspricht, deutsche Schüler um den Faktor 0,8 unterrepräsentiert.

D 5 (G5)

Repräsentanz*) von Schülergruppen an Gymnasien und Hauptschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit



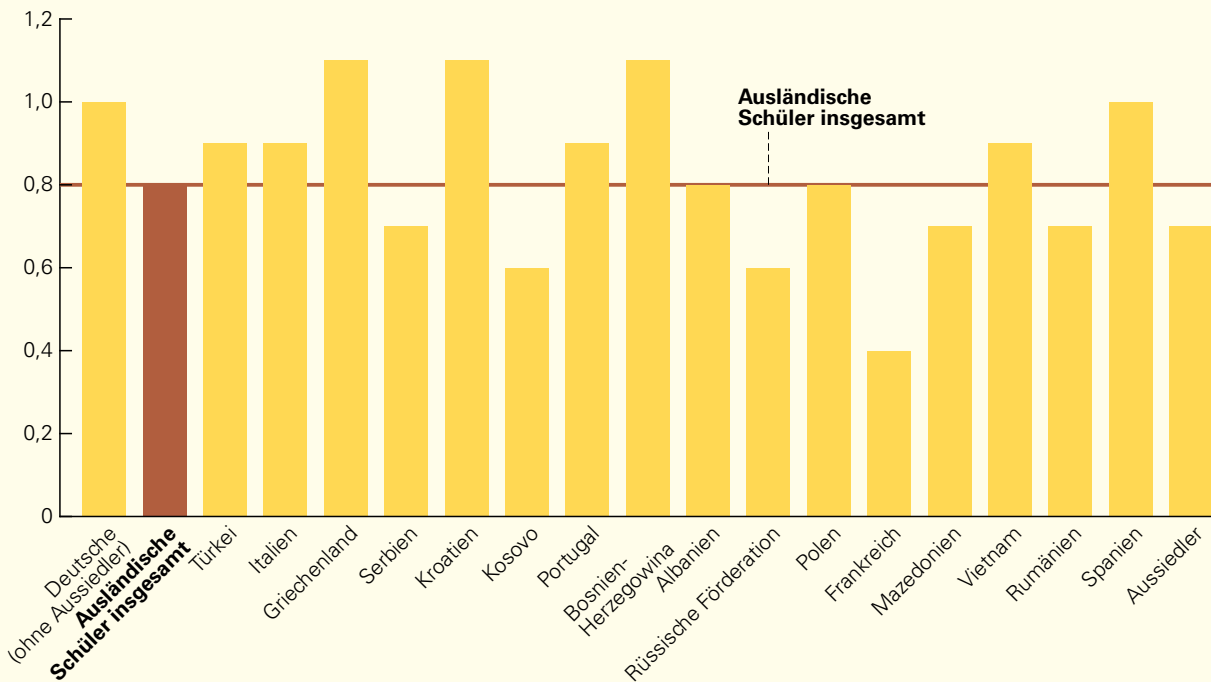
*) Auf Basis der an diesen Schularten gezählten ausländischen Schüler.
 Datenquelle: Schulstatistik

Lesebeispiel: Die Anzahl der Schüler mit serbischer Staatsangehörigkeit an Gymnasien beträgt nur das 0,8-fache bzw. 80 % der Zahl, die vorliegen müsste, würden serbische Schüler gemäß ihrem Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler an dieser Schulart vertreten sein. Hingegen übersteigt die Anzahl der russischen Schüler den Erwartungswert für diese Schülergruppe um das 1,9-fache.



D 5 (G6)

Repräsentanz*) von Schülergruppen an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit



*) Auf Basis ihres Anteils an weiterführenden Schulen insgesamt.

Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

349 11

i

Migrationshintergrund

In der Schulstatistik kann bislang nicht auf das umfassende Konzept der Bestimmung des Migrationshintergrunds zurückgegriffen werden, das im Mikrozensus verwendet wird. Erst der Übergang von der Erfassung summarischer Angaben zur Erhebung von Schülerindividualdaten in der Schulstatistik kann hier einen Fortschritt bringen. Daher beziehen sich die Ausführungen in diesem Kapitel lediglich auf Kinder und Jugendliche, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder aus Aussiedlerfamilien stammen.

D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2030

Im Schuljahr 2008/09 – dem Basisjahr der Vorausschätzung – wurden an den allgemein bildenden Schulen im Land insgesamt 1,25 Mill. Schüler unterrichtet. Gegenüber dem Schuljahr 2003/04, in dem der höchste Stand in den letzten 25 Jahren erreicht worden war, bedeutet dies einen Rückgang der Schülerzahl um gut 53 000. Zum Schuljahr 2009/10 hatte sich die Schülerzahl um weitere 20 000 verringert. Die demografische Entwicklung (siehe **Kapitel B 1.1**) wird zur Folge haben, dass voraussichtlich ab 2020 weniger als 1 Mill. Schüler die allgemein bildenden Schulen im Land besuchen werden (Tabelle **D 6 (T1)** im Anhang und Web-Tabelle **D 6 (T2)**). Nach 2020 dürfte sich der Rückgang deutlich verlangsamen. Im Jahr 2030 dürfte die Schülerzahl entsprechend den hier gewählten Annahmen bei gut 954 000 und damit um 24 % unter dem Niveau des Schuljahres 2008/09 liegen.²⁹

²⁹ Die Vorausschätzung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Insbesondere die sich auf einzelne weiterführende Schularten beziehenden Ergebnisse der Vorausschätzung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen. Vgl. die methodischen Anmerkungen am Ende des Kapitels.

Grundschulen mit geringerem Rückgang

Die Grundschulen verzeichnen bereits seit zehn Jahren rückläufige Schülerzahlen. Im Schuljahr 1998/99 wurden 486 737 Grundschüler unterrichtet. Bis zum Schuljahr 2008/09 war ihre Zahl auf 419 964 und bis 2009/10 auf 404 540 gesunken. Damit haben die Grundschulen bereits einen Teil der Entwicklung hinter sich, der den weiterführenden Schulen noch bevorsteht.

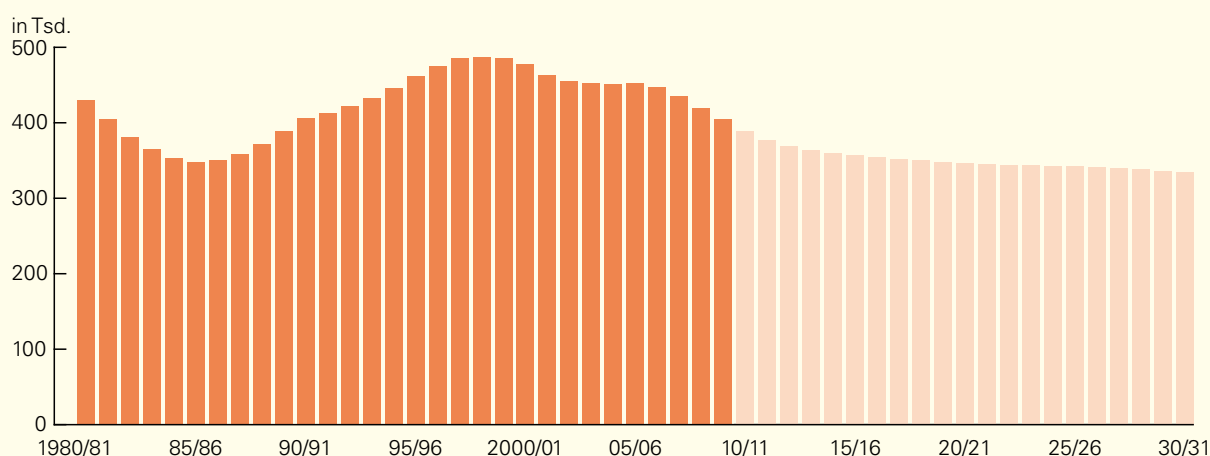
Der weitere Rückgang dürfte auf Basis der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung etwas moderater ausfallen als bei den weiterführenden Schularten. Bis 2020 würde demnach die Schülerzahl um knapp 74 000 auf gut 346 000 absinken. Im Verlauf bis 2030 ergibt sich dann nur noch ein leichtes Absinken auf knapp 335 000 Schülerinnen und Schüler (Grafik **D 6 (G1)**). Im Vergleich mit dem Schuljahr 2008/09 wäre die Schülerzahl somit um 20 % niedriger.

Schülerzahl der Werkrealschulen und Hauptschulen sinkt deutlich

Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wurde in Baden-Württemberg die Werkrealschule in neuer Form eingeführt. Dieser neue Bildungsgang stellt die Voraus-

D 6 (G1)

Schüler an Grundschulen in Baden-Württemberg seit 1980/81 und Vorausschätzung bis 2030/31



Datenquelle: Vorausschätzung der Schülerzahlen.

rechnung der Schülerzahlen vor besondere Probleme, da der Zulauf zu diesem Bildungsgang im Voraus nur schwer abschätzbar ist. So wird für die Jahre ab dem Schuljahr 2012/13 – in dem erstmals Schülerinnen und Schüler in die 10. Klassenstufe der »neuen« Werkrealschulen wechseln werden – angenommen, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler von der 9. in die 10. Klassenstufe wechselt.

Die Schülerzahl der Hauptschulen hatte mit 215 532 im Schuljahr 2002/03 einen relativen Höhepunkt erreicht. Bis 2008/09 war diese Zahl um fast ein Viertel auf 162 631 und bis 2009/10 weiter auf 156 171 gesunken. Die Vorausschätzung bis 2030 umfasst die Bildungsgänge Werkrealschule und Hauptschule. Unter der Annahme einer konstanten Übergangsquote auf Werkrealschulen und Hauptschulen, die dem Übergang auf die Hauptschule zum Schuljahr 2008/09 entspricht, wird deren Schülerzahl auch künftig weiter zurückgehen. Eine Ausnahme bildet hier nur das Schuljahr 2012/13, in dem erstmals eine größere Zahl von Zehntklässlern erwartet wird (Grafik D 6 (G2)). Dieser Effekt wird zwar den Rückgang der Schülerzahl leicht bremsen, aber den Trend nicht nachhaltig beeinflussen. Im Jahr 2020 wäre demnach eine Schülerzahl von 123 000 erreicht. Bis 2030 dürfte die Schülerzahl mit annähernd 118 000 um rund 45 000 unter dem Wert des Schuljahres 2008/09 liegen, was einem Minus von knapp 28 % entspräche.

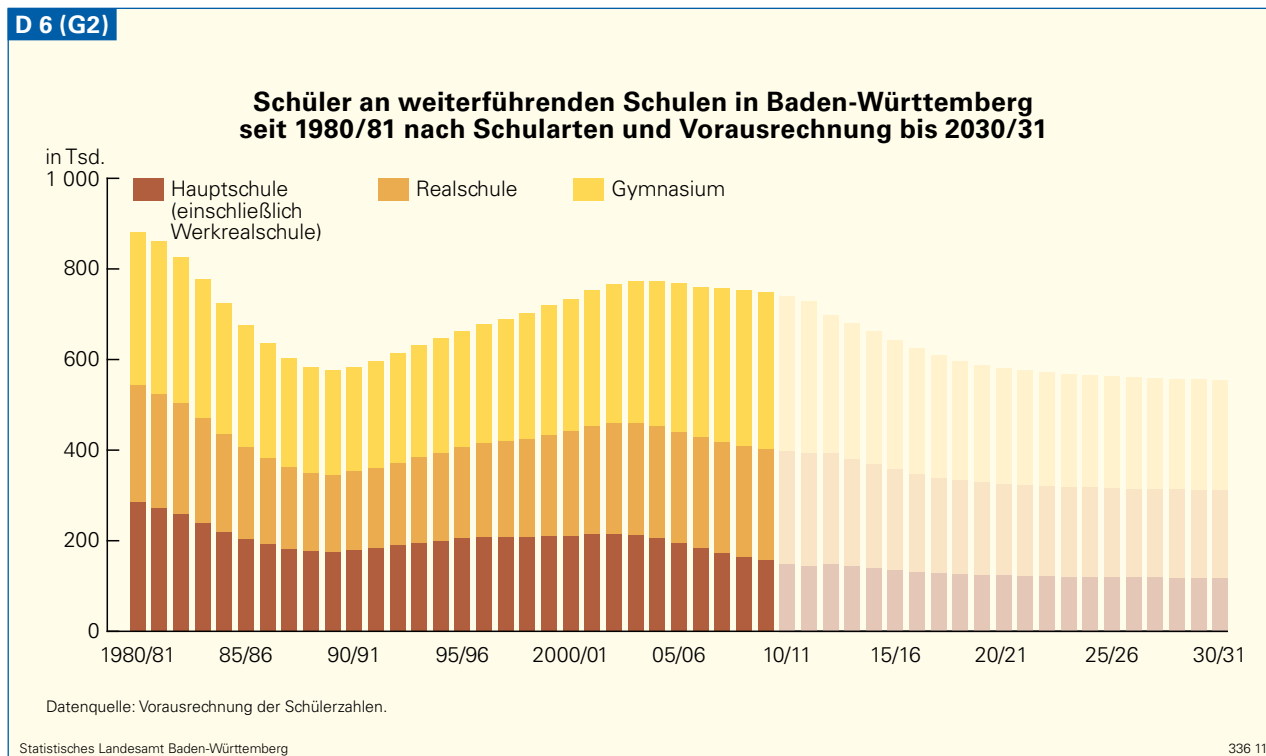
Realschulen vorübergehend noch mit konstanten Schülerzahlen

An den Realschulen ist im Schuljahr 2009/10 die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr noch leicht um rund 100 Schüler auf annähernd 246 779 angestiegen. Seit 2002/03 lag die Schülerzahl damit relativ konstant über 240 000.

Dieses Niveau könnte noch bis 2012/13 gehalten werden, bevor dann auch die Schülerzahl der Realschulen demografisch bedingt stärker zurückgeht (Grafik D 6 (G2)). Demnach läge die Schülerzahl im Jahr 2020 bei annähernd 203 000 und würde ab 2022 unter die Marke von 200 000 fallen. Für 2030 kommt die Vorausschätzung zu einem Ergebnis von knapp 194 000 Schülern an den Realschulen in Baden-Württemberg – annähernd 22 % unter dem im Schuljahr 2008/09 verzeichneten Wert. Dies wäre der geringste Rückgang unter den weiterführenden Schularten.

Verkürzung der Schulzeit verringert Schülerzahl der Gymnasien zusätzlich

An den Gymnasien lag die Schülerzahl im Schuljahr 2009/10 mit 344 932 um rund 1 500 über dem Vorjahreswert. Damit wurde erneut ein neuer absoluter Höchststand erreicht. Allerdings wird dieser in der Zukunft wohl nicht mehr übertroffen werden können.



Bis zum Schuljahr 2011/12 dürfte die Zahl der Gymnasialisten zunächst geringfügig auf 337 000 absinken. Mit dem Ausscheiden des »doppelten« Abiturjahrgangs des letzten neunjährigen und des ersten flächendeckenden achtjährigen Gymnasialzugs im Sommer 2012 wird sich die Schülerzahl um einen kompletten Jahrgang auf etwas weniger als 306 000 verringern. Im Anschluss daran machen sich auch an den Gymnasien des Landes die geburtenschwachen Jahrgänge bemerkbar (Grafik D 6 (G2)). Bis 2020 würde die Schülerzahl entsprechend der hier getroffenen Annahmen um weitere 50 000 auf rund 256 000 zurückgehen. Anschließend dürfte sie bis 2030 auf etwas mehr als 242 000 absinken. Das wären gut 29 % weniger Schüler als im Schuljahr 2008/09, aber noch mehr als im Schuljahr 1992/93. Die Möglichkeit künftig auch wieder G9-Züge anzubieten könnte diese Entwicklung ein wenig bremsen.

2030: Rund ein Fünftel weniger Schüler an Sonderschulen

Die Sonderschulen hatten im Schuljahr 2003/04 mit 55 199 Schülern ein relatives Maximum erreicht. Bis zum Schuljahr 2008/09 war ihre Schülerzahl leicht auf 53 927 und bis 2009/10 weiter auf 53 776 abgesunken. Dieser Rückgang wird jedoch allein durch die Entwicklung der Förderschule verursacht, die mit einem Schüleranteil von 40 % der Sonderschultyp mit der höchsten Schülerzahl ist (vgl. Kapitel D 3). Die anderen Sonderschultypen zusammen wiesen weiterhin noch leicht steigende Schülerzahlen auf. So erhöhten sich die

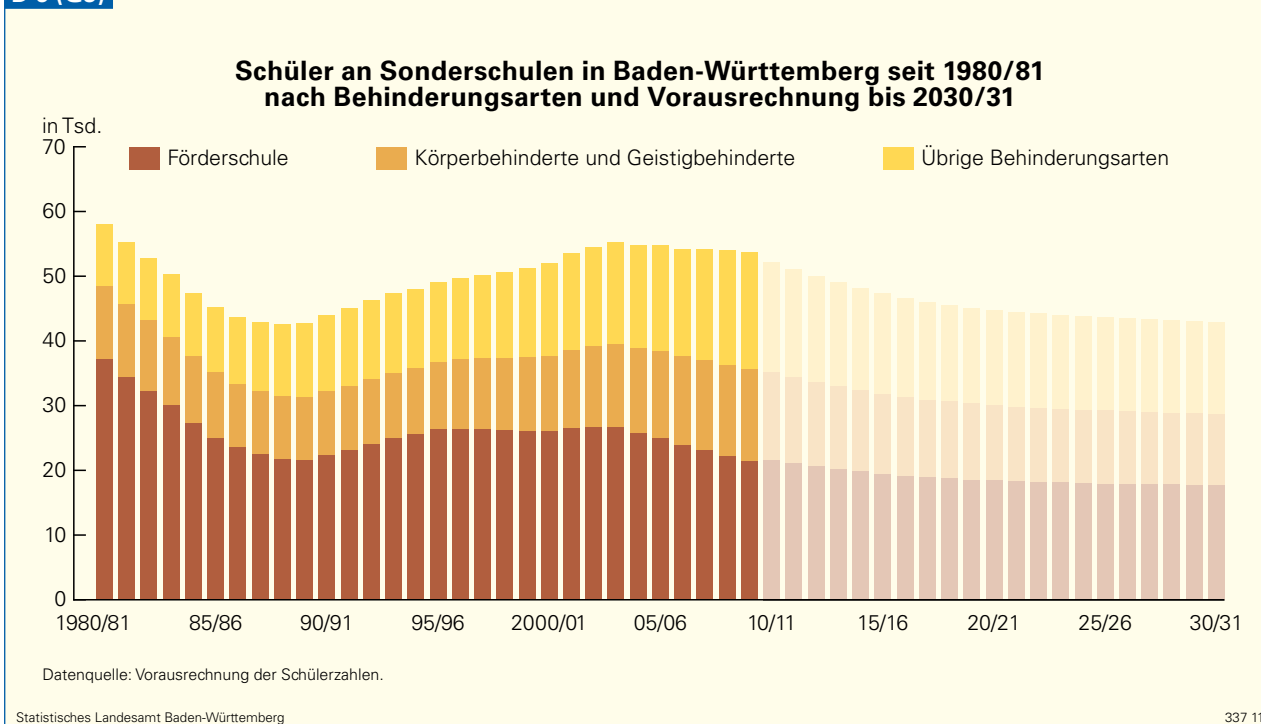
Schülerzahlen der Schulen für Körperbehinderte und für Geistigbehinderte zusammen genommen seit dem Schuljahr 2003/04 um beinahe 11 % und die der weiteren Sonderschultypen zusammen um knapp 16 %. Dagegen verringerte sich die Schülerzahl an Förderschulen in diesem Zeitraum um annähernd 20 %.

Bis 2020 wird sich der Rückgang der Gesamtschülerzahl voraussichtlich verstärken. Sie läge dann bei annähernd 45 000 und könnte bis 2030 noch auf knapp 43 000 fallen. Dies wäre ein Minus um knapp 21 % gegenüber 2008/09 (Grafik D 6 (G3)). Bis 2030 würde dementsprechend die Schülerzahl der Förderschulen von 21 444 im Schuljahr 2009/10 auf 17 700 absinken. Auch an den Schulen für Körper- und Geistigbehinderte würde die demografische Entwicklung bis 2030 die Schülerzahlen sinken lassen. Im Jahr 2030 läge deren Zahl noch bei 11 000 gegenüber 14 109 im Schuljahr 2009/10. An den anderen Sonderschulen erhielten 2009/10 zusammen 18 223 Schüler sonderpädagogische Förderung. Bis 2030 könnte ihre Zahl auf 14 100 zurückgehen.

Stadtkreise weniger vom Rückgang betroffen als Kreise im ländlichen Raum

Aus heutiger Sicht werden die Schülerzahlen in den Stadtkreisen weniger stark zurückgehen als in den Landkreisen. Dies gilt für alle Schularten, für die eine Regionalisierung der Ergebnisse der Vorausrechnung bis zum Schuljahr 2020/21 durchgeführt wurde: Grundschule, Werkrealschule und Hauptschule, Real-

D 6 (G3)



schule und Gymnasium (Web-Tabelle D 6 (T3)). Es sind vor allem die Kreise mit heute noch relativ junger Bevölkerung, in denen künftig überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus dem Schulalter herauswachsen. Kreise mit derzeit relativ günstiger Altersstruktur und dünn besiedelte Kreise stehen damit vor besonders großen Herausforderungen hinsichtlich der Anpassung ihrer Infrastruktur.

Schwächer besetzte Geburtsjahrgänge führen zu einem stetigen Rückgang der Grundschülerzahl in fast allen Stadt- und Landkreisen (Grafik D 6 (G4)). Zwei Stadtkreise können allerdings im Schuljahr 2020/21 mit etwas mehr Grundschülern rechnen. Baden-Baden mit einem Plus von 4,3 % und Heidelberg mit plus 1,9 %. Alle anderen Stadt- und Landkreise werden voraussichtlich weniger Grundschüler zu versorgen haben. 13 Kreise müssen mit einem Rückgang der Grundschüler um 20 % und mehr rechnen. Am stärksten betroffen sind die Landkreise Sigmaringen und Enzkreis mit etwa 25 %.

Die regionalen Unterschiede in der Altersstruktur wirken sich auch auf die Entwicklung der Schülerzahlen der weiterführenden Schulen aus (Grafik D 6 (G5)). 27 der 35 Landkreise müssen im Schuljahr 2020/21 mit mindestens 25 % weniger Schülern an den Werkreal-

schulen und Hauptschulen rechnen. In den Landkreisen Sigmaringen und Enzkreis ist sogar mit einem Rückgang der Schülerzahlen um etwa ein Drittel zu rechnen. Dagegen werden die Stadtkreise Baden-Baden und Heidelberg mit »nur« rund 6 bzw. 7 % Rückgang betroffen sein. In diesen beiden Stadtkreisen besucht übrigens aktuell schon ein besonders niedriger Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen die Hauptschulen.

Einzig die Stadtkreise Baden-Baden und Heidelberg können aus heutiger Sicht damit rechnen, dass die Schülerzahlen an Realschulen entgegen dem Landestrend in etwa stabil bleiben. Dagegen muss in den Landkreisen Sigmaringen und Enzkreis mit bis zu 28 % weniger Realschülern gerechnet werden.

Bis 2020/21 werden zwischen 11 und 35 % weniger Gymnasiasten in den Stadt- und Landkreisen die Schulen besuchen als noch im Ausgangsjahr 2008/09. Voraussichtlich wird in 31 der 35 Landkreise im Land der Rückgang bei mehr als 25 % liegen. Und in elf Landkreisen werden sogar über 30 % weniger Plätze in Gymnasien gebraucht werden. Wiederum sind die Stadtkreise und einige dichter besiedelte Kreise, zum Beispiel die Landkreise Esslingen und Ludwigsburg, weniger stark betroffen (Web-Tabelle D 6 (T3)).

i

Vorausrechnung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen

Die Vorausrechnung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen beruht zum einen auf der aktuellen Vorausrechnung der Bevölkerungszahl auf Basis vom 31.12.2008 und zum anderen auf Annahmen zum Verhalten der Akteure innerhalb des Bildungswesens. Letztere betreffen die Einschulung, die Versetzung in die nächst höhere Klassenstufe, das Wiederholen einer Klassenstufe, schulartexterne Zugänge, den Übergang auf weiterführende Schularten sowie den Erwerb von Schulabschlüssen. Damit ist das Modell im Wesentlichen ein Komponentenverfahren, das den Durchlauf durch das Bildungssystem simuliert (*Simulationsansatz*).

Für die Sonderschulen, bei denen aus pädagogischen Gründen der Durchlauf durch die Bildungsgänge anders gestaltet ist als an den allgemeinen Schulen, kommt dagegen ein Altersquotientenverfahren zum Einsatz. Diese Quotienten beziehen die Schülerzahl einer Stufe auf die Gesamtbevölkerung in für den Besuch dieser Stufe typischen Altersjahrgängen.

Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art und die integrierte Orientierungsstufe haben einen relativ geringen Anteil an der Gesamtschülerzahl. Für sie kommen daher vereinfachte Verfahren zur Anwendung.

Alle Einflussgrößen sind im Zeitablauf Veränderungen unterworfen und können nur sehr begrenzt über längere Zeiträume hinweg vorausgesehen werden. Daher beschränkt sich die Vorausrechnung der Schülerzahlen auf den Ansatz einer Modellrechnung unter Annahme des jeweils aktuellen *Status quo*, wobei sich dieser allein auf das aktuelle Schuljahr oder auf einen mehrjährigen Durchschnitt beziehen kann. Eine Fortschreibung von Trends wird nicht vorgenommen.

Vor allem die längerfristigen Ergebnisse sind nicht als Vorhersagen zu verstehen, sondern sollen grundlegende Tendenzen aufzeigen.

Die Voraussrechnung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Die von der neugewählten Landesregierung angekündigten strukturellen Veränderungen des Bildungswesens konnten zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses keinen Eingang mehr in die Annahmen der Voraussrechnung finden. Insbesondere die sich auf einzelne Schularten beziehenden Ergebnisse der Voraussrechnung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen.

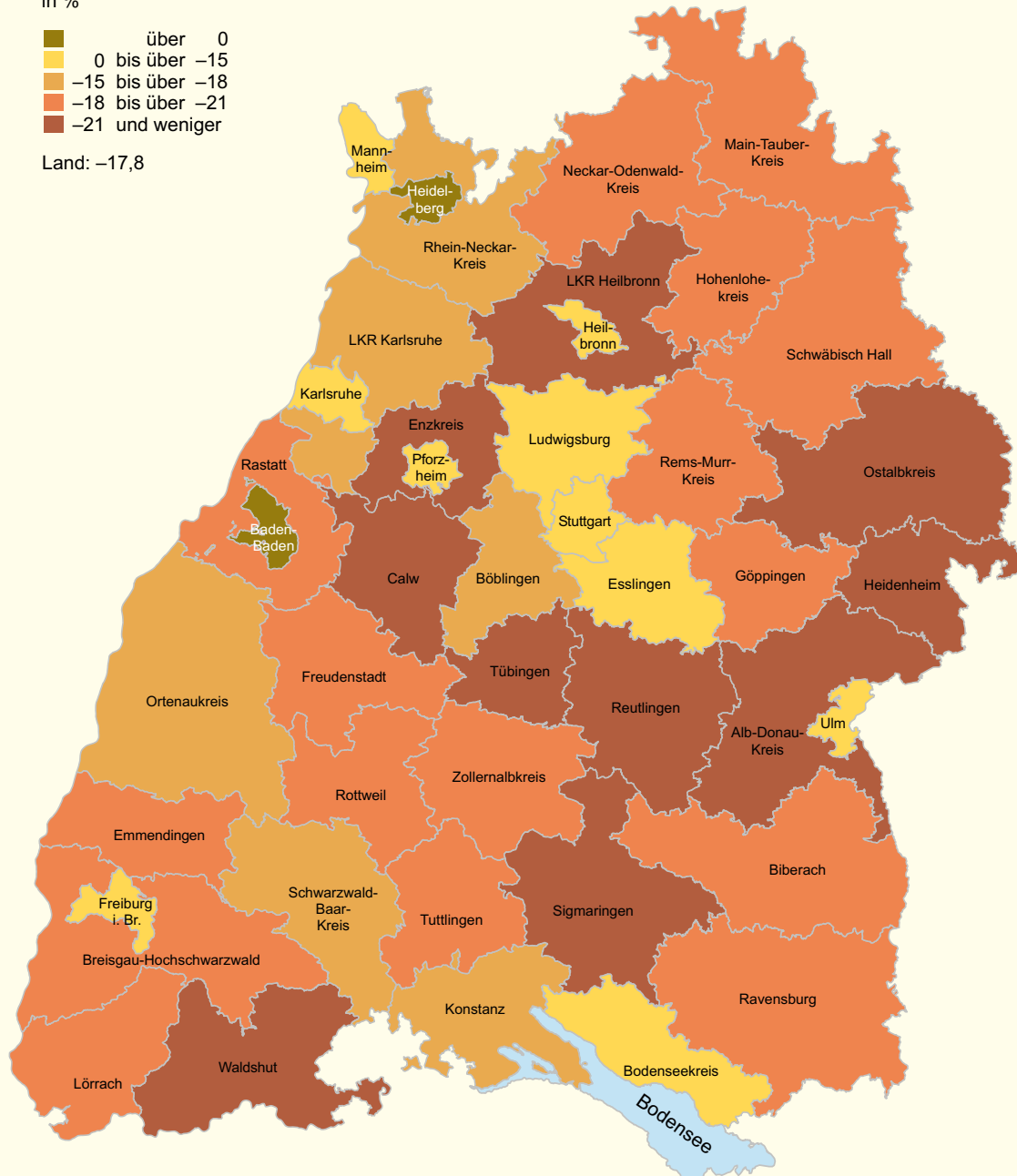
D 6 (G4)

Voraussichtliche Veränderung der Schülerzahlen an Grundschulen
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21

in %

- über 0
- 0 bis über -15
- 15 bis über -18
- 18 bis über -21
- 21 und weniger

Land: -17,8



Datenquelle: Vorausrechnung der Schülerzahlen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-021
© Kartgrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

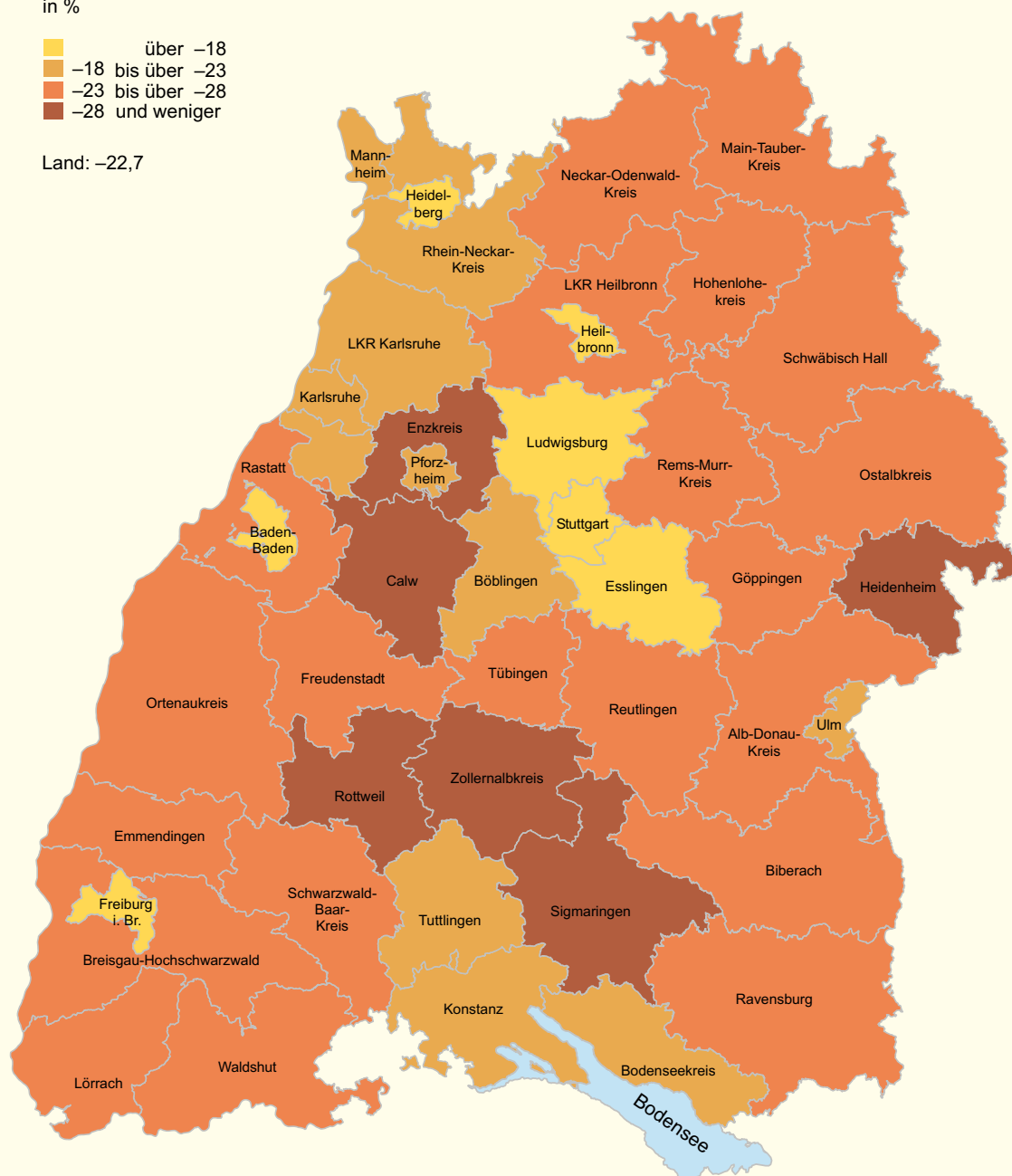
D 6 (G5)

Voraussichtliche Veränderung der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21

in %

- über -18
- 18 bis über -23
- 23 bis über -28
- 28 und weniger

Land: -22,7



Datenquelle: Vorausschätzung der Schülerzahlen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-11-022
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

